



Bundesministerium
der Finanzen

Das Ministerium



Monatsbericht des BMF 2007



Januar
Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember



Monatsbericht des BMF
Februar 2007

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	27
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2006	29
Termine	33
Analysen und Berichte	41
Ist-Bericht zum Bundeshaushalt 2006	43
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 4. Quartal 2006 und im Jahr 2006	71
Jahreswirtschaftsbericht 2007 – Den Aufschwung für Reformen nutzen	75
Das Elterngeld – Ein neues Instrument einer nachhaltigen Familienpolitik	91
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	97
Statistiken und Dokumentationen	113
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	116
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	139
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	143

Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll.

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder

<http://www.bmf.bund.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2006 verlief aus finanzpolitischer Sicht sehr erfreulich. Mit 27,9 Mrd. € erreichte der Bundeshaushalt 2006 die niedrigste Neuverschuldung seit 2001. Die im Haushaltssoll vorgesehene Nettokreditaufnahme von 38,2 Mrd. € wurde um mehr als 10 Mrd. € unterschritten. Gegenüber dem Vorjahr sank die Neuverschuldung um 3,3 Mrd. € oder 10,6 %. Dies ist gelungen, obwohl der Haushalt 2006 deutliche Impulse gesetzt hat, um die Konjunktur zu stützen. Auch wenn der Bundeshaushalt 2006 ein „Haushalt des Übergangs“ war, so wurde doch eines zur Gewissheit: Die wirtschafts- und finanzpolitische Strategie der Bundesregierung zeigt den richtigen Weg. Es bestätigt sich, dass das Ziel der Haushaltskonsolidierung nur erreicht werden kann, wenn sich Wachstum und Beschäftigung auf einem positiven Kurs befinden. Haushaltskonsolidierung ist nicht der Widersacher von Wachstum, sondern beide gehen Hand in Hand.

Die positive Entwicklung im Bundeshaushalt 2006 ist im Wesentlichen auf die deutliche Zunahme der Steuereinnahmen zurückzuführen. Diese stiegen von 2005 auf 2006 um 13,9 Mrd. € oder 7,3 %. Dazu beigetragen haben besonders die Einnahmezunahmen bei der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer. Auch die Länderhaushalte verzeichneten 2006 mit + 8,1 % deutlich höhere Steuereinnahmen.

2007 werden wir die erfolgreiche finanz- und wirtschaftspolitische Strategie fortsetzen und den Aufschwung für Reformen nutzen. So lautet auch das Motto des diesjährigen Jahreswirtschaftsberichts, der die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung für 2007 programmatisch zusammenfasst. Ziel ist das Erreichen eines nachhaltig höheren Wachstumspfad mit mehr Beschäftigung in Deutschland.



Eines der bereits umgesetzten Reformprojekte der Bundesregierung ist das zum 1. Januar 2007 eingeführte Elterngeld. Das Elterngeld hat zum Ziel, als zeitlich befristete Einkommensersatzleistung für Eltern zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beizutragen. Es ist damit ein wichtiges Element einer Neuausrichtung der Familienpolitik. Die traditionelle Familienpolitik ist geprägt durch den finanziellen Ausgleich der mit Kindern verbundenen finanziellen Lasten. Die neue Familienpolitik verbessert gezielt die Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung besonderer Situationen im Lebensverlauf und des geänderten Familienbildes.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist mit der weltwirtschaftlichen Entwicklung eng verflochten. Die Bedeutung wichtiger Schwellenländer für die Weltwirtschaft nimmt weiter zu. 2006 wiesen diese Länder insgesamt ein robustes Wirtschaftswachstum auf. Wachstumsträger waren die asiatischen Volkswirtschaften, allen voran China und Indien. Auch für 2007 erwartet der Internationale Währungsfonds (IWF) für Asien ein reales Wirtschaftswachstum von über 8 %. Aufgrund der anhaltend hohen Rohstoffpreise und einer steigenden Binnen- nachfrage profitieren auch andere Länder, z.B. Russland, von der positiven weltwirtschaftlichen Entwicklung. Dank des Aufbaus hoher Wachstumsraten, in den vergangenen Jahren vorgenommener Strukturreformen und dem Aufbau von teilweise sehr hohen Währungsreserven sind

viele Schwellenländer heute besser gegen exogene Schocks abgesichert.

Deutschland führt im 1. Halbjahr 2007 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Die wichtigsten Ziele der deutschen Präsidentschaft im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik wurden im Januar-Monatsbericht vorgestellt. In den kommenden Monaten werden wir im Abschnitt „Termine“ über Konferenzen und Workshops informieren, mit denen wir die öffentliche Debatte um die Präsidentschaftsthemen beleben

und den Diskussionsprozess zusätzlich voranbringen möchten.



Dr. Thomas Mirow
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	27
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2006	29
Termine	33

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Aussagekraft der Zahlen zum Bundeshaushalt ist zu Jahresbeginn noch gering. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen

Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von – 23,0 Mrd. € ableiten.

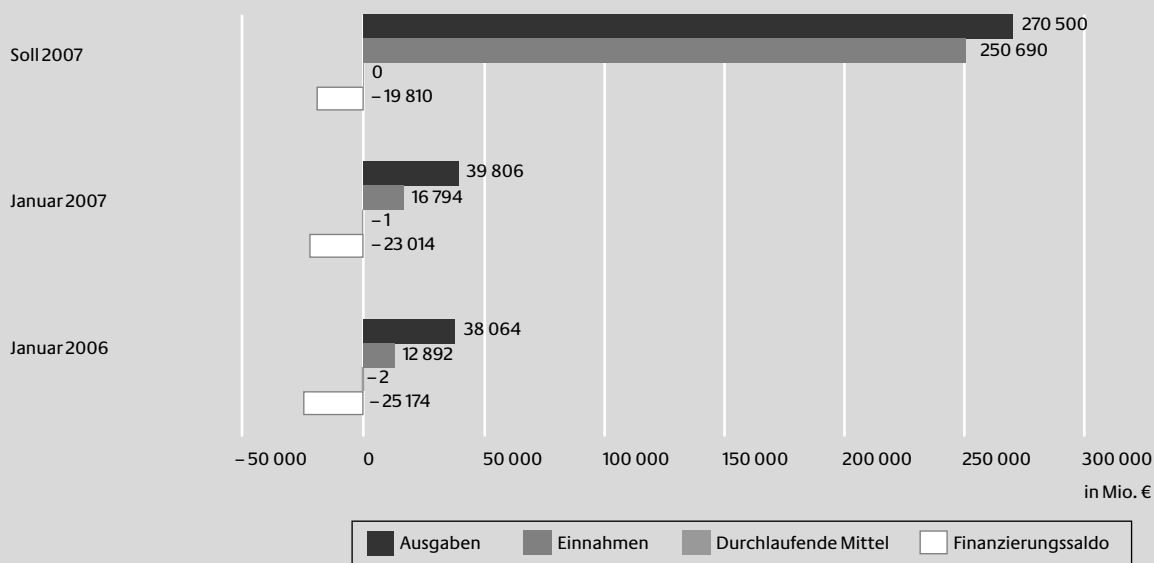
Die Ausgaben überschreiten im Januar mit 39,8 Mrd. € das Vorjahresergebnis um 1,7 Mrd. €

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2007	Ist-Entwicklung ¹ bis Januar 2007
Ausgaben (Mrd. €)	270,5	39,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,6	4,6
Einnahmen (Mrd. €)	250,7	16,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	7,7	30,3
Steuereinnahmen (Mrd. €)	220,5	14,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	8,2	28,0
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	– 19,8	– 23,0
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	–	– 23,0
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	– 0,2	0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	– 19,6	– 0,2

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



(+ 4,6 %). Hauptursächlich hierfür sind die auf Grund von frühen Fälligkeitszeitpunkten im Januar 2007 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat deutlich höheren Zinsausgaben.

Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Vorjahresergebnis mit 16,8 Mrd. € um 3,9 Mrd. € (+ 30,3 %). Hier wirkt sich in erster Linie das außergewöhnliche Ergebnis bei den Steuereinnahmen (+ 28 % im Vergleich zum Januar

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2006	Soll 2007	Ist-Entwicklung Januar 2007		Ist-Entwicklung Januar 2006		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 732	49 046	5 106	12,8	5 243	13,8	- 2,6
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 059	4 318	1 040	2,6	915	2,4	13,7
Verteidigung	27 795	28 222	2 945	7,4	3 012	7,9	- 2,2
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 620	7 627	632	1,6	693	1,8	- 8,8
Finanzverwaltung	3 151	3 383	206	0,5	214	0,6	- 3,7
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	12 047	13 249	766	1,9	768	2,0	- 0,3
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	695	0	0,0	3	0,0	-100,0
BAföG	1 072	1 130	185	0,5	184	0,5	0,5
Forschung und Entwicklung	7 004	7 293	225	0,6	348	0,9	- 35,3
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	134 509	138 007	16 863	42,4	17 179	45,1	- 1,8
Sozialversicherung	74 431	75 745	11 545	29,0	11 455	30,1	0,8
Arbeitslosenversicherung	0	6 468	539	1,4	885	2,3	- 39,1
Grundsicherung für Arbeitsuchende	38 677	35 920	2 983	7,5	3 111	8,2	- 4,1
darunter: Arbeitslosengeld II	26 414	21 400	2 155	5,4	2 464	6,5	- 12,5
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 017	4 300	328	0,8	307	0,8	6,8
Wohngeld	956	1 000	50	0,1	53	0,1	- 5,7
Erziehungsgeld	2 801	1 940	240	0,6	234	0,6	2,6
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 798	2 574	348	0,9	313	0,8	11,2
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	897	926	65	0,2	63	0,2	3,2
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 488	2 005	164	0,4	61	0,2	168,9
Wohnungswesen	1 002	1 446	155	0,4	48	0,1	222,9
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 654	6 088	1 874	4,7	1 782	4,7	5,2
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 123	742	20	0,1	26	0,1	- 23,1
Kohlenbergbau	1 562	1 823	1 698	4,3	1 582	4,2	7,3
Gewährleistungen	794	1 150	26	0,1	38	0,1	- 31,6
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 012	10 991	1 034	2,6	627	1,6	64,9
Straßen (ohne GVFG)	6 195	5 740	245	0,6	272	0,7	- 9,9
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 295	10 177	290	0,7	295	0,8	- 1,7
Bundeseisenbahnvermögen	5 361	5 421	143	0,4	149	0,4	- 4,0
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 409	3 488	130	0,3	76	0,2	71,1
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 412	40 010	13 644	34,3	12 047	31,6	13,3
Zinsausgaben	37 469	39 278	13 556	34,1	11 956	31,4	13,4
Ausgaben zusammen	261 046	270 500	39 806	100,0	38 064	100,0	4,6

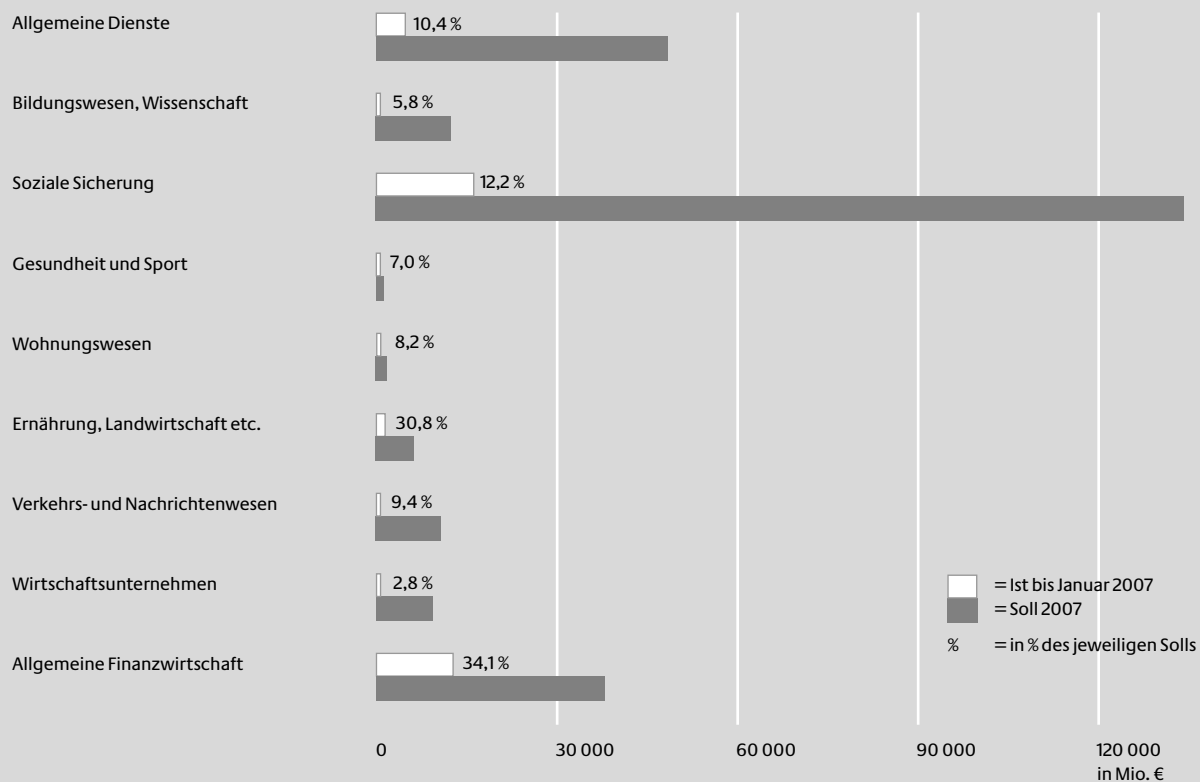
2006) aus. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass ein nicht unerheblicher Teil der Steuermehreinnahmen auf Sonderfaktoren zurückzuführen ist, wie z.B. eine größere Erstattung von BNE-Eigenmitteln durch die EU. Letztere wird haushaltstechnisch als geringere EU-Abführung von den Steuereinnahmen abgesetzt. Die Verwaltungseinnahmen stiegen im

Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Mrd. € auf 2,2 Mrd. €. Hauptsächlich hierfür sind entsprechend der Planung verwirklichte Sondereffekte, wie z.B. die vorübergehende Vereinnahmung von Beträgen aus der zum Jahreswechsel wirksamen Auflösung des Fonds „Aufbauhilfe“ (August-Hochwasser 2002).

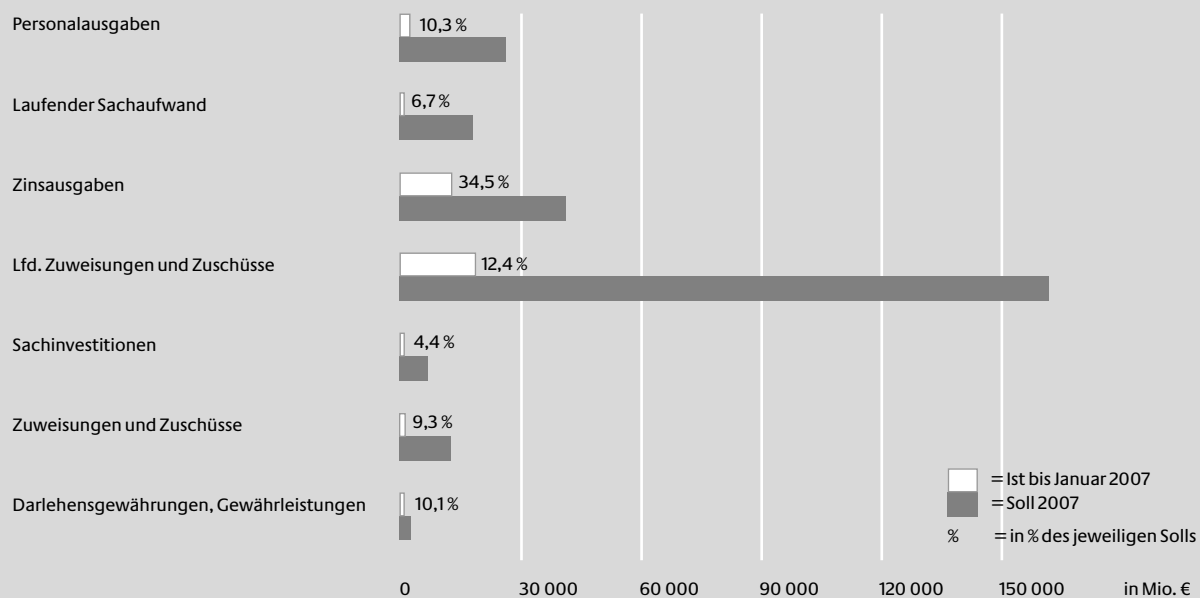
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2006	Soll 2007	Ist-Entwicklung Januar 2007		Ist-Entwicklung Januar 2006		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	238 330	247 040	37 706	94,7	35 590	93,5	5,9
Personalausgaben	26 110	26 204	2 703	6,8	2 841	7,5	- 4,9
Aktivbezüge	19 730	19 761	1 898	4,8	2 007	5,3	- 5,4
Versorgung	6 380	6 443	805	2,0	834	2,2	- 3,5
Laufender Sachaufwand	18 349	18 715	1 260	3,2	1 434	3,8	- 12,1
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 450	1 517	43	0,1	77	0,2	- 44,2
Militärische Beschaffungen	8 517	8 654	628	1,6	803	2,1	- 21,8
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 382	8 543	590	1,5	554	1,5	6,5
Zinsausgaben	37 469	39 278	13 556	34,1	11 956	31,4	13,4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen	156 016	162 467	20 125	50,6	19 297	50,7	4,3
an andere Bereiche	13 937	14 770	845	2,1	803	2,1	5,2
darunter:	142 079	147 697	19 373	48,7	18 567	48,8	4,3
Unternehmen	14 275	18 002	2 721	6,8	2 381	6,3	14,3
Renten, Unterstützungen u.a.	32 256	27 847	2 814	7,1	3 108	8,2	- 9,5
Sozialversicherungen	91 707	97 633	13 459	33,8	12 636	33,2	6,5
Sonstige Vermögensübertragungen	387	376	62	0,2	63	0,2	- 1,6
Investive Ausgaben	22 715	23 957	2 100	5,3	2 473	6,5	- 15,1
Finanzierungshilfen	15 603	17 096	1 800	4,5	2 186	5,7	- 17,7
Zuweisungen und Zuschüsse	12 916	13 674	1 275	3,2	869	2,3	46,7
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 109	2 778	281	0,7	1 117	2,9	- 74,8
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	578	644	244	0,6	200	0,5	22,0
Sachinvestitionen	7 112	6 860	300	0,8	287	0,8	4,5
Baumaßnahmen	5 634	5 326	200	0,5	200	0,5	0,0
Erwerb von beweglichen Sachen	943	1 029	59	0,1	43	0,1	37,2
Grunderwerb	536	505	41	0,1	44	0,1	- 6,8
Globalansätze	0	- 496	0	-	0	-	-
Ausgaben insgesamt	261 046	270 500	39 806	100,0	38 064	100,0	4,6

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar 2007



Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar 2007



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2006	Soll 2007	Ist-Entwicklung Januar 2007		Ist-Entwicklung Januar 2006		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	203 903	220 530	14 610	87,0	11 410	88,5	28,0
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	159 693	175 627	12 696	75,6	10 837	84,1	17,2
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	80 347	81 766	5 544	33,0	4 314	33,5	28,5
davon:							
Lohnsteuer	52 122	53 890	3 377	20,1	2 896	22,5	16,6
veranlagte Einkommensteuer	7 466	8 266	111	0,7	- 43	- 0,3	X
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	5 952	5 580	889	5,3	462	3,6	92,4
Zinsabschlag	3 359	3 610	1 101	6,6	927	7,2	18,8
Körperschaftsteuer	11 449	10 420	66	0,4	72	0,6	- 8,3
Steuern vom Umsatz	77 732	92 347	7 153	42,6	6 514	50,5	9,8
Gewerbesteuerumlage	1 614	1 514	- 1	0,0	9	0,1	X
Energiesteuer	39 916	40 521	260	1,5	- 215	- 1,7	X
Tabaksteuer	14 387	14 100	370	2,2	473	3,7	- 21,8
Solidaritätszuschlag	11 277	11 479	887	5,3	774	6,0	14,6
Versicherungsteuer	8 775	10 620	466	2,8	461	3,6	1,1
Stromsteuer	6 273	6 500	458	2,7	436	3,4	5,0
Branntweinabgaben	2 166	1 976	25	0,1	32	0,2	- 21,9
Kaffeesteuer	973	980	95	0,6	41	0,3	131,7
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 689	- 14 632	0	0,0	0	0,0	X
BNE-Eigenmittel der EU	- 14 586	- 16 450	211	1,3	- 553	- 4,3	X
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 677	- 3 900	- 302	- 1,8	- 282	- 2,2	7,1
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 6 710	- 559	- 3,3	- 597	- 4,6	- 6,4
II. Sonstige Einnahmen	28 903	30 160	2 184	13,0	1 482	11,5	47,4
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	3 768	4 259	23	0,1	19	0,1	21,1
Zinseinnahmen	885	465	- 19	- 0,1	- 23	- 0,2	- 17,4
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	9 459	11 167	808	4,8	636	4,9	27,0
Einnahmen zusammen	232 806	250 690	16 794	100,0	12 892	100,0	30,3

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2007

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) lagen im Januar 2007 um +12,8% über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Die Veränderungsrate bei den gemeinschaftlichen Steuern war davon mit +12,9% nicht wesentlich verschieden. Die Ländersteuern verharrten mit +0,2% in etwa auf dem Niveau des Vorjahres, die Bundessteuern nahmen um +27,9% zu. Maßgeblich für den überproportionalen Anstieg bei den Bundessteuern war ein durch zeitliche Verlagerungen der Zuflüsse im Bereich der Energiesteuer (auf Erdgas) bedingter Sondereffekt.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) verbesserten sich im Januar mit +26,9% gegenüber dem Vorjahr ebenfalls außerordentlich stark. Das besonders positive Ergebnis für den Bund wurde insbesondere durch die bereits angeführten Zuwächse bei den Bundessteuern und durch einen kräftigen Rückgang der EU-Eigenmittelabführungen infolge von Erstattungen für das Jahr 2006 bewirkt.

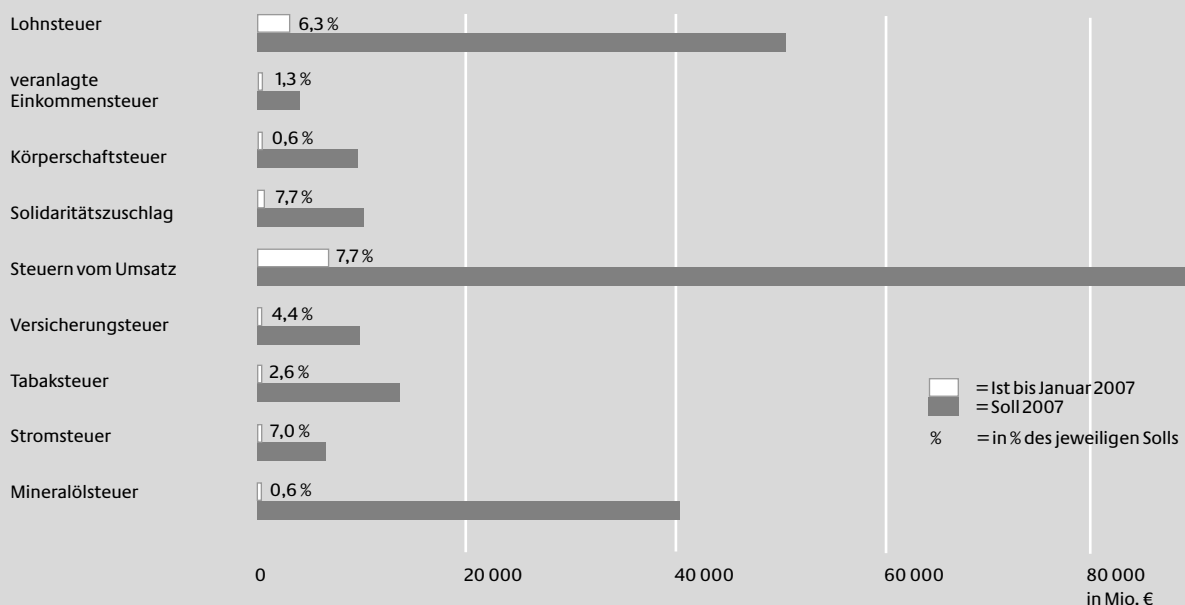
Die Einnahmen aus der Lohnsteuer stiegen im Januar um +10,6%. Damit hat sich die seit Mitte letzten Jahres beobachtete Aufwärtsbe-

wegung noch weiter verstärkt. Zu diesem Ergebnis dürfte zum einen die konjunkturelle Besserung am Arbeitsmarkt beigetragen haben, zum anderen die Tatsache, dass der saisonale Abbau der Beschäftigung vor allem im Bau wegen der ungewöhnlich milden Witterung im Dezember schwächer als üblich ausfiel. Unter Umständen macht sich – vor dem Hintergrund einer sehr positiven Gewinnentwicklung – auch eine neuerliche Hinwendung zu Jahresendzahlungen bemerkbar, denn im Januar werden die Steuern auf die Löhne des Monats Dezember vereinnahmt.

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer verbesserte sich im Jahresvergleich um knapp +400 Mio. €. Den Ausschlag für diese erneut starke Zunahme gaben geringere Arbeitnehmererstattungen und gesunkene Auszahlungen von Eigenheimzulagen.

Bei der Körperschaftsteuer wurde im Berichtsmonat mit Einnahmen von +132 Mio. € ein positives Ergebnis erzielt. Hinter dem Vorjahresergebnis blieb das Aufkommen jedoch um –8,1% zurück. Wegen der vergleichsweise starken Basis im Januar 2006 – bedingt durch sehr hohe Steuernachzahlungen – wäre ein nochmaliger Anstieg allerdings auch eine Überraschung gewesen.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar 2007



Die Aufkommensentwicklung bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag ist sehr deutlichen Schwankungen unterworfen. Im Januar kam es mit einem Plus von 92,4 % fast zu einer Verdoppelung der Zuflüsse. Eine Erklärung liegt im vergleichsweise niedrigen Niveau des Vorjahres. Mitbestimmend für die Aufkommensentwicklung dürften daneben Sonderausschüttungen von Kapitalgesellschaften im Vorfeld der Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer ab dem Veranlagungszeitraum 2007 gewesen sein.

Nach einem Rückgang im Dezember ist es beim Zinsabschlag im Januar 2007 mit +18,8 % wieder zu einem Anstieg gekommen. Das Plus reiht sich ein in eine davor schon über mehrere Monate beobachtete positive Entwicklung, die zum weiter nach oben gerichteten Trend bei den Zinssätzen passt.

Beim Aufkommen der Steuern vom Umsatz war mit einem Zuwachs um + 6,2 % erneut ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Maßgeblich dafür war wie im Vormonat die Entwicklung der Umsatzsteuer (+ 7,5 %). Die Einnahmen aus der auf Einfuhren aus Nicht-EU-Staaten erhobenen Einfuhrumsatzsteuer veränderten sich im Vergleich zum Vorjahr hingegen nur wenig (+1,5 %). Da der Monat Dezember der letzte Monat vor der Anhebung der Mehrwertsteuersätze war, dürften Vorzieheffekte etwa beim Kauf von Gebrauchsgütern zum Anstieg insgesamt erneut beigetragen haben. Die Anschaffungsneigung

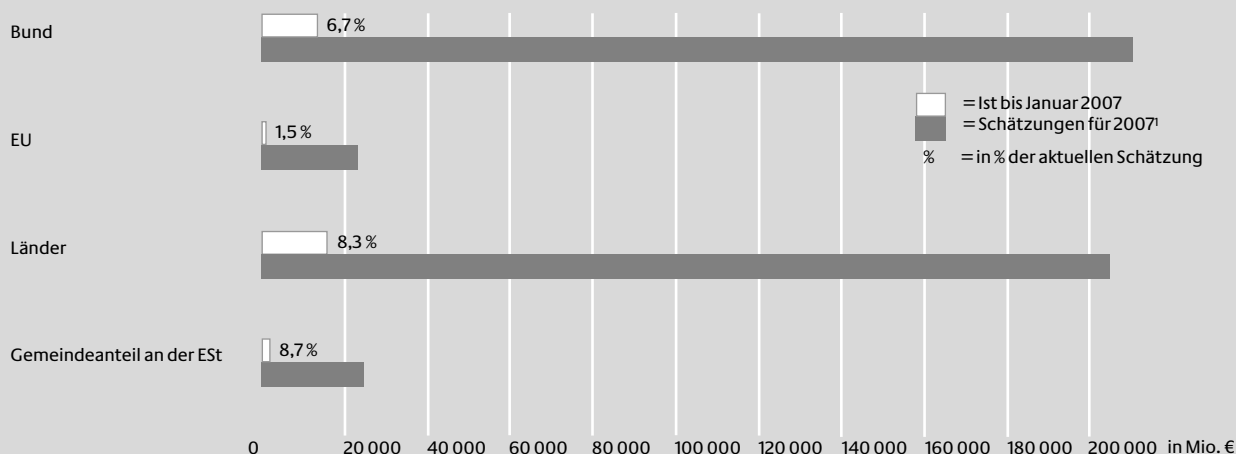
der Verbraucher war bis zum Jahresende jedenfalls außerordentlich kräftig gewachsen.

Das Aufkommen der reinen Bundessteuern lag um + 27,9 % über dem Ergebnis des Vorjahres. Der weitaus überwiegende Teil der Zunahme erklärt sich – wie eingangs erwähnt – aus einem starken Zuwachs bei der Energiesteuer (früher Mineralölsteuer). War das Aufkommen im Januar 2006 mit – 215 Mio. € negativ, so ergeben sich nun Einnahmen von + 260 Mio. €. Hier wirkt sich die Änderung der Steuerschuldnerschaft bei der Erdgasbesteuerung aus, die zur Folge hat, dass sich die Einnahmen jetzt gleichmäßiger über das Jahr verteilen.

Ein zweistelliges Plus gab es aufgrund der höheren Bemessungsgrundlagen beim Solidaritätszuschlag (+ 14,6 %). Im Falle der Stromsteuer lag der Zuwachs bei + 5,0 %. Die Versicherungssteuer (+ 1,1 %) veränderte sich nur wenig. Die Branntweinsteuer (– 22,1 %) und die Tabaksteuer (– 21,7 %) verfehlte ihr Vorjahresergebnis hingegen deutlich. Allerdings ist die Einnahmeentwicklung im Januar stark betriebsabhängig und wird regelmäßig von kaum vorhersehbaren Dispositionen über die Lage der Betriebsferien bzw. die Fortsetzung der Produktion in der 2. Dezemberhälfte bestimmt.

Die reinen Ländersteuern blieben in der Summe (+ 0,2 %) auf etwa gleicher Höhe wie im Vorjahr. Am stärksten war der Zuwachs mit + 3,2 % bei der Grunderwerbsteuer, obwohl

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar 2007



¹ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (November 2006).

schon das Vorjahresergebnis als Folge von Reaktionen auf den Wegfall der Eigenheimzulage außerordentlich hoch ausgefallen war. Bei der Erbschaftsteuer war der Anstieg mit +2,2% etwas

schwächer. Bei der Kraftfahrzeugsteuer (– 1,2 %), bei der Rennwett- und Lotteriesteuer (– 1,9 %) und der Biersteuer (– 1,2 %) ist es im Januar 2007 zu leichten Rückgängen gekommen.

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)¹

2007	Januar	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2007 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern				
Lohnsteuer ²	11 219	10,6	126 800	3,9
veranlagte Einkommensteuer	261	X	19 450	13,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 778	92,4	11 110	0,1
Zinsabschlag	2 502	18,8	8 205	9,4
Körperschaftsteuer	132	– 8,1	20 840	– 10,0
Steuern vom Umsatz	13 121	6,2	169 550	16,0
Gewerbesteuerumlage	– 12	X	3 596	– 2,5
erhöhte Gewerbesteuerumlage	9	– 86,4	2 884	– 5,5
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	29 010	12,9	362 435	8,6
Bundessteuern				
Energiesteuer	260	X	39 450	– 0,6
Tabaksteuer	370	– 21,7	14 100	– 0,7
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	25	– 22,1	1 970	– 9,6
Versicherungsteuer	466	1,1	10 620	21,4
Stromsteuer	458	5,0	6 500	2,4
Solidaritätszuschlag	887	14,6	11 479	1,6
übrige Bundessteuern	97	X	1 405	– 2,4
Bundessteuern insgesamt	2 564	27,9	85 524	1,9
Ländersteuern				
Erbschaftsteuer	362	2,2	4 065	9,5
Grunderwerbsteuer	570	3,2	5 340	– 9,0
Kraftfahrzeugsteuer	1 231	– 1,2	8 650	– 1,7
Rennwett- und Lotteriesteuer	154	– 1,9	1 725	0,0
Biersteuer	65	– 1,2	776	– 0,8
sonstige Ländersteuern	19	– 11,3	341	– 3,4
Ländersteuern insgesamt	2 401	0,2	20 897	– 1,6
EU-Eigenmittel				
Zölle	280	– 0,7	3 750	– 2,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	302	6,9	3 900	8,3
BNE-Eigenmittel	– 211	X	16 450	11,5
EU-Eigenmittel insgesamt	371	– 66,8	24 100	8,6
Bund³	14 789	26,9	219 436	8,4
Länder³	16 810	7,8	202 750	4,8
EU	371	– 66,8	24 100	8,6
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 285	13,5	26 322	6,1
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	34 256	12,8	472 608	6,7

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2006.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im Januar weiter gestiegen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Dezember bei 3,94 % lag, notierte Ende Januar bei 4,09 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich leicht von 3,73 % Ende Dezember auf 3,78 % Ende Januar. Die Europäische Zentralbank hat zuletzt am 7. Dezember 2006 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 13. Dezember liegt seitdem der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte

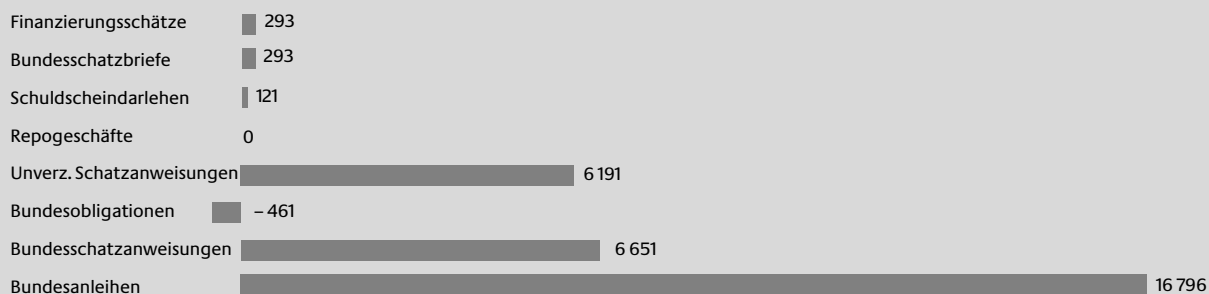
bei 3,50 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 2,50 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 4,50 %.

Die europäischen Aktienmärkte konnten im Januar weiter zulegen; der Deutsche Aktienindex stieg von 6597 auf 6789 Punkte, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 von 4120 auf 4179 Punkte (Monatsendstände).

Monetäre Entwicklung

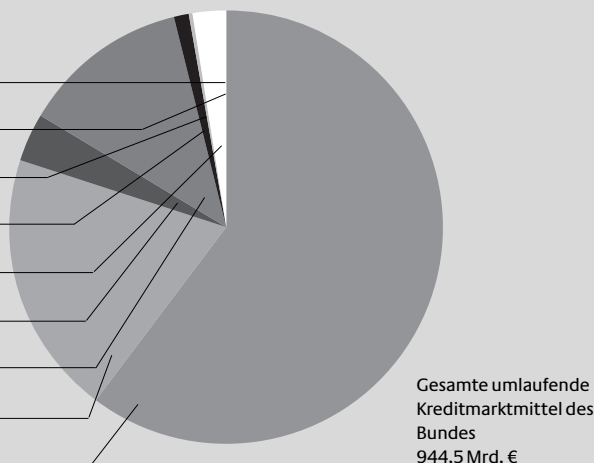
Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet stieg im Dezember auf

Kreditaufnahme des Bundes bis Januar 2007 in Mio. €



Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 31. Januar 2007

Medium Term Notes Treuhand	(0,0 %)
Kredite aus Wertpapierpensionsgeschäften	(0,0 %)
Finanzierungsschätze	(0,3 %)
Bundesschatzbriefe	(1,1 %)
Schuldscheindarlehen	(2,6 %)
Unverzinsliche Schatzanweisungen	(3,8 %)
Bundesschatzanweisungen	(12,4 %)
Bundesobligationen	(19,7 %)
Anleihen	(60,1 %)



9,7 % (nach 9,3 % im November). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2006 erhöhte sich auf 9,2 %, verglichen mit 8,8 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor ging im Euroraum von 11,9 % im November auf 11,5 % im Dezember zurück. Das Geldmengen- und Kreditwachstum bleibt hoch, worin sich das weiterhin niedrige Zinsniveau und das Anziehen der Konjunktur im Euroraum widerspiegeln. In Deutschland verringerte sich die vorgenannte Kreditwachstumsrate von 4,2 % im November auf 3,4 % im Dezember.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug im Januar 2007 29,9 Mrd. €. Davon wurden

25,9 Mrd. € im Rahmen des angekündigten Emissionskalenders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Marktpflegeoperationen, Schuldscheindarlehen sowie Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2006 haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 31. Januar 2007 um 4,7 % auf 944,5 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 1. Quartal 2007 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2007“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 58 Mrd. € zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 1. Quartal 2007 auf rund 70,9 Mrd. €.

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes¹ und seiner Sondervermögen im 1. Quartal 2007 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Januar	Februar	März	Gesamtsumme 1. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	15,6	–	–	15,6
Bundesobligationen	–	18,0	–	18,0
Bundesschatzanweisungen	–	–	15,0	15,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	5,9	5,9	5,9	17,7
Bundesschatzbriefe	0,4	0,0	0,0	0,5
Finanzierungsschätze	0,2	0,2	0,2	0,6
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–
MTN der Treuhandanstalt	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,2	0,3	3,0	3,5
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	22,4	24,4	24,1	70,9

Zinszahlungen

	Januar	Februar	März	Gesamtsumme 1. Quartal
Zinszahlungen	13,9	1,5	1,2	16,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes sowie des ab 2005 eingegliederten Fonds Deutsche Einheit und der Ausgleichsfonds nach dem Lastenausgleichsgesetz.

Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und

ERP) belaufen sich im 1. Quartal 2007 auf rund 16,6 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2007

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001135317 WKN 113 531	Aufstockung	3. Januar 2007	10 Jahre fällig 4. Januar 2017 Zinslaufbeginn: 17. November 2006 erster Zinstermin: 4. Januar 2008	7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137164 WKN 113 716	Aufstockung	17. Januar 2007	2 Jahre fällig 12. Dezember 2008 Zinslaufbeginn: 12. Dezember 2006 erster Zinstermin: 12. Dezember 2007	7 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135325 WKN 113 532	Neuemission	24. Januar 2007	30 Jahre fällig 4. Juli 2039 Zinslaufbeginn: 26. Januar 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008	6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135317 WKN 113 531	Aufstockung	14. Februar 2007	10 Jahre fällig 4. Januar 2017 Zinslaufbeginn: 17. November 2006 erster Zinstermin: 4. Januar 2008	ca. 6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137172 WKN 113 717	Neuemission	14. März 2007	2 Jahre fällig 13. März 2009 Zinslaufbeginn: 13. März 2007 erster Zinstermin: 13. März 2008	ca. 8 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141505 WKN 114 150	Neuemission	28. März 2007	5 Jahre fällig 13. April 2012 Zinslaufbeginn: 30. März 2007 erster Zinstermin: 13. April 2008	ca. 6 Mrd. €
1. Quartal 2007 insgesamt				ca. 40 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114999 WKN 111 499	Neuemission	15. Januar 2007	6 Monate fällig 18. Juli 2007	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115012 WKN 111 501	Neuemission	12. Februar 2007	6 Monate fällig 15. August 2007	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115020 WKN 111 502	Neuemission	12. März 2007	6 Monate fällig 12. September 2007	ca. 6 Mrd. €
1. Quartal 2007 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Kräftige gesamtwirtschaftliche Dynamik hat sich auch im 4. Quartal 2006 fortgesetzt.
- Wesentliche Impulse kamen aus dem Ausland, aber auch Investitionen und Konsum trugen zum Zuwachs bei.
- Deutliche Verbesserung am Arbeitsmarkt und weiterhin moderates Preisklima wirken stützend.
- Dämpfende Effekte durch Umsatzsteuersatzanhebung dürften angesichts insgesamt positiven Konjunkturbilds schnell überwunden werden.

Das Jahr 2006 war aus gesamtwirtschaftlicher Sicht nach dem Jahr 2000 das zweitstärkste seit der deutschen Vereinigung. Dies hat das Statistische Bundesamt Mitte Februar nochmals in seiner Schnellmeldung zum Bruttoinlandsprodukt bestätigt. Danach hat sich die kräftige Dynamik der ersten drei Quartale auch im letzten Vierteljahr mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um preis-, saison- und kalenderbereinigt 0,9 % fortgesetzt. Da die Ergebnisse des 2. und 3. Quartals aufgrund neu zur Verfügung stehender Informationen um ein bzw. zwei Zehntel Prozentpunkte auf jetzt 1,2 % bzw. 0,8 % nach oben revidiert wurden, beläuft sich die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im vergangenen Jahr nun auf 2,7 %. Wenn auch die wesentlichen Impulse im Schlussquartal aus dem sehr dynamischen Außenhandel resultierten, trugen auch die Investitionen und der private Konsum zum Wirtschaftswachstum bei. Angesichts der günstigen Ausgangslage ist die Jahresprojektion der Bundesregierung gut nach unten abgesichert.

Die außerordentlich günstige konjunkturelle Entwicklung findet weiterhin ihren Niederschlag in den öffentlichen Haushalten. Hervorzuheben ist die – auch im Vergleich zu den Erwartungen der Steuerschätzung vom November 2006 – kräftige Zunahme der Einnahmen aus den beiden aufkommensstärksten Steuern. So stieg angesichts der fortgesetzten Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt das Aufkommen der

Lohnsteuer im Januar um 10,6 %. Zum Zuwachs der Umsatzsteuer (+ 7,5 %), die auf die Ausgaben der Verbraucher zum Jahresende 2006 rekurriert, dürfte der deutlich gestiegene private Konsum – messbar auch an den starken Einzelhandelsumsätzen – beigetragen haben. Neben der guten Konjunktur waren hierfür sicherlich auch das Weihnachtsgeschäft und nicht zuletzt Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der Anhebung des Normalsatzes der Umsatzsteuer auf 19 % zum 1. Januar 2007 verantwortlich.

Detaillierte Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 4. Quartal lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor (Veröffentlichung am 22. Februar). Anhand der Entwicklung der Konjunkturindikatoren in diesem Zeitraum sowie der Aussagen des Statistischen Bundesamtes in seiner Schnellmeldung zum Bruttoinlandsprodukt im Schlussquartal lassen sich aber Schlüsse auf den Verlauf der einzelnen Aggregate des Bruttoinlandsprodukts ziehen.

Der Außenbeitrag trug am stärksten zur wirtschaftlichen Belebung im 4. Quartal bei. Darauf weist auch die äußerst starke Zunahme des Saldos der Handelsbilanz hin (+ 11,7 Mrd. € gegenüber dem Vorquartal). So nahm der Wert der Warenexporte im Schlussquartal noch kräftiger als im 3. Vierteljahr zu (saisonbereinigt + 5,9 % nach + 5,0 % im 3. Quartal). Dagegen verzeichneten die Warenimporte nur eine leichte Zunahme um nominal 0,8 %. Im gesamten Jahr 2006 stiegen die Importe von Waren wertmäßig kräftiger

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2006 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			2.Q.06	3.Q.06	4.Q.06	2.Q.06	3.Q.06	4.Q.06
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 186	+ 2,7	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,4	+ 2,6	+ 3,5
jeweilige Preise	2 307	+ 3,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,7	+ 3,0	+ 3,7
Einkommen¹								
Volkseinkommen	1 728	+ 3,1	- 0,3	+ 1,4	-	+ 1,3	+ 3,2	-
Arbeitnehmerentgelte	1 144	+ 1,3	+ 0,7	- 0,0	-	+ 1,1	+ 1,5	-
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	584	+ 6,9	- 2,2	+ 4,3	-	+ 1,8	+ 6,3	-
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 484	+ 1,7	+ 0,0	+ 0,4	-	+ 1,3	+ 1,3	-
Bruttolöhne und -gehälter	924	+ 1,4	+ 0,9	- 0,1	-	+ 1,4	+ 1,5	-
Sparen der privaten Haushalte	158	+ 0,7	+ 1,0	- 1,9	-	+ 1,5	+ 0,0	-
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	2006 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Nov 06	Dez 06	Drei- monats- durch- schnitt	Nov 06	Dez 06	Drei- monats- durch- schnitt
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	-	-	+ 3,5	-	+ 4,2	+ 13,4	-	+ 11,0
in konstanten Preisen von 2000								
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	894	+ 13,7	- 0,6	- 2,0	+ 5,9	+ 18,7	+ 10,3	+ 17,1
Waren-Importe	732	+ 16,5	- 3,9	+ 5,0	+ 0,8	+ 13,7	+ 8,5	+ 13,1
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)²								
Industrie ²	109,5	+ 5,6	+ 2,0	- 0,5	+ 0,1	+ 6,3	+ 5,5	+ 5,1
	112,8	+ 6,1	+ 1,8	- 0,7	+ 0,3	+ 6,7	+ 6,1	+ 5,6
Bauhauptgewerbe	81,1	+ 6,6	+ 4,8	+ 1,0	+ 2,3	+ 12,9	+ 11,9	+ 10,2
Umsätze im Produzierenden Gewerbe²								
Industrie (Index 2000 = 100) ³	114,2	+ 7,0	+ 2,2	- 1,0	+ 1,4	+ 8,1	+ 7,1	+ 7,1
Inland	102,3	+ 4,7	+ 2,8	- 1,2	+ 1,8	+ 7,4	+ 6,2	+ 5,9
Ausland	133,2	+ 10,1	+ 1,4	- 0,9	+ 0,9	+ 9,1	+ 8,2	+ 8,7
Auftragseingang (Index 2000 = 100)²								
Industrie ³	118,8	+ 9,3	+ 0,8	- 0,2	- 0,5	+ 6,1	+ 6,6	+ 6,5
Inland	105,4	+ 7,3	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,3	+ 7,1	+ 7,5	+ 7,3
Ausland	135,5	+ 11,3	+ 0,9	- 0,4	- 1,3	+ 5,1	+ 5,7	+ 5,7
Bauhauptgewerbe	-	-	+ 1,8	-	- 2,7	+ 0,0	-	- 0,7
Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)								
Einzelhandel								
(mit Kfz. und Tankstellen)	103,7	+ 1,7	+ 0,3	+ 4,4	+ 1,9	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,8
Großhandel (ohne Kfz.)	109,8	+ 3,2	+ 0,6	+ 1,1	+ 2,0	+ 4,4	+ 0,6	+ 3,9
Arbeitsmarkt	2006 Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Nov 06	Dez 06	Jan 07	Nov 06	Dez 06	Jan 07
Erwerbstätige, Inland	39,08	+ 0,7	+ 51	+ 43	-	+ 452	+ 492	-
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,49	- 7,7	- 101	- 130	- 106	- 536	- 597	- 764
Preisindizes	2006 Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode			Vorjahresperiode		
2000 = 100			Nov 06	Dez 06	Jan 07	Nov 06	Dez 06	Jan 07
Importpreise	106,7	+ 5,2	- 0,4	- 0,3	-	+ 2,8	+ 2,2	-
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	116,8	+ 5,5	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 4,7	+ 4,4	+ 3,2
Verbraucherpreise	110,1	+ 1,7	- 0,1	+ 0,8	- 0,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,6
ifo-Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden							
Gewerbliche Wirtschaft								
	Jun 06	Jul 06	Aug 06	Sep 06	Okt 06	Nov 06	Dez 06	Jan 07
Klima	+ 12,7	+ 10,3	+ 9,2	+ 9,1	+ 9,9	+ 12,8	+ 16,5	+ 14,9
Geschäftslage	+ 14,7	+ 13,2	+ 13,3	+ 18,4	+ 19,4	+ 23,4	+ 26,1	+ 21,2
Geschäftserwartungen	+ 10,7	+ 7,5	+ 5,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 2,7	+ 7,4	+ 8,9

¹ Jahr 2006: Rechenstand Januar 2007 – Jahresergebnis 2006, Quartale: Rechenstand November 2006.² Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.³ Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

als deren Ausfuhren (+ 16,5 % und + 13,7 % gegenüber dem Vorjahr). Dies ist ein Beleg dafür, dass neben den Exporten – hierbei waren die Ausfuhrsteigerungen in Drittländer (+ 17,3 %) und in Nicht-Euro-Länder der EU (+ 14,0 %) überdurchschnittlich (Euroraum + 11,5 %) – auch die Binnenkonjunktur zugelegt hat.

Die Aussichten für die weitere Entwicklung der Exporte sind nach wie vor insgesamt gesehen gut. So ist zum einen der Rückgang der industriellen Auslandsaufträge (saisonbereinigt – 1,3 % gegenüber dem Vorquartal) zu einem gewissen Teil als Normalisierung nach kräftigen Orderzuwächsen im 3. Quartal zu bewerten. Zum anderen sind die außenwirtschaftlichen Bedingungen weiterhin günstig: Neben der hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und weiter gesunkener Ölpreise stellt sich auch die weltwirtschaftliche Dynamik nahezu unverändert robust dar. Gemäß der DIHK-Konjunkturumfrage wird dieser Optimismus auch von den exportorientierten Unternehmen geteilt, wenngleich die ifo-Exporterwartungen zweimal in Folge – jedoch auch nur etwas – zurückgegangen sind. Auch die Warenimporte dürften sich in den folgenden Monaten weiter positiv entwickeln. Dafür spricht, dass die Inlandsbestellungen, insbesondere für Konsum- und Vorleistungsgüter (+ 3,3 % bzw. + 1,4 % gegenüber dem Vorquartal), aufwärtsgerichtet sind und damit für eine anhaltend kräftige Binnen nachfrage sorgen dürften.

Von der Entstehungsseite stellte sich das Bild für das Schlussquartal weniger günstig dar. So stagnierte die Gesamterzeugung im Produzierenden Gewerbe im 4. Quartal, wobei der deutliche Anstieg im Bauhauptgewerbe und die leichte Zunahme der Industrieproduktion von einem Rückgang der Produktion im Bereich Energie kompensiert wurden. Zur leicht gestiegenen Industrieproduktion (saisonbereinigt + 0,3 % im Dreimonatsdurchschnitt) trugen die Herstellung von Vorleistungs- und Investitionsgütern bei (+ 0,9 % bzw. + 0,8 %), während weniger Konsumgüter produziert wurden (– 1,7 %). Die nur leichte Zunahme der Investitionsgüterproduktion legt nahe, dass die Ausrüstungsinvestitionen – wenn überhaupt – nur wenig zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im letzten Vierteljahr beigetragen haben dürften. Der Industrieumsatz nahm

dagegen mit 1,4 % kräftiger zu, dabei doppelt so stark im Inland (+ 1,8 %) wie im Ausland (+ 0,9 %). Das höchste Umsatz-Plus im Inland verzeichneten die Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten (+ 2,1 % und + 2,5 %). Angesichts des im Vergleich zur Industrieproduktion kräftigen Anstiegs der industriellen Umsätze ist von einem deutlich negativen Impuls durch Abbau der Vorräte auszugehen. Auch für das 1. Quartal deutet sich eher eine Seitwärtsbewegung in der Industrie an: So trübten sich neben den mehr oder weniger stagnierenden Auftragseingängen die Beurteilung der Geschäftslage, aber auch die Erwartungen des Verarbeitenden Gewerbes etwas ein.

Die Bauinvestitionen dürften allerdings erneut einen recht kräftigen Zuwachs verzeichnet haben; die Produktion im Bauhauptgewerbe wurde im 4. Quartal – nicht zuletzt aufgrund der Vorzieheffekte sowie der außergewöhnlich milden Witterung – mit saisonbereinigt 2,3 % ähnlich stark wie im Vorquartal ausgeweitet. Trotz der Umsatzsteuersatzanhebung ging die Einschätzung der Lage seitens des Bauhauptgewerbes nur leicht zurück, für die kommenden Monate ist diese Branche aber zunehmend optimistisch gestimmt.

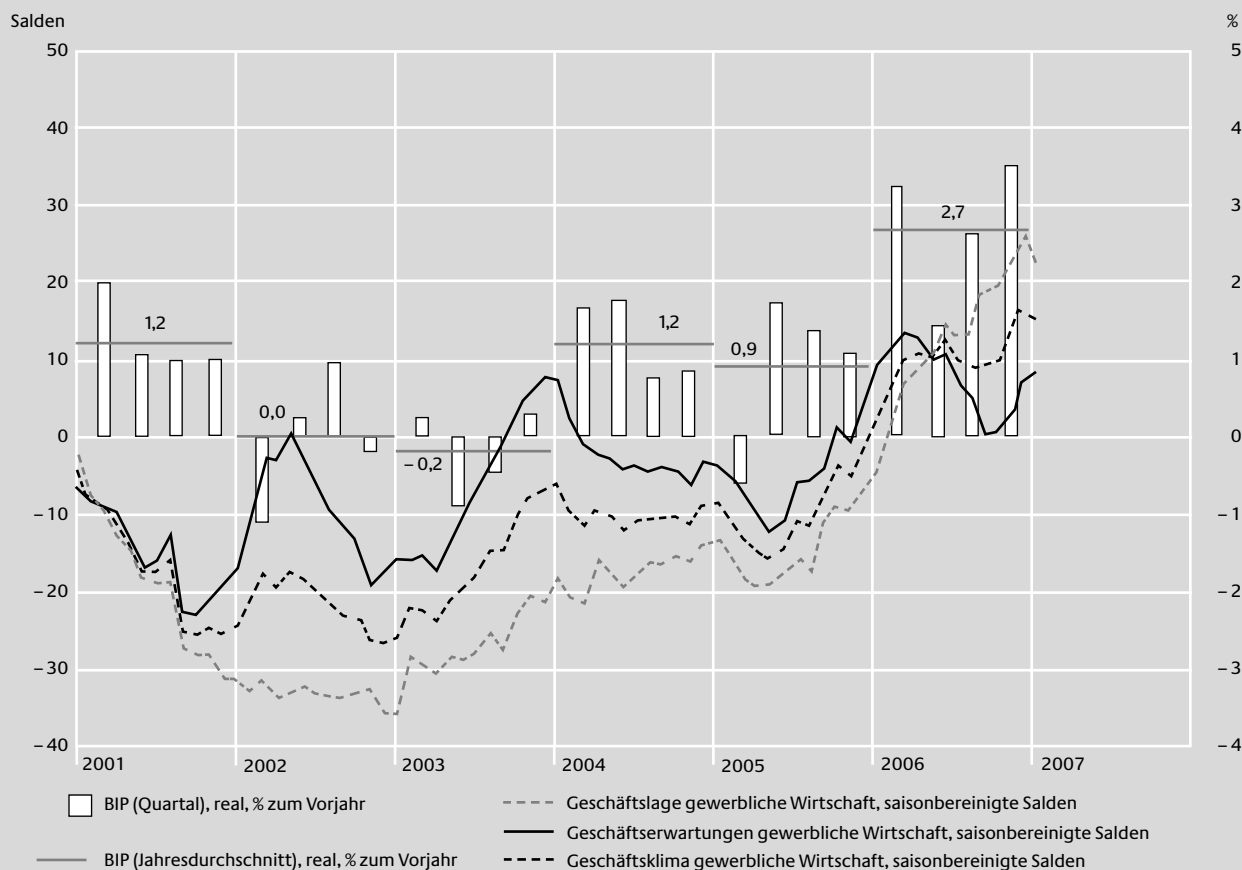
Neben den Investitionen trugen auch höhere Private Konsumausgaben im 4. Quartal zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts bei. Dies dürfte vor allem auf Vorzieheffekte insbesondere bei langlebigen Konsumgütern zurückzuführen sein. So wurden die Einzelhandelsumsätze (saisonbereinigt + 1,9 % gegenüber dem Vorquartal) im Schlussquartal in starkem Maße durch Umsatzsteigerungen im Kfz-Handel begünstigt, was sich auch in dem überaus kräftigen Anstieg der Neuzulassungen von privaten Pkw zeigte (+ 32,2 % gegenüber dem Vorquartal). Der Einzelhandel ohne Handel mit Kraftfahrzeugen blieb dagegen im letzten Vierteljahr schwach. Der leichte Anstieg von 0,2 % im Vergleich zum Vorquartal resultierte nur aus den Umsatzsteigerungen im Dezember (+ 2,6 % gegenüber dem Vormonat). In diesem Jahr ist zu erwarten, dass sich der private Konsum zunächst abschwächt, im Jahresverlauf aber wieder belebt. Dafür spricht auch das GfK-Konsumklima. Zwar hat sich die Stimmung der Konsumenten aufgrund der Unsicherheiten hinsichtlich der mög-

lichen Preiserhöhungen durch die Umsatzsteuersatzanhebung zuletzt verschlechtert, aber gleichzeitig signalisierte der GfK-Konsumklimaindex großes Vertrauen der Verbraucher in die Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs im Verlauf dieses Jahres. Angesichts eines damit verbundenen weiteren Anstiegs der Beschäftigung und der verfügbaren Einkommen dürfte das Abflachen der Stimmung nur vorübergehend sein. In diese Richtung deuten auch die gestiegenen ifo-Geschäftserwartungen im Einzelhandel.

Die weiteren Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt stützen diese Aussichten. So waren im Januar 4,25 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, 764 000 weniger als vor einem Jahr (Dezember: – 597 000, November: – 536 000). Saisonbereinigt verringerte sich die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vormonat um 106 000 Personen, nach einem Rückgang um monatsdurchschnittlich 105 000 im 4. Quartal 2006. Die

saisonbereinigte Arbeitslosenquote ging dabei um 0,3 Prozentpunkte auf 9,5 % zurück. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept) nahm im Dezember saisonbereinigt um 43 000 gegenüber dem Vormonat zu. Nach Ursprungszahlen erhöhte sie sich um 492 000 Personen im Vergleich zum Vorjahr (November: + 452 000, Oktober: + 406 000). Dabei ist die sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigung im November nach ersten Hochrechnungen saisonbereinigt weiter um 32 000 Personen gestiegen. Das Vorjahresniveau wurde deutlich überschritten (+ 428 000 Personen). Die Zuwächse erstreckten sich vor allem auf unternehmensnahe Dienstleistungen, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie das Gastgewerbe. Aber auch im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe nahm die Beschäftigung zu. Der im Vergleich zur Zunahme der Erwerbstätigkeit stärkere Rückgang der Arbeitslosenzahl dürfte mit der systematischen Überprüfung des

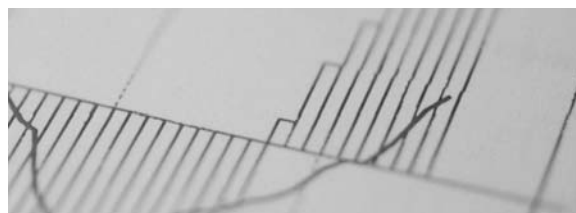
BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



Arbeitslosenstatus sowie einem abnehmenden Arbeitskräfteangebot zusammenhängen. Ausschlaggebend für die Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt waren vor allem der kräftige konjunkturelle Aufschwung und die vergleichsweise milde Witterung. Witterungseinflüsse dürften darüber hinaus durch das neue Saison-Kurzarbeitergeld, das einen flexibleren Personaleinsatz ermöglicht, vermindert werden. Die Bundesagentur für Arbeit veröffentlichte erstmals im Januar einen Stellenindex, der alle ihr vorliegenden Informationen über das ungeforderte Stellenangebot zusammenfasst. Dieser Index stagnierte gegenüber dem Vormonat, was darauf hindeuten könnte, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften zunächst auf hohem Niveau bleibt, aber nicht weiter zunimmt. Die günstigen konjunkturellen Aussichten für den Jahresverlauf sowie zunehmende Erweiterungsinvestitionen vor allem in den exportorientierten Bereichen dürften ausschlaggebend für die erwartete positive Entwicklung am Arbeitsmarkt sein. In diese Richtung weist auch die im Januar erfolgte Umfrage des DIHK unter 25 000 Unternehmen, wonach vor allem die Industrie und die unternehmensnahen Dienstleistungsunternehmen deutlich Beschäftigung aufbauen wollen.

Zusätzlich positiv für den privaten Konsum wirkt das bis in den Januar hinein moderate Preisklima. So war es im Vorfeld der Umsatzsteuersatzanhebung zwar in einzelnen Bereichen zu Preiserhöhungen gekommen, die auf Vorzieheffekte zurückzuführen sein dürften. Allerdings gab es ebenso Verbilligungen bei anderen Gütern, die diese Preisanhebungen zum Teil kompensiert haben, bzw. die Preiserhöhungen betrafen Positionen, die nur einen sehr geringen Einfluss auf den Gesamtindex haben. Im Januar ist der Verbraucherpreisindex um 1,6 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen, aber um 0,2 % gegenüber dem Vormonat gesunken. Der

Rückgang gegenüber dem Vormonat war hauptsächlich saisonbedingt, die Jahresrate erhöhte sich dagegen von Dezember um 0,2 Prozentpunkte. Überdurchschnittliche Preissteigerungen gab es insbesondere bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken (+ 2,6 %), die im Wesentlichen dem unveränderten reduzierten Umsatzsteuersatz unterliegen, aber auch bei alkoholischen Getränken und Tabakwaren (+ 4,0 %) sowie Fahrzeugen (+ 3,1 %). Die Preise für Energieprodukte wirkten insgesamt dämpfend auf die Jahresteuersatzrate (Verbraucherpreisindex ohne Energie: + 1,8 %), wobei geringere Preise für leichtes Heizöl (– 9,2 %) und Kraftstoffe (– 2,5 %) stärker wogen als die Verteuerung anderer Haushaltsenergien (Gas: + 9,3 %, Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme: + 6,3 % und Strom: + 5,8 %). Mögliche Effekte der Umsatzsteuersatzerhöhung werden dadurch, aber auch aufgrund der Sonderverkaufsaktionen überdeckt.



Demgegenüber blieb die Teuerung der Erzeugerpreise im Vergleich zum Vorjahr weiterhin stärker, wenngleich sie sich gegenüber Vorjahr aufgrund eines statistischen Basiseffekts deutlich abschwächte (+ 3,2 %). Im Vormonatsvergleich stagnierte sie. Hauptpreistreiber gegenüber Vorjahr waren Erdgas (+ 9,7 %), elektrischer Strom (+ 3,2 %) sowie eine Reihe von Vorleistungsgütern (+ 5,7 %), so z.B. Nichteisenmetalle, während die Preise für Mineralölprodukte abnahmen. Aufgrund der Ölpreisbindung der Gaspreise dürften diese in den kommenden Monaten ebenfalls zurückgehen.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN vom 30. Januar 2007

Arbeitsprogramm des Vorsitzes

Zu Beginn der ersten ECOFIN-Tagung unter deutschem Vorsitz stellte Bundesminister Steinbrück als Ratspräsident das Arbeitsprogramm für das 1. Halbjahr 2007 vor. Als Schwerpunkte der Agenda wurden gemeinsam mit den folgenden Ratspräsidentenschaften Portugal und Slowenien folgende drei Kernpunkte hervorgehoben:

- Gewährleistung effektiver und effizienter Verfahren in der finanz- und wirtschaftspolitischen Koordinierung,
- weitere Fortschritte zur Vollendung des Binnenmarkts, insbesondere im Bereich der Finanzdienstleistungen und der Steuern,
- Verbesserungen in der Qualität der öffentlichen Finanzen in der EU.

In der darauf folgenden Aussprache sicherten die Vertreter der EU-Mitgliedstaaten ihre Unterstützung zu.

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Vor dem Hintergrund der positiven Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Frankreich ist der ECOFIN-Rat der Empfehlung der EU-Kommission gefolgt und hat das Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits beendet. Der Haushaltssaldo dürfte im Jahr 2006 in Frankreich 2,7 % des BIP betragen haben und in den Folgejahren weiter abnehmen (2007: 2,6 %; 2008: 2,2 %). Frankreich zeigte sich entschlossen, an seinem Konsolidierungskurs festzuhalten.

Konvergenzberichte von EU-Kommission und Europäischer Zentralbank (EZB)

EU-Kommission und Europäische Zentralbank haben dem ECOFIN-Rat ihre im Dezember 2006

veröffentlichten Konvergenzberichte vorgestellt, mit denen der Vorbereitungsstand jener Mitgliedstaaten geprüft wird, die den Euro noch nicht eingeführt haben. Gegenwärtig erfüllt keiner der in dieser Runde geprüften Mitgliedstaaten die strengen Konvergenzkriterien.

Erweiterung des Euro-Währungsgebietes – Sachstand hinsichtlich der Umstellung auf den Euro in Slowenien

Der slowenische Finanzminister informierte den Rat über die zum 1. Januar 2007 erfolgte Euro-Einführung. Kommissar Almunía, EZB-Präsident Trichet und Ratspräsident Bundesminister Steinbrück brachten ihre Anerkennung zum reibungslosen Ablauf der Umstellung von Tolar auf Euro zum Ausdruck, die schneller und effizienter abgelaufen sei als bei der Ersteinführung im Jahr 2002. Das gelungene Big-Bang-Szenario, also die gleichzeitige Einführung von Währung und Bargeld, sei beispielhaft für künftige Umstellungen.

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates

Eckpunktepapier

Zur Vorbereitung der Frühjahrstagung des Europäischen Rates wurde vom deutschen Vorsitz ein Entwurf für das so genannte Eckpunktepapier vorgelegt. Darin bündelt der ECOFIN-Rat die wichtigsten haushalts- und finanzpolitischen Botschaften an den Europäischen Rat. In der Orientierungsaussprache wurde deutlich, dass ein fokussiert gehaltenes Papier an den Europäischen Rat von allen unterstützt wird. Angeregt wurde, das Eckpunktepapier um das Thema Energie und die damit verbundenen finanzpolitischen Implikationen zu ergänzen. Die Finalisierung des Eckpunktepapiers soll im Februar erfolgen. Über die zentrale Botschaft, die gute

gesamtwirtschaftliche Situation für weitere Strukturreformen wie auch zur Haushaltskonsolidierung zu nutzen, bestand breites Einvernehmen.

Lissabon-Strategie: Bericht der EU-Kommission

Kommissar Almunía stellte den Fortschrittsbericht der EU-Kommission zur Lissabon-Strategie vor. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Lissabon-Strategie und die damit verbundenen Strukturreformen mittlerweile Wirkung entfalten: Wachstum und Beschäftigung nehmen in der EU wieder zu.

Aktualisierung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik

Im Jahr 2007 hat der Rat die Aufgabe, die Grundsätze der Wirtschaftspolitik zu aktualisieren. Der vorliegende Entwurf der EU-Kommission enthält dazu Empfehlungen für ein Maßnahmenbündel, das sich auf Basis der Grundzüge der Wirtschaftspolitik (Art. 99 EG-Vertrag) sowie der beschäftigungspolitischen Empfehlungen (Art. 128 EG-Vertrag) in länderspezifischen Empfehlungen konkretisiert. Demnach sind insbesondere bei der Wettbewerbsfähigkeit im Dienstleistungs-

sektor, bei der Förderung von Forschung und Entwicklung sowie auf dem Arbeitsmarkt weitere Fortschritte in den Mitgliedstaaten nötig. Unter Berücksichtigung der Orientierungsaussprache soll der Entwurf bei der kommenden Ratstagung am 27. Februar 2007 finalisiert werden.

Abbau von Bürokratiekosten: Bericht der EU-Kommission

Ebenfalls im Hinblick auf die Frühjahrstagung der Staats- und Regierungschefs befasste sich der ECOFIN-Rat mit Maßnahmen zum Abbau von Bürokratiekosten. Kommissar Almunía ging auf den kürzlich von der EU-Kommission vorgestellten Aktionsplan ein, der ein quantitatives Abbauziel von 25 % der Bürokratielasten sowie 13 prioritäre Bereiche vorsieht. Der ECOFIN-Rat kam in seiner Aussprache zu dem Ergebnis, dass Anstrengungen auf EU-Ebene von nationalen Anstrengungen beim Bürokratielastenabbau zu begleiten sind. Grundsätzlich müsse es das Ziel sein, Bürokratielasten bereits bei der Schaffung von europäischen Regelungen zu vermeiden. Ein Entwurf für Ratsschlussfolgerungen soll unter Berücksichtigung der Orientierungsaussprache vom ECOFIN-Rat im Februar verabschiedet werden.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2006

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Dezember 2006 vor.

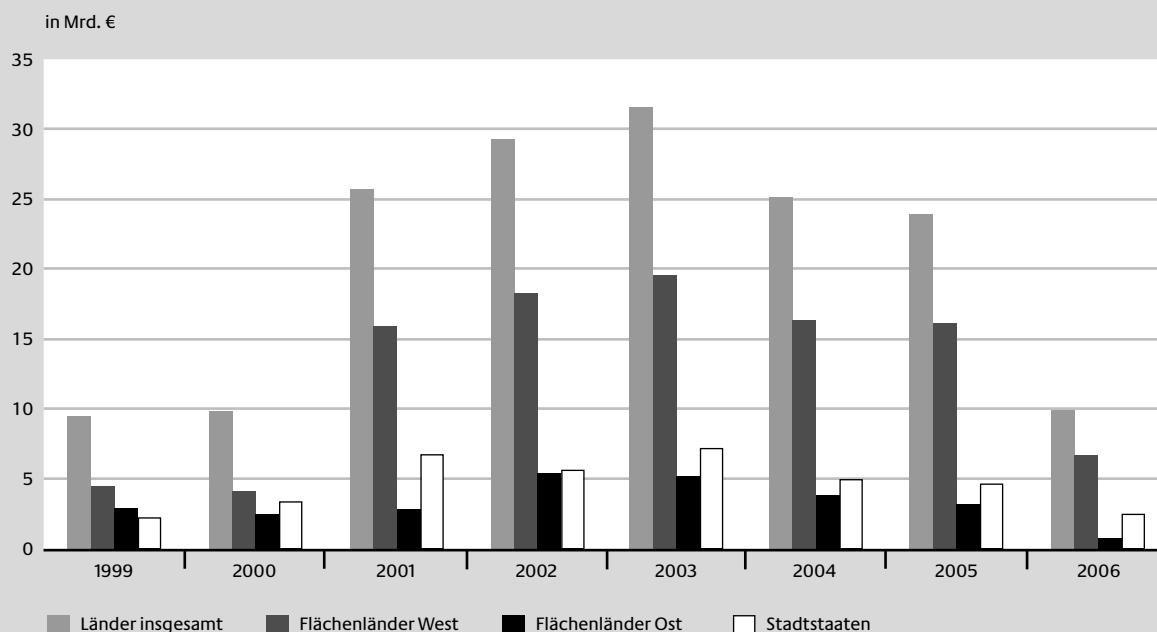
Nach diesen vorläufigen Abschlussdaten haben sich die Länderhaushalte insgesamt sehr positiv entwickelt. Dem moderaten Ausgabenanstieg in den Flächenländern und der deutlichen Ausgabenreduzierung in den Stadtstaaten stand eine überaus günstige Entwicklung der Einnahmen aller Länder gegenüber. Dadurch fiel das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit mit 9,9 Mrd. € rund 14,1 Mrd. € niedriger aus als im Vorjahreszeitraum und rund 11,5 Mrd. € geringer als geplant. Die Ausgaben der Länder insgesamt sanken im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 0,3 % auf 258,7 Mrd. €. Die geplante Ausgabenreduzierung auf 258,4 Mrd. € wurde damit nahezu vollständig realisiert. Die Zunahme der Einnahmen um + 5,7 % auf insgesamt

248,8 Mrd. € fiel dagegen deutlich höher aus als erwartet (+ 0,6 %). Wesentlichen Anteil daran hatten die unerwartet hohen Steuermehreinnahmen (+ 9,7 %). In den Planungen der Länder war hier nur von einem Anstieg um + 3,3 % ausgegangen worden.

In den Flächenländern West stiegen die Ausgaben moderat um + 0,4 % auf insgesamt 178,8 Mrd. €. Die Ansätze in den Haushaltsplanungen wurden damit um knapp 1 Mrd. € überschritten. Im gleichen Zeitraum nahmen die Einnahmen der westdeutschen Flächenländer um + 6,3 % zu. Die Gesamteinnahmen von 172,2 Mrd. € lagen um 7,8 Mrd. € über den Haushaltsansätzen. Die Personalausgaben sanken um 1,5 %, während sich die Bauausgaben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um + 3,6 % erhöhten.

Besonders positiv verlief die Entwicklung der Steuereinnahmen, sie wuchsen um + 9,1 %. Das Defizit der Flächenländer West in Höhe von

Entwicklung der Defizite der Länder 1999 bis 2006



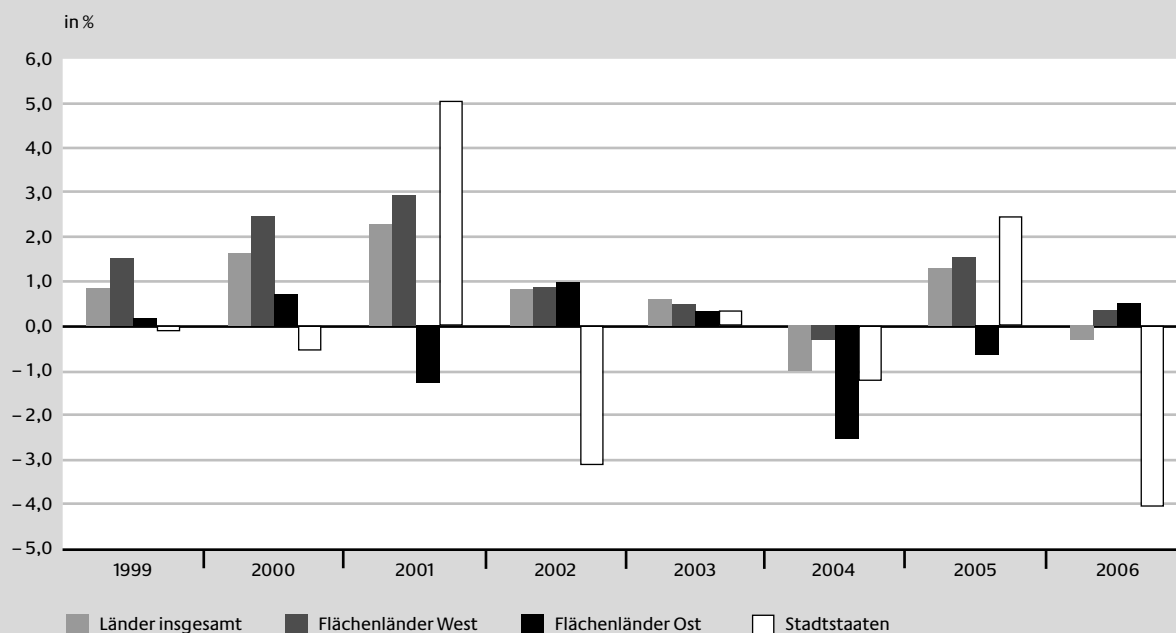
6,7 Mrd. € betrug weniger als die Hälfte des Planwerts (13,6 Mrd. €).

Ähnlich gut verlief die Entwicklung in den ostdeutschen Flächenländern. Auch hier nahmen die Ausgaben nur verhalten um + 0,5 % zu, während die Einnahmen deutlich um + 5,5 % stiegen. Mit 51,7 Mrd. € fielen die Ausgaben geringfügig niedriger aus als geplant (51,9 Mrd. €). Die Einnahmen in Höhe von 50,9 Mrd. € übertrafen die Haushaltsansätze um rund 2,0 Mrd. €. Die Flächenländer Ost konnten bis Dezember 2006 ihre Personalausgaben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um - 2,8 % reduzieren, gleichzeitig erhöhten sich die Bauausgaben spürbar um + 8,2 %. Der Zuwachs der Steuereinnahmen fiel hier knapp zweistellig aus (+ 10,5 %). Aufgrund der günstigen Ausgangsbedingungen erreichte

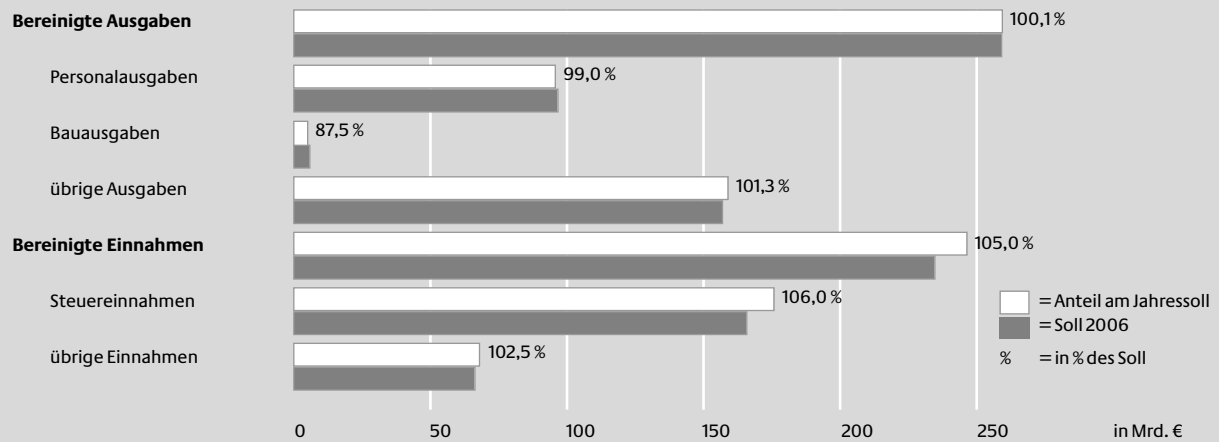
das Finanzierungsdefizit mit 0,8 Mrd. € nicht einmal ein Drittel des Planwerts (3,0 Mrd. €).

In den Stadtstaaten wurden die Ausgaben bis einschließlich Dezember 2006 im Vergleich zum Vorjahr erheblich um 4,1 % auf 10,1 Mrd. € reduziert. Geplant war eine Ausgabenrückführung um 3,6 %. Die Personalausgaben sanken deutlich um 3,7 %, die Bauausgaben sogar noch deutlicher um 20,5 %. Der Anstieg der Einnahmen um + 2,4 % auf insgesamt 31,5 Mrd. € fiel wesentlich geringer aus als in den Flächenländern, obwohl auch in den Stadtstaaten die Steuereinnahmen zweistellig um + 12,8 % zunahmen. Allerdings bedeutete dies immer noch Mehreinnahmen im Vergleich zu den Haushaltsansätzen in Höhe von 1,4 Mrd. €. Das Defizit von 2,5 Mrd. € betrug nur etwa die Hälfte des Planwerts (4,9 Mrd. €).

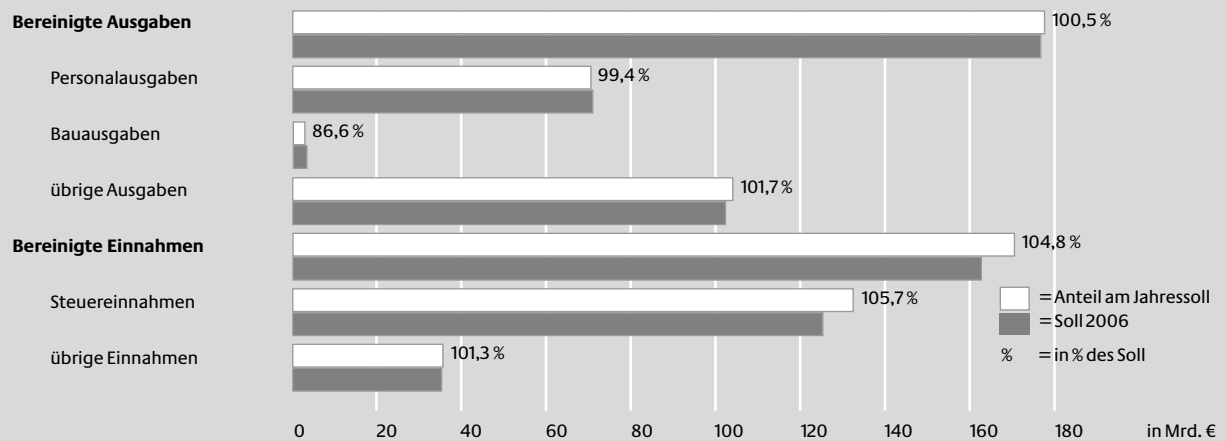
Ausgabenentwicklung der Länder 1999 bis 2006



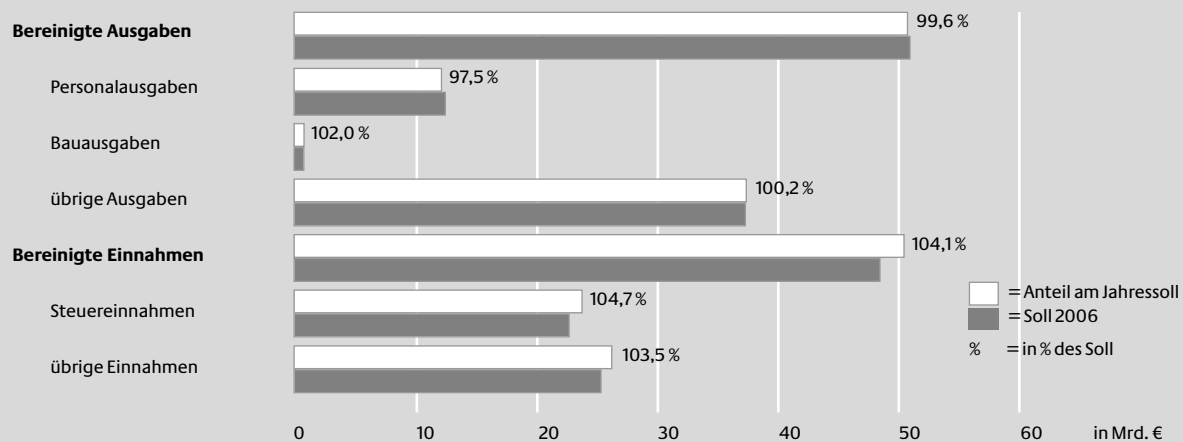
Länder insgesamt



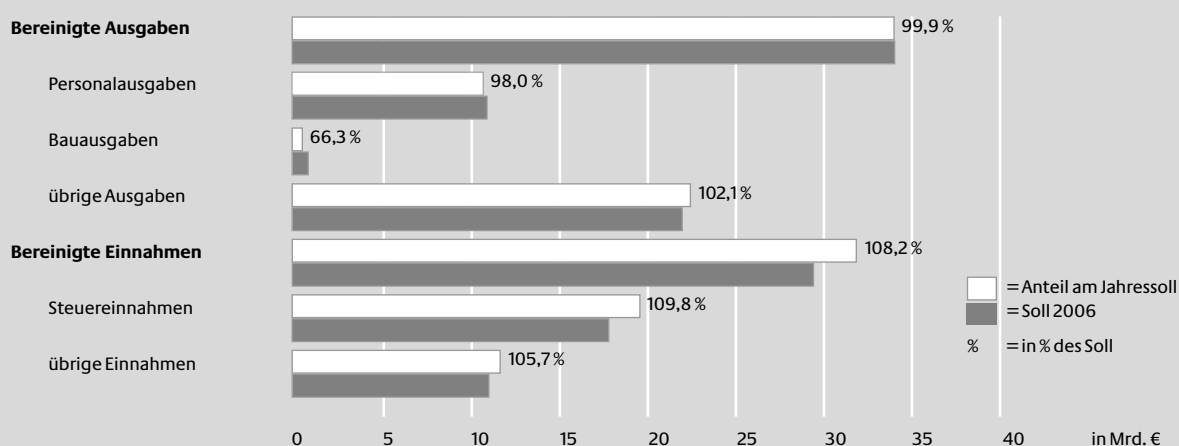
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 26./27. Februar 2007 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 1./2. März 2007 – Informelles Treffen der Leiterinnen und Leiter der Zollverwaltungen der EU-Mitgliedstaaten in Berlin
- 8./9. März 2007 – Europäischer Rat in Brüssel
- 19./20. März 2007 – Konferenz „Steuerpolitik für eine nachhaltige Entwicklung“ in Brüssel
- 26./27. März 2007 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 14./15. April 2007 – Gemeinsame Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington
- 20./21. April 2007 – Informeller ECOFIN in Berlin

Terminplan für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2008

- 8. bis 11. Mai 2007 – Steuerschätzung
- bis 15. Juni 2007 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 20. Juni 2007 – Finanzplanungsrat
- 22. Juni 2007 – Zuleitung an Kabinett
- 27. Juni 2007 – Kabinettsbeschluss
- 10. August 2007 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2007	März	Februar 2007	22. März 2007
	April	März 2007	20. April 2007
	Mai	April 2007	23. Mai 2007
	Juni	Mai 2007	21. Juni 2007
	Juli	Juni 2007	19. Juli 2007
	August	Juli 2007	22. August 2007
	September	August 2007	20. September 2007
	Oktober	September 2007	19. Oktober 2007
	November	Oktober 2007	22. November 2007
	Dezember	November 2007	20. Dezember 2007

Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Klarsicht** – Deutsche Finanzpolitik im europäischen Rahmen
- Klarsicht** – Einkommen- und Lohnsteuer
- Fachblick** – Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2006

Diese und weitere Broschüren sind erhältlich bei:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Bürgerangelegenheiten
11016 Berlin
buergerreferat@bmf.bund.de
www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:
telefonisch: 0 18 05 / 77 80 90 (0,12 €/Minute)
per Telefax: 0 18 05 / 77 80 94 (0,12 €/Minute)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>

Finanzpolitische Konferenzen und Workshops im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft



- 1. März 2007 – Workshop „Wege zur qualitativen Haushaltskonsolidierung“ in Berlin, Veranstalter: Deutsche Bank Research
- 12. März 2007 – Workshop „Efficiency of spending on education and R & D“ in Brüssel, Veranstalter: EU-Kommission in Zusammenarbeit mit der deutschen EU-Präsidentschaft
- 22./23. März 2007 – Konferenz „Herausforderungen für die Finanzpolitik in Europa“ in Berlin, Veranstalter: Bundesministerium der Finanzen (BMF) und Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)
- 15./16. Mai 2007 – „Internationale Steuerkonferenz – Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB)“ in Berlin, Veranstalter: BMF, ZEW sowie Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht
- 24. Mai 2007 – Konferenz „Langfristige Trends bei der Entwicklung von Steuersystemen“ in Berlin, Veranstalter: BMF und Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)

Wege zur qualitativen Haushaltskonsolidierung Workshop Deutsche Bank Research

Datum: Donnerstag, 1. März 2007, 12.00 bis 17.00 Uhr

Ort: Unter den Linden 13–15, Eingang: Charlottenstraße 37–38, 10117 Berlin

Veranstalter: Deutsche Bank AG

12:00 Uhr	Einlass, Empfang, Imbiss
12:00 Uhr	I. Problemaufriss
12:30 Uhr	Impuls I: Konsolidierung: Stand der Forschung Dr. Ludger Schuknecht, Europäische Zentralbank
13:00 Uhr	Impuls II: Zur Qualitätsdimension der Konsolidierung: Fragestellungen für den Workshop Dr. Christian Kastrop, Bundesministerium der Finanzen Dr. Klaus Günter Deutsch, Deutsche Bank Research Diskussion
13:30 Uhr	II. Indikatoren der Qualität
13:30 Uhr	Impuls III: Struktur und Qualität von staatlichen Ausgaben: Konzeption und mögliche Kenngrößen Dr. Michael Thöne, Universität zu Köln Diskussion
14:00 Uhr	Impuls IV: Struktur und Qualität von staatlichen Einnahmen: Konzeption und mögliche Kenngrößen Dr. Stefan Bach, DIW Diskussion
14:30 Uhr	Kaffeepause

14:45 Uhr	III. Institutionelle Arrangements und politischer Prozess
14:45 Uhr	Impuls V: Institutionelle Reformmöglichkeiten in Deutschland in vergleichender Perspektive Prof. Dr. Uwe Wagschal, Universität Heidelberg Diskussion
15:15 Uhr	Impuls VI: Wie kann man Qualitätsaspekte im politischen Prozess verankern? Staatssekretär Dr. Thomas Mirow, Bundesministerium der Finanzen Ko-Referat: Dr. Klaus Günter Deutsch, DB Research Diskussion
15:45 Uhr	Impuls VII: Mediale Begleitung und Kapitalmarktbewertung Dr. Manfred Schäfers, Frankfurter Allgemeine Zeitung Dr. Harald Schönebeck, Head of Client Analytics, Deutsche Bank AG Diskussion
16:15 Uhr	IV. Podiumsdiskussion Politische Wege zu qualitativ besseren Budgets
	MdB Steffen Kampeter, CDU MdB Carsten Schneider, SPD (angefragt) Staatssekretär Werner Gatzert, Bundesministerium der Finanzen Moderation: Barbara Böttcher, Deutsche Bank Research
17:00 Uhr	Ende

www.dbresearch.de

Workshop on Efficiency of spending on education and R&D Joint European Commission/German Presidency

Datum: 12. März 2007

Ort: Brüssel, Charlemagne Building, Raum S1

170 Rue de la Loi, B-1049 Brüssel

Veranstalter: EU-Kommission in Zusammenarbeit mit der deutschen EU-Präsidenschaft

9.00 – 9.15	Registration and Welcome Coffee
Session I – Education, R&D and Growth chair: M. Buti (DG ECFIN)	
9.15 – 9.30	Welcome Address M. Buti (DG ECFIN)
9.30 – 9.50	Key Note Speech A. de la Fuente (Universitat Autònoma de Barcelona) Human Capital in a global and knowledge-based economy
9.50 – 10.10	Key Note Speech J. Vandenbussche (IMF) Growth, Distance to frontier and the composition of Human Capital
10.10 – 10.25	Introductory presentation on Efficiency and Effectiveness of public spending F. Ilzkovitz, U. Mandl (DG ECFIN)
10.25 – 10.40	General Discussion
10.40 – 11.00	Coffee break

Session II – Methods to measure efficiency in education and R&D chair: J-H. Schmidt (DG ECFIN)	
11.00 – 11.20	Public spending efficiency in primary and secondary education: performance indicators D. Sutherland (OECD)
11.20 – 11.40	Cross-country efficiency of secondary education provision A. Afonso (ECB, ISEG/UTL)
11.40 – 12.00	Discussant: G. Psacharopoulos (University of Athens)
12.00 – 12.30	General Discussion Issues for Discussion: There are different definitions of efficiency that imply different methodologies and hence different outcomes. 1. What are the major problems to measure input and output? What kind of indicators could be further developed for future investigations? 2. Which methodologies should be used in order to measure efficiency while taking into consideration all other relevant factors?
12.30 – 14.00	Lunch Break
Session II (cont.) – Methods to measure efficiency in education and R&D chair: I. Saragossi (DG RTD) tbc	
14.00 – 14.20	Efficiency of public spending in support of R&D activities M. Cincera (ULB), D. Czarnitzki (KUL)
14.20 – 14.40	R&D project evaluation: An integrated DEA and balanced scorecard approach B. Golany (Israel Institute of Technology)
14.40 – 15.00	Discussant: R. Veugelers (BEPA, KUL)
15.00 – 15.20	General Discussion Issues for Discussion: There are various instruments used to stimulate R&D activities: tax incentives, subsidies, public procurement, etc.. This makes it rather difficult to define input and output and measure efficiency. 1. What kind of methodologies should be used to measure efficiency in R&D? 2. What kinds of indicators are seen as appropriate to measure efficiency in R&D?
15.20 – 15.30	Coffee Break
Session III – Determinants & Measurement of efficiency in R&D and Education Country Experiences chair: Ch. Kastrop (German Presidency)	
15.30 – 16.30	Country Experiences – Introduction by the Chair – UK on efficiency in education (A. Pritchard, UKCeMGA) – France on efficiency in public support of R&D (M. Langlois-Berthelot, French Ministry of Finance) – NN – NN
16.30 – 17.00	General Discussion Issues for Discussion: Cross-country investigations allow for rankings in efficiency scores and provide information on possible efficiency gains. 1. On the basis of country experiences, what are the most significant determinants that affect efficiency? 2. How can policy makers use this information and enhance efficiency in public spending?
17.00 – 17.15	Concluding remarks Ch. Kastrop German Presidency, Chair of the EPC Working Group Quality of Public Finances
17.15	End of meeting

http://ec.europa.eu/economy_finance/events/2007/events_brussels_1203_en.htm

Herausforderungen für die Finanzpolitik in Europa

Vorläufiges Konferenzprogramm

Datum: 22./23. März 2007

Ort: Großer Saal im Bundesministerium der Finanzen, Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

Veranstalter: Bundesministerium der Finanzen, Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung (ZEW)

Organisation: Sebastian Hauptmeier (ZEW), Friedrich Heinemann (ZEW und AEI),
Christian Kastrop (BMF), Ludger Schuknecht (EZB)

Donnerstag, 22. März 2007	
09.30 – 10.15	Anmeldung
10.15 – 10.20	Begrüßung Thomas Mirow, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen
10.20 – 11.45	Einführung
10.20 – 10.40	Eine Qualitätsagenda für die Finanzpolitik Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen
10.40 – 11.00	Challenges for Fiscal Policy from a European Perspective Joaquín Almunia, EU-Kommission, Kommissar für Wirtschaft und Währung
11.00 – 11.45	Diskussion: Peer Steinbrück und Joaquín Almunia Moderation: G. Bohsem, Financial Times Deutschland
11.45 – 13.00	Mittagessen
13.00 – 15.00	Qualität der öffentlichen Finanzen, Reformpolitik und Lissabon-Ziele: Teil 1 Vorsitz: Ludger Schuknecht, Europäische Zentralbank
13.00 – 13.30	What do we know about the effects of fiscal policy? Impulsreferat: R. Perotti, Universität Bocconi
13.30 – 14.15	Macroeconomic Effects of Fiscal Consolidation, Tax, and Structural Reforms in Europe: An Assessment Using the Global Fiscal Model D. Botman, IWF <u>M. S. Kumar</u> , IWF Diskutant: N.N.
14.15 – 15.00	Is Lisbon far from Maastricht? Trade-offs and complementarities between fiscal discipline and structural reforms M. Buti, EU-Kommission W. Röger, EU-Kommission <u>A. Turrini</u> , EU-Kommission Diskutant: G. Belet, Französisches Finanz-, Wirtschafts- und Industrieministerium
15.00 – 15.30	Kaffeepause
15.30 – 17.45	Qualität der öffentlichen Finanzen, Reformpolitik und Lissabon-Ziele: Teil 2 Vorsitz: Friedrich Heinemann, ZEW
15.30 – 16.15	Short-term Pain for Long-Term Gain: the Impact of Structural Reform on Fiscal Outcomes in EMU <u>P. van den Noord</u> , OECD B. Cournède, OECD Diskutant: H. Herres, BMF
16.15 – 17.00	Europäische Wirtschafts- und Sozialmodelle und die Bedeutung von Reformen <u>M. Heipertz</u> , BMF M. Ward-Warmedinger, EZB Diskutant: G. Corneo, Freie Universität Berlin
17.00 – 17.45	Fiscal Plans in the European Union <u>R. Beetsma</u> , Universität Amsterdam M. Guiliadori, Universität Amsterdam/DNB Diskutant: D. Franco, Banca d'Italia

Freitag, 23. März 2007

09.00 – 12.30	Effizienz und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors: Teil 1 Vorsitz: Christian Kastrop, BMF
09.00 – 09.30	Fiscal Policy in the Years to Come – Challenges and Opportunities Impulsreferat: V. Tanzi, ehemaliger Leiter der Abteilung Finanzpolitik beim IWF
09.30 – 10.15	Measuring and Improving Public Sector Efficiency: Challenges and Opportunities T. Curristine, OECD Diskutant: J. Grice, Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Europäischen Union
10.15 – 10.30	Kaffeepause
10.30 – 11.15	Relative Efficiency of Health Provision: a DEA Approach with Non-discretionary Inputs A. Afonso, EZB <u>M. St. Aubyn</u> , ISEG – Technische Universität Lissabon Diskutant: K. Wendorff, Deutsche Bundesbank
11.15 – 12.00	Public Investment in the New and Prospective Member States of the EU <u>G. Schwartz</u> , A. Corbacho, G. Ganelli, IWF P. Manasse, Universität von Bologna Discussant: L. Codogno, Italienisches Wirtschafts- und Finanzministerium
12.00 – 12.30	Herausforderungen für den öffentlichen Sektor aus Sicht der Notenbanken Jürgen Stark, Mitglied im Direktorium der EZB
12.30 – 13.30	Mittagessen
13.30 – 15.00	Effizienz und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors: Teil 2 Vorsitz: Sebastian Hauptmeier, ZEW
13.30 – 14.15	Finanzföderalismus und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit <u>L. P. Feld</u> , Universität Heidelberg G. Kirchgässner, C. A. Schaltegger, Universität St. Gallen Diskutant: J. Fiedler, Associate Dean, Hertie School of Governance
14.15 – 15.00	Finanzausgleich und Wettbewerb <u>C. Kotsogiannis</u> , Universität Exeter R. Schwager, Universität Göttingen Diskutant: P. Part, Österreichisches Finanzministerium
15.00 – 16.00	Podium E. Flores, EU-Kommission C. Kastrop, BMF R. Perotti, Bocconi Universität L. Schuknecht, EZB V. Tanzi, ehem. IWF Moderation: F. Heinemann, ZEW
16.00	Schlusswort Christian Kastrop, BMF

Internationale Steuerkonferenz – Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB)

Datum: 15./16. Mai 2007

Ort: Großer Saal im Bundesministerium der Finanzen, Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

Veranstalter: Bundesministerium der Finanzen, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht

Dienstag, 15. Mai 2007

10.00 – 10.30	Eröffnung der Internationalen Steuerkonferenz durch den Bundesminister der Finanzen Peer Steinbrück
10.30 – 11.00	Vorstellung des 2. Fortschrittsberichts zur GKKB durch EU-Kommissar László Kovács
11.00 – 11.30	Kaffeepause
11.30 – 12.15	Konzept und Notwendigkeit einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage – eine wissenschaftliche Einführung Vortrag: Prof. Dr. Christoph Spengel (Universität Mannheim/ZEW)
12.15 – 13.45	Mittagspause
13.45 – 15.45	Panel 1 – Der steuerpflichtige Unternehmensgewinn – gemeinsame Strukturelemente Vorsitz: Prof. Dr. Wolfgang Schön, Max-Planck-Institut Redner 1: DDr. Gunter Mayr, Finanzministerium Österreich Redner 2: Dr. Krister Andersson, Tax Committee UNICE Dr. Martina Baumgärtel, Comité Européen des Assurances Christian Comolet-Tirman, Ministère de l'Économie, des finances et de l'industrie Prof. Dr. Peter Essers, University of Tilburg Malcolm Gammie QC, Institute for Fiscal Studies
15.45 – 16.15	Kaffeepause
16.15 – 18.15	Panel 2 – Internationale Aspekte, Konsolidierung & Aufteilung Vorsitz: Florian Scheurle, Bundesministerium der Finanzen Redner 1: Prof. Dr. Ulrich Schreiber, Universität Mannheim/ZEW Redner 2: Prof. Jack Mintz, NYU Law School Mary Bennett, OECD Tax Treaty and Transfer Pricing Forum Bruno Gibert, EU Joint Transfer Pricing Forum Prof. Dr. Michael Lang, Vienna University of Economic and Business Administration Ivar Nordland, Danish Ministry of Taxation

Mittwoch, 16. Mai 2007

10.00 – 12.00	Panel 3 – Administrative Aspekte Vorsitz: Dr. Wolfgang Nolz, Finanzministerium Österreich Redner 1: Ernst Czakert, Bundesministerium der Finanzen Redner 2: Theo Keijzer, Shell International BV Philip Baker QC, Gray's Inn Tax Chambers Miklós Kok, Hungarian Tax and Financial Control Administration Dr. Matthias Mors, Europäische Kommission Prof. Dr. Marie Teresa Soler Roch, Universität Alicante
12.00 – 12.30	Kaffeepause
12.30 – 13.00	Schlussfolgerungen durch Staatssekretär Dr. Axel Nawrath, Bundesministerium der Finanzen

<http://www.eu2007.de>

Die Konferenz richtet sich an einen feststehenden Teilnehmerkreis. Im Anschluss an die Konferenz werden die Ergebnisse in einem Tagungsband veröffentlicht und im Internet abrufbar sein.



Analysen und Berichte

Ist-Bericht zum Bundeshaushalt 2006	43
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 4. Quartal 2006 und im Jahr 2006	71
Jahreswirtschaftsbericht 2007 – Den Aufschwung für Reformen nutzen	75
Das Elterngeld – Ein neues Instrument einer nachhaltigen Familienpolitik	91
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	97

Ist-Bericht zum Bundeshaushalt 2006

Ausgaben und Einnahmen im Jahr 2006

1	Finanzpolitische Ausgangslage	43
2	Eckwerte des Bundeshaushalts 2006	44
3	Die Entwicklung der Ausgaben nach ökonomischen Arten	50
4	Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen	57
5	Entwicklung der Einnahmen	67

- Die Verringerung der Nettokreditaufnahme im Haushalt 2006 war im Wesentlichen auf die deutliche Zunahme der Steuereinnahmen und auf die strenge Ausgabendisziplin des Bundes zurückzuführen.
- Der Haushalt 2006 war Spiegelbild der finanzpolitischen Strategie der Bundesregierung. Er setzte Wachstumsimpulse bei gleichzeitiger Haushaltskonsolidierung.
- Aufgrund der eingeleiteten Maßnahmen bildet er eine gute Ausgangsbasis für den Haushalt 2007.

1 Finanzpolitische Ausgangslage

Der von der Bundesregierung mit dem Bundeshaushalt 2006 eingeschlagene Weg einer gestaltenden Finanzpolitik zeigt erste Erfolge. Das Setzen von Wachstumsimpulsen bei gleichzeitiger Haushaltskonsolidierung hat sich in der Praxis bewährt.

Die Neuverschuldung in Höhe von 27,9 Mrd. € erreicht im vorläufigen Abschluss des Bundeshaushalts 2006 den niedrigsten Wert seit 2001. Die noch im Haushaltssoll vorgesehene Nettokreditaufnahme von 38,2 Mrd. € wird somit um mehr als 10 Mrd. € unterschritten. Gegenüber dem Vorjahr sank die Neuverschuldung um 3,3 Mrd. € oder 10,6 %. Der positive Haushaltsabschluss konnte erreicht werden, obwohl im Bereich der Privatisierungs- und Einmalerlöse ein ursprünglich eingeplanter Betrag in einer Größenordnung von 2 Mrd. € nicht realisiert werden konnte. Hinzu kommen ausgabenseitig Zusatzbelastungen von etwa 3 Mrd. €. Ursache

dafür waren Mehrausgaben beim Arbeitslosengeld II, die höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie der geringere Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit (BA). Gleichzeitig ist es mit dem „25-Mrd.-€-Wachstums-und-Impulsprogramm“ gelungen, wichtige Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu setzen.

Mit dem Bundeshaushalt 2006 wurde die finanzpolitische Strategie der Bundesregierung bestätigt. Nur eine Ausrichtung, die Haushaltskonsolidierung mit Maßnahmen zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung verbindet, kann langfristig erfolgreich sein.

2 Eckwerte des Bundeshaushalts 2006

Der Haushaltsentwurf 2006 wurde am 23. Juni 2006 vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 24. Juli 2006 im Bundesgesetzblatt Teil I S. 1634 verkündet.

Bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2006 im Bundesgesetzblatt richtete sich die Haushaltsführung des Bundes nach den Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung nach Artikel 111 Grundgesetz (GG).

Ausgaben. Die Ausgaben des Bundes beliefen sich im Jahr 2006 auf 261,0 Mrd. € und enden somit 0,6 Mrd. € unter der Veranschlagung. Gegenüber den Gesamtausgaben des Vorjahres von 259,8 Mrd. € bedeutet dies lediglich einen Zuwachs um 0,5 %, der damit unter der Inflationsrate liegt. Dass dies trotz höherer Ausgaben im Bereich Arbeitsmarkt gelungen ist, ist ein Beleg für die konsequente Haushaltsdisziplin des Bundes.

Die investiven Ausgaben lagen mit 22,7 Mrd. € um 0,5 Mrd. € unter dem Soll 2006 bzw. um 0,2 Mrd. € unter dem bereinigten Vorjahresergebnis von 22,9 Mrd. €. Bei der Bewertung der Höhe der Investitionsausgaben muss insbesondere jedoch die außergewöhnlich lange Zeit der

vorläufigen Haushaltsführung im Jahre 2006 (knapp sieben Monate) berücksichtigt werden, die tendenziell zu einem verspäteten Anlaufen von Investitionsprojekten beigetragen haben dürfte.

Einnahmen. Die Einnahmen des Bundes beliefen sich im Jahr 2006 auf 232,8 Mrd. €, gegenüber 228,4 Mrd. € im Jahr 2005. Erfreulich ist das Ergebnis bei den Steuereinnahmen. Diese stiegen von 190,1 Mrd. € auf 203,9 Mrd. €. Dies entspricht einem Steuereinnahmewachstum von 13,8 Mrd. € oder + 7,2 % für den Bundeshaushalt. Demgegenüber sind die Verwaltungseinnahmen in Höhe von 28,9 Mrd. € im Vergleich zum Vorjahr, bedingt durch Einmaleffekte in 2005, um 24,5 % zurückgegangen. Nach den Steuereinnahmen und den Verwaltungseinnahmen war die Nettokreditaufnahme der drittgrößte Einnahmeposten des Bundes. Mit 27,9 Mrd. € erreichte diese den niedrigsten Wert seit 2001 und sank gegenüber dem Vorjahresergebnis von 31,2 Mrd. € um 3,3 Mrd. € oder 10,6 %.

Defizit. Insbesondere infolge der erfreulichen Entwicklung bei den Steuereinnahmen ergab sich ein Finanzierungssaldo von 28,2 Mrd. €. Dieser lag damit um 3,2 Mrd. € unter dem Vorjahreswert von 31,4 Mrd. €. Der Bundeshaushalt 2006 ist ein Haushalt des Übergangs, mit dem der Boden für die ab 2007 verstärkt einsetzende strukturelle

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Aufgabenbereich	Soll 2006	Januar bis Dezember 2006	Januar bis Dezember 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Die Ermittlung des Finanzierungssaldos:					
1. Ausgaben	261,6	261,0	259,8	+ 1,2	+ 0,5
2. Einnahmen	223,2	232,8	228,4	+ 4,4	+ 1,9
– Steuereinnahmen	194,0	203,9	190,1	+ 13,8	+ 7,2
– Verwaltungseinnahmen	29,2	28,9	38,3	– 9,4	– 24,5
Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo	– 38,4	– 28,2	– 31,4	+ 3,2	– 10,2
Die Deckung des Finanzierungssaldos:					
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo einschließlich Kassenmittel Münzeinnahmen	38,2 0,2	27,9 0,3	31,2 0,2	– 3,3 + 0,1	– 10,6 + 51,9
nachrichtlich: Investitionen (inkl. Darlehen)	23,2	22,7	23,8 ²	– 1,0	– 4,4

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² 22,9 Mrd. € ohne Betriebsmitteldarlehen an die allgemeine Rentenversicherung.

Konsolidierung bereitet wurde. Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 konnten eine Reihe von Maßnahmen beschlossen werden, die diese strukturelle Konsolidierung auch in Zukunft fortsetzen.

In der nachfolgenden Tabelle 2 werden die wesentlichen Differenzen zwischen dem Ist-Ergebnis 2006 und dem Ist-Ergebnis 2005 dargestellt.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einnahmen- und Ausgabenänderungen

Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen. Durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz wurde im Jahr 2004 die pauschale Abgeltung von Aufwendungen für versicherungsfremde Leistungen der Krankenkassen eingeführt und für 2006 auf 4,2 Mrd. € angesetzt.

Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitsmarktausgaben sind von der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende ab 1. Januar 2005 geprägt. Zudem wurden noch im Laufe des Jahres 2006 mehrere gesetzliche Maßnahmen umgesetzt, die zu einer Konsolidierung und

Optimierung im Bereich der Grundsicherung führen.

Aufgrund der umfassenden Änderungen sind Vergleiche mit dem Vorjahr von geringer Aussagekraft, da das Jahr 2005 von organisatorischen Startschwierigkeiten geprägt war, die auch die Ausgabenentwicklung beeinflussten. Während sich bei den Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende ein Mehrbedarf zeigte, geht der im Haushalt der BA etatisierte Finanzbedarf für das Arbeitslosengeld I zurück. In Summe steigen die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Mrd. €.

Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen. Hier zeigen sich die Anstrengungen der Bundesregierung, innovative Technologien zu fördern. Diese sind u. a. im neuen Programm „Mobilität und Infrastruktur im 21. Jahrhundert, Weltraumforschung und -technik“ 2006 gebündelt worden.

Gewährleistungen. Nachdem 2005 einige größere Schadensfälle eingetreten waren, sind 2006 weniger Schäden als erwartet entstanden. Auch hier kommt dem Bundeshaushalt die positive konjunkturelle Entwicklung zugute, da es den Unternehmen besser geht und in der Folge

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahresergebnis

Aufgabenbereich	Soll 2006	Januar bis Dezember 2006	Januar bis Dezember 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Mehrausgaben ggü. Vorjahr					
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	4,2	4,2	2,5	+ 1,7	+ 68,0
Arbeitsmarktpolitik	38,7	39,5	37,9	+ 1,6	+ 4,1
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7,2	7,0	6,7	+ 0,3	+ 5,1
Finanzverwaltung	2,6	2,4	2,1	+ 0,3	+ 12,1
Minderausgaben ggü. Vorjahr					
Gewährleistungen	1,5	0,8	1,4	- 0,6	- 41,4
Leistungen an die Rentenversicherung	77,4	77,0	77,5	- 0,4	- 0,6
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2,9	2,8	3,1	- 0,3	- 10,3
Wohnungswesen	1,1	1,0	1,3	- 0,3	- 20,6
Politische Führung und zentrale Verwaltung	4,1	4,0	4,2	- 0,2	- 24,4
Nachrichtlich Einnahmeänderungen:					
Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit	4,0	3,3	4,6	- 1,3	- 28,0
Abführung Bundesbank	2,9	2,9	0,7	+ 2,2	+ 322,7

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

eine geringe Inanspruchnahme von Gewährleistungen zu verzeichnen ist.

Leistungen an die Rentenversicherung. Aufgrund der allgemeinen günstigeren konjunkturellen Entwicklung steigen die Beitrags-einnahmen der Deutschen Rentenversicherung. Unter Berücksichtigung der demografischen Veränderungen und der von der Bundesregierung getroffenen Entscheidungen zur Beitrags-satzentwicklung in der Gesetzlichen Renten-versicherung steigen die Leistungen an die Ren-tenversicherung mittelfristig im Wesentlichen entsprechend der Steigerungsrate der Brutto-löhne und -gehälter je Arbeitnehmer. Des Weiteren stützen die entlastenden Maßnahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2006, wie die Herab-setzung der Begrenzung der Sozialversiche-rungsfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nacht-zuschläge, sowie die Anhebung des Pauschal-beitragsatzes für geringfügig Beschäftigte und daraus folgend die Absenkung des allgemeinen Bundeszuschusses diese Entwicklung.

Kriegsopferversorgung und Kriegsopfer-fürsorge. Aufgrund des demografisch beding-ten Rückgangs der Zahl der Leistungsempfänger reduzieren sich die Kosten für Kriegsopferver-sorgung und -fürsorge. Allerdings kommt es auf-grund der Alterung der Leistungsempfänger gleichzeitig zu einer Zunahme der Kosten im Heil- und Krankbereich. Insgesamt verringern sich die Ausgaben jährlich um ca. 10 %.

Wohnungswesen. Die Minderausgaben resultieren aus dem Auslaufen der Zinszu-schüsse an die Kreditanstalt für Wiederaufbau für das Gebäudesanierungsprogramm zur CO₂-Minderung.

Politische Führung und zentrale Verwal-tung/Finanzverwaltung. Die Bundesvermö-gensverwaltung wurde in ein eigenverantwort-liches Unternehmen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts überführt. Auf-grund des Gesetzes zur Gründung der Bundes-anstalt für Immobilienaufgaben nahm zum 1. Januar 2005 die Bundesanstalt für Immobilien-aufgaben ihre Arbeit auf. Die Liegenschaften im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen gingen zu diesem Stichtag in das Eigentum der Anstalt über. Die anderen inländi-schen Dienstliegenschaften des Bundes gehen schrittweise bis Ende 2010 über. Zeitgleich wech-

selten ca. 6 000 Beschäftigte mit ihren Aufgaben in die neue Bundesanstalt. Somit erklärt sich der Ausgabenrückgang insbesondere aus einem Rückgang für den Bereich Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem einheitlichen Liegenschaftsmanagement.

Aussteuerungsbetrag der BA. Mit dem neuen Sozialgesetzbuch (SGB) II („Hartz IV“) sind ab 1. Januar 2005 Leistungen zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vom Haushalt der BA in den Bundeshaushalt ver-lagert worden. Im Gegenzug hat die BA einen Aussteuerungsbetrag an den Bundeshaushalt zu entrichten. Die Höhe des Betrags richtet sich nach der Anzahl der Personen, die im Laufe eines Jahres vom Bezug des Arbeitslosengeldes I nach dem SGB III (Haushalt der BA) in den Bezug des Arbeitslosengeldes II nach dem SGB II überwech-seln, und nach den jahresdurchschnittlichen Aufwendungen pro Bedarfsgemeinschaft. Der Aussteuerungsbetrag schafft einen Anreiz für die BA, Arbeitslosigkeit noch während des Bezugs von Arbeitslosengeld nach dem SGB III zu beenden.

Da 2006 eine spürbare Entspannung auf dem Arbeitsmarkt einsetzte, konnten mehr Arbeits-lose während des Bezuges von ALG I in Arbeit ver-mittelt werden und waren nicht auf ALG II ange-wiesen. Somit ergab sich für die BA eine insge-samt geringere Zahlungsverpflichtung.

Abführung Bundesbank. Gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz hat die Deutsche Bundesbank den Jahresüberschuss an den Bund abzuführen. Der Gewinnanstieg war vor allem auf den höhe-ren Netto-Zinsertrag und auf den deutlich niedri-geren Bedarf an Abschreibungen auf Devisen und Wertpapiere zurückzuführen, für den vor allem der niedrigere Eurokurs ursächlich war.

Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2006

Einzelplan 33 (Versorgung). Bis 2005 wurden die Versorgungsausgaben des Bundes zentral im Einzelplan 33 (Versorgung) veranschlagt. Dies bedeutete, dass die Personalausgaben für aktive Beamte im jeweiligen Ressort und für Beamte im Ruhestand im Einzelplan 33 veranschlagt und von dort gezahlt wurden. Um die Fach- und Finanzverantwortung zusammenzuführen, wur-

de mit dem Haushalt 2006 die dezentrale Veranschlagung beschlossen. Ab 2006 werden die Versorgungsausgaben bei dem Ressort veranschlagt, aus dessen Dienst der Beamte in den Ruhestand getreten ist. Ziel ist es, das Bewusstsein für die Folgekosten von Personalentscheidungen beim zuständigen Ressort zu stärken.

Abschaffung der Eigenheimzulage für Neufälle. Die steuerliche Förderung von Wohneigentum nach dem Eigenheimzulagengesetz wurde mit dem Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage vom 22. Dezember 2005 zum 1. Januar 2006 eingestellt. Mit der Abschaffung der Eigenheimzulage wurde der Abbau nicht mehr gerechtfertigter steuerlicher Subventionen fortgesetzt. Da diese Abschaffung jedoch nur Neufälle betrifft, führt sie erst sukzessive zu spürbaren finanziellen Entlastungen.

Steuerliches Sofortprogramm zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte. Ziel der Bundesregierung war es, durch dieses Gesetz vom 22. Dezember 2005 ungerechtfertigte Steuervergünstigungen und andere steuerliche Ausnahmetatbestände abzubauen. Ein ganzes Paket steuerlicher Änderungen trat am 1. Januar 2006 in Kraft. Die Maßnahmen verbreitern die Steuerbasis und konsolidieren die öffentlichen Haushalte. Sie tragen gleichzeitig zur Rechtsvereinfachung und zu mehr Steuergerechtigkeit bei. Das Sofortprogramm beinhaltet im Einzelnen folgende Maßnahmen:

- Die Steuerbefreiung für Abfindungen wegen einer vom Arbeitgeber veranlassten oder gerichtlich ausgesprochenen Auflösung des Dienstverhältnisses wurde aufgehoben. Die Abfindungszahlungen gelten künftig in vollem Umfang als steuerpflichtiger Arbeitslohn. Ebenso entfiel die Steuerfreiheit für Übergangsgelder und Übergangsbeihilfen auf Grund gesetzlicher Vorschriften, beispielsweise nach dem Beamten- oder Soldatenversorgungsgesetz.
- Für Arbeitnehmer entfiel der bisherige Steuerfreibetrag für Zahlungen des Arbeitgebers aus Anlass einer Heirat oder der Geburt eines Kindes in Höhe von jeweils 315 €.
- Die degressive Abschreibung für Mietwohnungsneubau wurde zurückgeführt. Hierbei handelte es sich ebenfalls um einen nicht mehr

zeitgemäßen steuerlichen Ausnahmetatbestand, da die Wohnraumversorgung in Deutschland inzwischen über dem eigentlichen Bedarf liegt. Der Abschreibungssatz wird einheitlich auf 2 % für den Abschreibungszeitraum von 50 Jahren festgelegt.

- Die Regelung zum Abzug von Steuerberatungskosten als Sonderausgaben wurde aufgehoben. Steuerberatungskosten, die Betriebsausgaben oder Werbungskosten darstellen, können weiterhin geltend gemacht werden.



Beschränkung der Verlustverrechnung bei Steuersparmodellen. Immer mehr Steuerpflichtige mit höheren Einkommen versuchten, ihre Steuerbelastung durch Zeichnung von sogenannten Steuerstundungsmodellen (zum Beispiel Medienfonds) zu reduzieren. Dabei handelt es sich um Fonds in Form von Personengesellschaften, die ihren Anlegern in der Anfangsphase hohe Verluste zuweisen. Diese Investitionen wurden häufig nur wegen des damit verbundenen steuerlichen Vorteils getätigt und führten damit nicht nur zu einer Fehlallokation des Kapitals, sondern auch zu erheblichen Steuerausfällen. Durch die Neuregelung der Verlustverrechnung im Rahmen des Gesetzes zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen vom 22. Dezember 2005 wird diese Förderung volkswirtschaftlich fragwürdiger Steuersparmodelle für nach dem 10. November 2005 gezeichnete Steuerfondsanteile beendet. Zukünftig können die Verluste nur noch mit späteren positiven Einkünften aus derselben Einkunftsquelle verrechnet werden.

Haushaltsbegleitgesetz 2006. Angesichts der außerordentlich ernsten Lage der öffentlichen Haushalte und dem sich daraus ergebenden erheblichen strukturellen Handlungsbedarfs hat die Bundesregierung die Aufstellung

des Bundeshaushalt 2006 mit einem Haushaltsbegleitgesetz flankiert.

Das Haushaltsbegleitgesetz vom 29. Juni 2006 ist Teil eines umfassenden Sanierungskonzepts, das auf allen staatlichen Ebenen zu Mehreinnahmen auf der Einnahmeseite und Einsparungen auf der Ausgabeseite führt. Mit einem Bündel von Gesetzen und Einzelmaßnahmen werden Bund, Länder und Gemeinden bereits im Zeitraum von 2006 bis 2009 in einem Umfang von fast 120 Mrd. € entlastet. Damit können ab 2007 zwei finanzpolitische Eckpfeiler – die Regelgrenze des Artikels 115 Grundgesetz und das Maastricht-Defizitkriterium – dauerhaft eingehalten werden.



Wesentliche Eckpunkte des Haushaltsbegleitgesetzes:

- Änderung des Bundessonderzahlungsgesetzes. Die jährliche Sonderzahlung des Bundes für Besoldungs- und Versorgungsempfänger wird für die Jahre 2006 bis 2010 halbiert; für die Mitglieder der Bundesregierung sowie Parlamentarischen Staatssekretäre wird die jährliche Sonderzahlung abgeschafft.
- Stufenweise Kürzung bzw. Abschaffung der Bankzulage bei der Deutschen Bundesbank.
- Der allgemeine Umsatzsteuersatz und der Regelsatz der Versicherungsteuer wurden zum 1. Januar 2007 von 16 % auf 19 % angehoben.
- Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wurde zum 1. Januar 2007 um 2,3 Prozentpunkte auf 4,2 % gesenkt. Diese Absenkung wird vom Bund mit dem Aufkommen eines Mehrwertsteuerpunktes unterstützt. Zu diesem Zweck wird die Verteilung des Umsatzaufkommens zwischen Bund und Ländern so geändert, dass dem Bund der entsprechende Anteil des Aufkommens vorab zur Verfügung gestellt wird. Die BA erhält diesen Betrag als regelgebundenen Zuschuss. Gleichzeitig wurde die bisherige Defizithaftung des

Bundes auf ein zinsloses Darlehen umgestellt. Die übrige Absenkung des Beitragssatzes wird durch Einsparungen und Effizienzgewinne bei der BA finanziert.

- Die Sozialversicherungsfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen wird auf einen Grundlohn von 25 € pro Stunde begrenzt.
- Der Pauschalbeitragssatz für geringfügig Beschäftigte wurde von 25 % auf 30 % angehoben.
- Bezogen auf diese beitragsrechtlichen Maßnahmen konnte der allgemeine Bundeszuschuss zur Rentenversicherung im Jahr 2006 um 170 Mio. € und ab dem Jahr 2007 um 340 Mio. € vermindert werden.
- Die mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz eingeführten pauschalen Zuweisungen des Bundes an die Gesetzliche Krankenversicherung sollten 2007 auf 1,5 Mrd. € abgesenkt werden und danach auslaufen. Im Zuge der parlamentarischen Beratungen des Bundeshaushaltes 2007 wurde der Zuschuss für 2007 letztlich auf 2,5 Mrd. € festgesetzt. Im Rahmen der Gesundheitsreform ist jedoch ein neuer Zuschuss des Bundes ab 2008 verabredet worden.
- Die Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung für Bezieher von Arbeitslosengeld II werden herabgesetzt.
- Der schrittweise Übergang der knappschaftlichen Rentenversicherung zu erstattenden Verwaltungskosten der knappschaftlichen Krankenversicherung vom Bund auf die knappschaftliche Krankenversicherung wird beschleunigt.
- Die den Ländern aufgrund des Regionalisierungsgesetzes zustehenden Mittel wurden neu festgesetzt.

25-Mrd.-€-Impulsprogramm. Zur Stärkung besonders zukunftssträchtiger Bereiche legte die Bundesregierung ein Sofortprogramm mit einem Gesamtvolumen von rund 25 Mrd. € bis 2009 auf. Folgende Bereiche werden gefördert:

- Förderung von Forschung und Entwicklung,
- Impulse für Mittelstand und Wirtschaft,
- Erhöhung der Verkehrs Investitionen,
- Förderung der Familien,
- Haushalt als Arbeitgeber.

Arbeitsmarktreformen. Mit verschiedenen Arbeitsmarktreformgesetzen – insbesondere den so genannten Hartz-Gesetzen – wurden in den Jahren 2002 bis 2004 grundlegende Weichenstellungen auf dem Arbeitsmarkt vorgenommen. Am 1. Januar 2005 wurden die bisherige Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einer neuen Leistung – der Grundsicherung für Arbeitsuchende – zusammengeführt. Die Betreuung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger erfolgt jetzt ganzheitlich durch eine Stelle, entweder in einer aus Arbeitsagentur und Kommune errichteten Arbeitsgemeinschaft oder von einem der bundesweit 69 zugelassenen kommunalen Träger. Damit werden die Betreuungs- und Integrationsmöglichkeiten gegenüber dem bisherigen System verbessert. Im Laufe des Jahres 2006 traten zum Teil im Koalitionsvertrag beschlossene gesetzliche Maßnahmen in Kraft, die zu einer Fortentwicklung der Grundsicherung beitragen und zu einer Dämpfung der Ausgabenentwicklung führen werden. Die Neuregelung zur Existenzgründungsförderung der BA (Nachfolge Ich-AG) trat zum 1. August 2006 in Kraft.

Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern. Mit dem Hartz-IV-Gesetz wurde der Kinderzuschlag – eine gezielte Förderung gering verdienender Familien – eingeführt. Der seit dem 1. Januar 2005 eingeführte Kinderzuschlag ist eine neue familienpolitische Leistung in Höhe von monatlich bis zu 140 € je Kind. Er wird an Eltern gezahlt, die zwar mit ihren Einkünften ihren eigenen Unterhalt bestreiten können, nicht aber den ihrer Kinder. Sie wären ohne Kinderzuschlag auf Arbeitslosengeld II angewiesen, mit Kinderzuschlag kann die Familie von den eigenen Einkünften leben.

Neuregelung des Wohngeldes. Auch diese Neuregelung steht im direkten Zusammenhang mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II. Seit 2005 wird das Wohngeld auf die Personengruppen konzentriert, die nicht Empfänger von Transferleistungen sind. Wohngeldberechtigt sind damit hauptsächlich Personen mit geringen eigenen Einkünften. An der Höhe des Wohngeldes ändert sich nichts. Für die Empfänger von staatlichen Transferleistungen einschließlich ihrer Bedarfsgemeinschaften (z.B. Ehegatten) werden die angemessenen Kosten der Unter-

kunft ausschließlich im Rahmen der jeweiligen Transferleistung berücksichtigt. Transferleistungen sind z.B. das Arbeitslosengeld II, die Sozialhilfe und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Diese Vereinfachung bewirkt auf Grund des Wegfalls der aufwendigen Erstattungs- und Verrechnungsverfahren zwischen den verschiedenen Trägern der Unterkunftskosten einen erheblichen Bürokratieabbau.

Nachhaltige Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung. Die Gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt die wichtigste Säule der Alterssicherung in Deutschland. Mit dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz wurden die Weichen gestellt, um die Gesetzliche Rentenversicherung langfristig finanzierbar zu halten.

Als wichtige Maßnahme wurde ein so genannter Nachhaltigkeitsfaktor in die Renten Anpassungsformel eingeführt. Er berücksichtigt bei der jährlichen Anpassung der Renten die zahlenmäßige Entwicklung des Verhältnisses von Beitragszahlern zu Rentnern. Ein Rückgang dieses Quotienten führt zu geringeren Rentenerhöhungen, ein Anstieg zu stärkeren Rentenerhöhungen. Der Nachhaltigkeitsfaktor bezieht damit die Auswirkungen einer längeren Lebenserwartung, die Entwicklung der Geburten und der Erwerbstätigkeit in die Renten Anpassung ein. Ergänzend dazu hat das Bundeskabinett im November 2006 die schrittweise Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab dem Jahre 2012 von 65 auf 67 Jahre und die Nachholung nicht realisierter Dämpfungen von Renten Anpassungen durch Halbierung der Rentenerhöhungen (modifizierte Schutzklausel) beschlossen. Dies stellt sicher, dass die Funktionsfähigkeit unseres Rentenversicherungssystems auch in Zukunft erhalten bleibt.

3 Die Entwicklung der Ausgaben nach ökonomischen Arten

Die Ausgaben des Bundes lassen sich nach ihrer Wirkung auf die gesamtwirtschaftlichen Abläufe in konsumtive und investive Ausgaben aufteilen. Die Unterscheidung der investiven von den konsumtiven Ausgaben erfolgt entsprechend den Vorgaben in § 13 Abs. 3 Bundeshaushaltsordnung (BHO) nach der gemeinsamen Haushaltssystematik von Bund, Ländern und Gemeinden. Die Ausgaben für Baumaßnahmen und Investitionen der Hauptgruppen 7 und 8 werden als investive Ausgaben bezeichnet. Die Ausgaben der Hauptgruppen 4, 5 und 6 – die Personalausgaben, die sächlichen Verwaltungsausgaben inklusive der militärischen Beschaffungen und die Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme der für Investitionen – werden als konsumtive Ausgaben bezeichnet. (Die besonderen Finanzierungsausgaben der Hauptgruppe 9 sind als neutral anzusehen, da beispielsweise die globalen Mehr- und Minderausgaben erst im Haushaltsvollzug einer der oben genannten Ausgabearten zugeordnet werden können.)

Die Tabelle 3 gibt eine Gesamtübersicht der investiven und konsumtiven Ausgaben.

Die investiven Ausgaben des Bundes summierten sich 2006 auf 22,7 Mrd. €. Der Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes betrug 8,7 %. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Rückgang von 1,0 Mrd. € (–4,4 %), wobei 0,9 Mrd. €

aus einer Besonderheit im Jahr 2005 resultieren. Damals hatte die allgemeine Rentenversicherung ein Betriebsmitteldarlehen in Höhe von 0,9 Mrd. € im November erhalten und bereits im Dezember 2005 wieder zurückgezahlt. Da im Bundeshaushalt aufgrund der Bundeshaushaltsordnung das Bruttoprinzip gilt und somit brutto gebucht wurde, führte dies zu einer Erhöhung der investiven Ausgaben, obwohl dem auf der Einnahmenseite entsprechende Rückeinnahmen gegenüberstanden. Um eine systematische Kommentierung und Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr zu erreichen, werden die investiven Ausgaben inklusive der Betriebsmitteldarlehen an die Rentenversicherung gezeigt. Ohne diese Besonderheit lägen die investiven Ausgaben nahezu auf Vorjahresniveau.

Die konsumtiven Ausgaben beliefen sich 2006 auf 238,3 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahr mit konsumtiven Ausgaben in Höhe von 236,1 Mrd. € waren diese um 2,2 Mrd. € oder 0,9 % gestiegen. Die konsumtiven Ausgaben hatten einen Anteil von 91,3 % an den Gesamtausgaben. Vor dem Hintergrund eines insgesamt moderaten Ausgabenwachstums von 1,2 Mrd. € oder 0,5 % mit Gesamtausgaben von 261,0 Mrd. € im Jahr 2006 erklärt sich die Steigerung der konsumtiven Ausgaben aufgrund einer Haushaltsmehrbelastung von 1,9 Mrd. € im Zusammenhang mit dem Arbeitslosengeld II, wobei 1,4 Mrd. € direkt auf das Arbeitslosengeld II und 0,5 Mrd. € auf eine höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen

Tabelle 3: Gesamtübersicht der investiven und konsumtiven Ausgaben

Bezeichnung	Soll 2006	Januar bis Dezember 2006	Januar bis Dezember 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Ausgaben zusammen	261,6	261,0	259,8	+ 1,2	+ 0,5
darunter:					
Konsumtive Ausgaben	239,1	238,3	236,1	+ 2,2	+ 0,9
Investive Ausgaben	23,2	22,7	23,8 ²	– 1,0	– 4,4
Nachrichtlich:					
Investive Ausgaben					
– ohne Betriebsmitteldarlehen an die Rentenversicherung –	23,2	22,7	22,9	– 0,1	– 0,6
Globale Mehr-/Minderausgaben	– 0,7	–	–	–	–

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Inklusive 0,9 Mrd. € Betriebsmitteldarlehen an die Rentenversicherungsträger.

der Grundsicherung für Arbeitsuchende zurückzuführen sind.

Aus dem Verhältnis von investiven zu konsumtiven Ausgaben beziehungsweise den Anteilen an den Gesamtausgaben allein können keine definitiven Rückschlüsse auf die Qualität des Budgets gezogen werden. So ist zu berücksichtigen, dass auch Ausgaben, die haushaltsrechtlich nicht als Investitionen gelten, zukunfts wirksam sein können. Zu nennen wären hier beispielsweise Personalausgaben im Bereich Bildung und Forschung.

Die investiven Ausgaben unterteilen sich in Ausgaben des Bundes für eigene Sachinvestitionen und in Finanzierungshilfen zugunsten Dritter, meist Länder oder Gemeinden. Im Jahr

2006 erreichte der Anteil der Finanzierungshilfen an den investiven Ausgaben insgesamt 68,7 %. Die Finanzierungshilfen zur Unterstützung der Investitionstätigkeit umfassen

- Zuweisungen und Zuschüsse zur Finanzierung der Investitionsausgaben,
- die Gewährung von Darlehen, den Erwerb von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen.

Die Sachinvestitionen beliefen sich 2006 auf 7,1 Mrd. € und blieben nahezu auf dem Vorjahresniveau von 7,2 Mrd. €. Von diesen entfielen 79,2 % auf Baumaßnahmen. Der verbleibende Teil wurde zum Erwerb von beweglichen Sachen und zum Grunderwerb verwendet. Abbildung 1

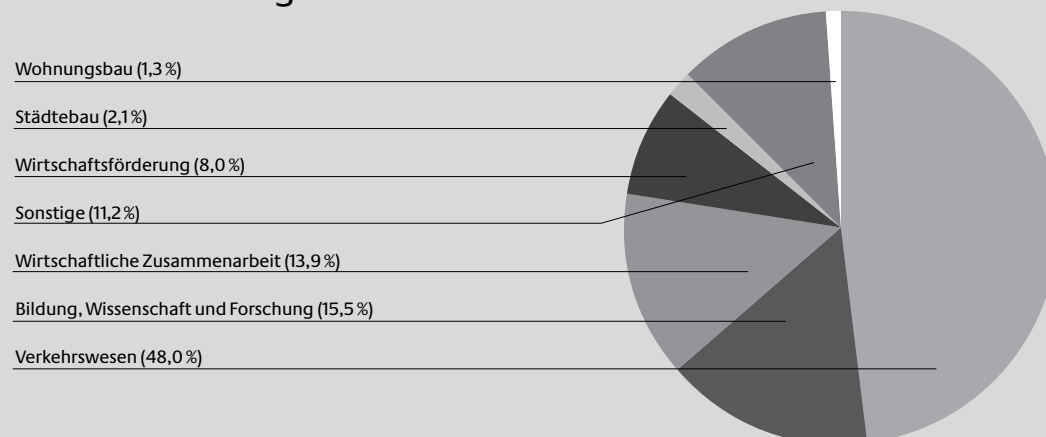
Tabelle 4: Investive Ausgaben

Aufgabenbereich	Soll 2006	Januar bis Dezember 2006	Januar bis Dezember 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		in Mrd. € ¹			in %
Investive Ausgaben	23,2	22,7	23,8²	– 1,0	– 4,4
Finanzierungshilfen	16,3	15,6	16,5²	– 0,9	– 5,5
– Zuweisungen und Zuschüsse	12,7	12,9	12,6	+ 0,3	+ 2,4
– Darlehensgewährungen, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3,0	2,1	3,3 ²	– 1,2	– 36,8
Sachinvestitionen	6,9	7,1	7,2	– 0,1	– 1,8
– Baumaßnahmen	5,5	5,6	5,8	– 0,1	– 2,5
– Erwerb von beweglichen Sachen	0,9	0,9	1,0	– 0,02	– 1,9
– Erwerb von unbeweglichen Sachen	0,5	0,5	0,5	+ 0,03	+ 5,9

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Inklusive 0,9 Mrd. € Betriebsmitteldarlehen an die Träger der Rentenversicherung.

Abbildung 1: Aufteilung der investiven Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen – Ist 2006 –



zeigt eine Aufteilung der investiven Ausgaben nach Aufgabenbereichen.

Auf das **Verkehrswesen** einschließlich Deutsche Bahn AG entfiel mit 10,9 Mrd. € oder 48,0 % der größte Teil der investiven Ausgaben. In diesem Bereich tätigte der Bund mit 5,8 Mrd. € auch den überwiegenden Teil, nämlich 81,5 % seiner Sachinvestitionen. Der größte Teil davon entfiel auf Baukostenzuschüsse für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes und auf Baumaßnahmen im Bereich der Bundesautobahnen und Bundesstraßen.

Für die **Wirtschaftsförderung** stellte der Bund Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 1,8 Mrd. € bereit. Für bedingungsgemäße Entschädigung aus Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, Zahlungen zur Abwendung oder Minderung von Schäden, Kosten der Gewährleistungen und Umschuldungen wurden 0,8 Mrd. € aufgewandt. Zur Erledigung der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschafts-

struktur“ inklusive der Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) wurden 0,9 Mrd. € verausgabt (siehe auch Erläuterungen zu Tabelle 12, Wirtschaftsförderung, S. 65).

Den Schwerpunkt der investiven Ausgaben in der **wirtschaftlichen Zusammenarbeit** bildete mit 1,7 Mrd. € die bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Zu den wesentlichen investiven Ausgaben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gehört der deutsche Beitrag zum Europäischen Entwicklungsfonds mit 0,6 Mrd. €. An Einrichtungen der Weltbankgruppe beteiligte sich der Bund mit 0,4 Mrd. €.

Für Investitionen auf dem Gebiet **Forschung, Wissenschaft und Bildung** wurden insgesamt 3,5 Mrd. € aufgewendet. Die größten Anteile hatten mit jeweils 0,9 Mrd. € die Gemeinschaftsaufgabe „Ausbau und Neubau von Hochschulen“ und das Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagschulen. Gegenüber

Tabelle 5: Konsumtive Ausgaben

Bezeichnung	Soll 2006	Januar bis Dezember 2006	Januar bis Dezember 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		in Mrd. € ¹			in %
Konsumtive Ausgaben	239,1	238,3	236,1	+ 2,2	+ 0,9
Personalausgaben	26,2	26,1	26,4	- 0,3	- 1,0
- Aktivitätsbezüge	19,8	19,7	19,9	- 0,2	- 0,8
- Versorgung	6,4	6,4	6,5	- 0,1	- 1,6
Laufender Sachaufwand	18,0	18,3	17,7	+ 0,6	+ 3,6
- Sächliche Verwaltungsausgaben	7,8	7,8	7,9	- 0,1	- 0,7
- Militärische Beschaffungen, Wehrforschung, wehrtechnische Entwicklung und Erprobung, Materialerhaltung militärisches Gerät, Baumaßnahmen usw.	8,3	8,3	8,0	+ 0,3	+ 3,8
- Sonstiger laufender Sachaufwand	8,1	8,4	8,1	+ 0,3	+ 3,2
Zinsausgaben	37,6	37,5	37,4	+ 0,1	+ 0,3
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	156,9	156,0	154,3	+ 1,7	+ 1,1
- an Verwaltungen	13,8	13,9	13,9	+ 0,02	+ 0,1
- an andere Bereiche	143,1	142,1	140,4	+ 1,7	+ 1,2
darunter:					
- Unternehmen	16,6	14,3	13,5	+ 0,8	+ 5,9
- Renten, Unterstützungen u.a. an natürliche Personen	30,4	32,3	32,7	- 0,5	- 1,5
- Sozialversicherung	92,1	91,7	90,2	+ 1,5	+ 1,6
- an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	0,8	0,8	0,8	+ 0,04	+ 5,8
- an Ausland	3,2	3,0	3,1	- 0,1	- 3,7
- an Sonstige	0,01	0,01	0,01	- 0,0001	- 2,6
Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	0,4	0,4	0,4	+ 0,004	+ 1,1

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

2005 mit Gesamtausgaben von 3,2 Mrd. € stiegen die Ausgaben in diesem Bereich nochmals um 0,3 Mrd. €. Ursächlich hierfür war das Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagschulen, dessen Volumen von 0,6 Mrd. € 2004 auf 0,9 Mrd. € in 2006 anstieg. Der deutsche Beitrag an die Europäische Weltraumorganisation betrug 0,6 Mrd. € (siehe auch Erläuterungen zu Tabelle 10, Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur, S. 62).

Die Ausgaben für den **Wohnungsbau** wurden mit 0,3 Mrd. € fast ausschließlich von den Finanzhilfen für die soziale Wohnraumförderung (früher: sozialer Wohnungsbau) bestimmt (siehe auch Erläuterungen zu Tabelle 13, Übrige Ausgaben, S. 66).

Die im **Städtebau** mit Bundesfinanzhilfen geförderten Investitionen in städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsgebieten bewirken in der Regel auch erhebliche öffentliche oder private Nachfolgeinvestitionen. Vor allem in den neuen Ländern, die 0,2 Mrd. € der Finanzhilfen von insgesamt knapp 0,5 Mrd. € erhielten, werden damit wichtige Beiträge für den Erhalt der Bausubstanz geleistet.

Die Ausgaben für Personal und den laufenden Sachaufwand des Bundes summierten sich 2006 auf 44,5 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 18,7 % an den konsumtiven Ausgaben.

Zinsausgaben, laufende Zuweisungen und Zuschüsse des Bundes und die sonstigen Vermögensübertragungen addierten sich auf 193,9 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von

81,3 % an den konsumtiven Ausgaben gegenüber 192,0 Mrd. € im Jahr 2005. Diese Mittel verbleiben nicht beim Bund, sondern werden an Dritte überwiesen, insbesondere für Zinszahlungen, Rentenzahlungen und an die Sozialversicherung. Abbildung 2 zeigt eine Aufteilung der konsumtiven Ausgaben des Bundes.

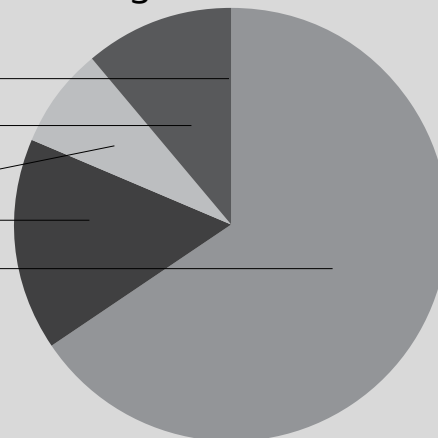
Personalausgaben

Die Personalausgaben des Bundes können nach zwei Unterscheidungsmerkmalen aufgeteilt werden. Zum einen kann zwischen den Aktivitätsbezügen für aktive Beschäftigte und den Versorgungsleistungen für Pensionäre (jeweils einschließlich der entsprechenden Personalnebenkosten) unterschieden werden; zum anderen kann zwischen den Personalausgaben für den Bereich Verteidigung (Oberfunktion 03) und allen übrigen Personalausgaben, mithin den zivilen Personalausgaben, differenziert werden.

Insgesamt addierten sich die Personalausgaben 2006 auf 26,1 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 10,0 % an den Gesamtausgaben des Bundes. Nach den höchsten Anteilen an den Gesamtausgaben nach der Wiedervereinigung in den Jahren 1991 und 1992 ist dies nun der niedrigste Wert seit der Wiedervereinigung. Die Gründe liegen weiterhin in den Personaleinsparungen und weiteren Sparmaßnahmen der letzten Jahre, wie Streichung des Urlaubsgeldes und Kürzung des Weihnachtsgeldes, zum anderen aber auch in der Ausgliederung von

Abbildung 2: Aufteilung der konsumtiven Ausgaben des Bundes

Sonstige Vermögensübertragungen 690 (0,2 %)
 Laufender Sachaufwand (7,7 %)
 Personalausgaben (11,0 %)
 Zinsausgaben (15,7 %)
 Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (65,5 %)



Einrichtungen aus der unmittelbaren Bundesverwaltung, wie beispielsweise der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Die Aktivitätsbezüge erreichten 2006 insgesamt ein Niveau von 19,7 Mrd. € und somit 75,6 % der Personalausgaben. Für die Versorgung der Pensionäre wurden insgesamt 6,4 Mrd. € oder 24,4 % der Personalausgaben aufgewandt.

Im Aufgabenbereich Verteidigung betrugen die Personalausgaben 15,2 Mrd. € und bildeten mit 58,2 % den Hauptteil der Aufwendungen für Personal des Bundes. Die Ausgaben für Aktivitätsbezüge im militärischen Bereich beliefen sich auf 11,2 Mrd. €, die Versorgungsbezüge auf 4,0 Mrd. €.

Im zivilen Bereich betrugen die Personalausgaben 10,9 Mrd. €, was einem Anteil von 41,8 % an den gesamten Personalausgaben entspricht. Die Aktivitätsbezüge beliefen sich auf 8,5 Mrd. €; die Versorgungsleistungen betrugen 2,4 Mrd. €.

Laufender Sachaufwand

Der laufende Sachaufwand betrug im Jahr 2006 18,3 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 7,7 % an den konsumtiven Ausgaben. Gegenüber dem Vorjahresbetrag von 17,7 Mrd. € ergibt sich ein Zuwachs von 0,6 Mrd. € oder 3,6 %. Die sächlichen Verwaltungsausgaben betrugen 7,8 Mrd. € und verringerten sich um 0,1 Mrd. € gegenüber 2005 mit 7,9 Mrd. €.

Für militärische Beschaffungen, Baumaßnahmen, Materialerhaltung, Wehrforschung und wehrtechnische Entwicklung und Erprobung sowie Betreiberverträge wurden 2006 insgesamt 8,3 Mrd. € aufgewandt. Gegenüber 2005 mit einem Ausgabenvolumen von 8,0 Mrd. € stieg dieser Bereich um 0,3 Mrd. €. Für Wehrforschung, wehrtechnische Entwicklung und Erprobung wurden 0,9 Mrd. € aufgewandt, für die Materialerhaltung von militärischem Gerät 2,1 Mrd. €. Die militärischen Beschaffungen (einschl. Beiträge zu Beschaffungsvorhaben Dritter) schlugen mit 4,1 Mrd. € zu Buche. Für militärische Anlagen (Baumaßnahmen) wurden 0,7 Mrd. € aufgewandt. Für Betreiberverträge zur Weiterentwicklung der Bundeswehr wurden 0,5 Mrd. € verausgabt.

Mit 8,4 Mrd. € beinhaltet der sonstige laufende Sachaufwand insbesondere die sächlichen

Verwaltungsausgaben, die sich im Wesentlichen auf folgende Positionen verteilen:

- auf die Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume 1,1 Mrd. €,
- auf Verbrauchsmittel und die Haltung von Fahrzeugen 0,6 Mrd. €,
- auf Mieten und Pachten 0,4 Mrd. €,
- auf Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungsgegenstände 0,6 Mrd. €,
- auf Aus- und Fortbildung 0,3 Mrd. €.

Zinsen

Mit 37,5 Mrd. € bilden die Zinsausgaben den größten Einzelelement bei den konsumtiven Ausgaben des Bundes. Betrugen diese im Jahr 1990 noch 12,7 %, so stieg ihr Anteil an den Konsumausgaben bis 2006 auf 15,5 %. Auch der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes ist seit 1990 von 9,0 % auf 14,4 % stark gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Zinsausgaben geringfügig um 0,1 Mrd. € oder 0,3 % gestiegen.

Die Entwicklung der Zinsausgaben begründet sich teilweise durch die Hinzunahme des Sondervermögens des Fonds Deutsche Einheit in den Bundeshaushalt. Seit dem Jahr 2005 werden die Zinszahlungen des Sondervermögens aus dem Haushalt des Bundes beglichen.

Der vergleichsweise niedrige Anstieg der Zinsausgaben im Vergleich zum Vorjahr kann auf das niedrige Zinsniveau zurückgeführt werden, das eine günstige Refinanzierung möglich machte.

Laufende Zuweisungen und Zuschüsse

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse des Bundes an Verwaltungen beziehungsweise an andere Bereiche beliefen sich 2006 auf 156,0 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahr mit 154,3 Mrd. € entspricht dies einer Zunahme von 1,7 Mrd. € oder + 1,1 %. Hierbei handelte es sich um Finanzausgleichszahlungen, Erstattungen von Verwaltungsausgaben sowie Hilfen zur Erleichterung des Schuldendienstes.

Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen. Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen enthalten in der Hauptsache Leistungen an Länder und

Gemeinden sowie an die Sondervermögen des Bundes. Diese blieben weitgehend konstant und beliefen sich 2006 wie 2005 auf 13,9 Mrd. €.

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an Länder erhöhten sich um 0,2 Mrd. € auf 8,5 Mrd. €. Ursächlich hierfür war wie im Vorjahr die erneut höhere Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung im Zusammenhang mit den Hartz-IV-Gesetzen. Tabelle 6 zeigt die wichtigsten Finanzzuweisungen des Bundes an die Länder.

Die Zuweisungen und Zuschüsse des Bundes an die Gemeinden beliefen sich auf 0,04 Mrd. €. An das Bundeseisenbahnvermögen wurden 5,4 Mrd. € als Erstattung von Verwaltungsausgaben gezahlt.

Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an andere Bereiche. Insgesamt wurden 142,1 Mrd. € als Zuweisungen oder Zuschüsse an andere Bereiche entrichtet. Den Schwerpunkt bildeten mit 91,7 Mrd. € die Leistungen an die Sozialversicherungen, gefolgt von den Renten und Unterstützungen an natürliche Personen mit 32,3 Mrd. €. Die Zuweisungen und Zuschüsse an Unternehmen betrugen 14,3 Mrd. €. Im Übrigen

wurden 3,0 Mrd. € an das Ausland und 0,8 Mrd. € an private Institutionen ohne Erwerbscharakter gezahlt. Sonstige erhielten 0,01 Mrd. €.

Die Ausgaben an die Sozialversicherungsträger hatten den größten Anteil an den laufenden Zuweisungen und Zuschüssen des Bundes und mit 35,1 % den größten Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes. Gegenüber 2005 mit 90,2 Mrd. € ergab sich ein Zuwachs von 1,5 Mrd. € oder 1,6 %. Grund ist die höhere pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen von 4,2 Mrd. € gegenüber 2,5 Mrd. € im Vorjahr (siehe auch Erläuterungen zu Tabelle 8, Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung, S. 57).

Die Ausgaben für Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen betrugen 2006 32,3 Mrd. €, gegenüber 32,7 Mrd. € 2005. Grund für den Rückgang um 0,5 Mrd. € (– 1,5 %) war das Auslaufen der Arbeitslosenhilfe, die durch die Neuregelungen zum Arbeitslosengeld ersetzt wurden. Die Tabelle 7 zeigt die wichtigsten Ausgaben für Renten und Unterstützungen.

Tabelle 6: Zuweisungen an Länder – Wesentliche Ausgabenpositionen

Zuweisung	Soll 2006	Januar bis Dezember 2006
	in Mrd. €	
Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung im Zusammenhang mit den Hartz-IV-Gesetzen	3,6	4,0
Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz	1,0	1,0
Zuschüsse nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	0,9	0,9
Kriegsopferfürsorgeleistungen und gleichartige Leistungen	0,4	0,4
Erstattungen für die Durchführung von Baumaßnahmen oder sonstiger Maßnahmen im Zusammenhang mit der Unterbringung der Bundeswehr	0,3	0,3
Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (ohne Investitionen)	0,3	0,2
Ausgaben nach § 8 Abs. 2 des Unterhaltsvorschussgesetzes	0,2	0,2
Entlastung von Wohnungsunternehmen nach der Verordnung zum Altschuldenhilfe-Gesetz (AHGV)	0,1	0,1

Tabelle 7: Die wichtigsten Ausgaben für Renten und Unterstützungen

Zuweisung	Soll 2006	Januar bis Dezember 2006
	in Mrd. €	
Arbeitslosengeld II	24,4	26,4
Erziehungsgeld	2,8	2,8
Versorgungsbezüge für Beschädigte	2,0	2,0
Kinderzuschlag für Anspruchsberechtigte nach § 6 a Bundeskindergeldgesetz	0,2	0,1
Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung	0,1	0,1

Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Unternehmen. Insgesamt wurden 2006 14,3 Mrd. € an Zuweisungen und Zuschüssen an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen gezahlt. Gegenüber 2005 stiegen diese um 0,8 Mrd. € oder 5,9 %.

Die öffentlichen Unternehmen erhielten insgesamt 1,7 Mrd. € aus dem Bundeshaushalt. Davon waren 0,9 Mrd. € Zuschüsse. Größere Positionen sind zum Beispiel die Zuschüsse zum Betrieb an die Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) in Höhe von 0,2 Mrd. €, die Zuwendungen an die Wismut GmbH von 0,2 Mrd. € und die Erstattungen von Fahrgeldausfällen durch die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter in Höhe von 0,2 Mrd. €.

Darüber hinaus wurden öffentliche Unternehmen mit Schuldendiensthilfen in Höhe von 0,8 Mrd. € gefördert. Die Hilfen umfassten unter anderem Zinszuschüsse für das Wohnraummodernisierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau in den neuen Ländern mit 0,4 Mrd. € und für das Gebäudesanierungsprogramm zur CO₂-Minderung von 0,2 Mrd. €.

Für private Unternehmen wurden im Bundeshaushalt 2006 3,2 Mrd. € aufgewandt. Unter den Zuschüssen von insgesamt 2,8 Mrd. € dominieren die Absatz- und Stilllegungshilfen für den Steinkohlenbergbau mit 1,6 Mrd. €. Darüber hinaus werden hier Projekte aus den Bereichen Forschung und Entwicklung gefördert, beispielsweise in der Biotechnologie (0,1 Mrd. €), beim nationalen Weltraumprogramm (0,1 Mrd. €), bei Nanomaterialien und bei der Erforschung neuer Werkstoffe (0,1 Mrd. €) oder bei der Nanoelektronik (0,1 Mrd. €). An Schuldendiensthilfen für private Unternehmen wurden 0,4 Mrd. € gezahlt.

Die öffentlichen Einrichtungen erhielten Zuschüsse in Höhe von insgesamt 9,3 Mrd. €. Für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit wurden 4,5 Mrd. € aufgewandt. Auf den Bereich Bildung und Forschung entfielen weitere 4,0 Mrd. €. Darin waren unter anderem die Zuschüsse an die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Forschungseinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft enthalten. Als öffentliche Einrichtung wurde die Rundfunkanstalt „Deutsche Welle“ mit 0,3 Mrd. € unterstützt.

Die Zuweisungen an das Ausland betrugen 2006 3,0 Mrd. €. Hierbei handelt es sich um Beiträge an internationale Organisationen. Größter Einzelposten war der deutsche Beitrag an die Vereinten Nationen mit 0,4 Mrd. €.

Sonstige Vermögensübertragungen

Hierbei handelt es sich um Zuweisungen und Zuschüsse, die sich auf eine Veränderung des Vermögensstandes auswirken. Sie dienen der Verbesserung der Wirtschafts- und Produktionsstruktur, werden als Entschädigungen für erlittene Vermögensschäden gezahlt oder haben die Vermögensbildung der Bevölkerung zum Ziele. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 0,4 Mrd. €.

4 Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen

Soziale Sicherung

Die Tabelle 8 zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Die Ausgaben des Bundes für soziale

Sicherung beliefen sich im Bundeshaushalt 2006 auf 134,5 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 51,5 % an den Gesamtausgaben.

Leistungen an die Rentenversicherung. Die Mittel für die Rentenversicherung wurden weitgehend durch Beiträge und Bundeszuschüsse aufgebracht.

Die Bundeszuschüsse an die allgemeine Rentenversicherung bildeten dabei den Hauptteil der Bundesleistungen. Hinzuzurechnen sind weitere Zahlungen und Erstattungen. So werden beispielsweise Bundeszuschüsse für Kindererziehungszeiten und Erstattungen für einigungsbedingte Leistungen vom Bund gezahlt.

Tabelle 8: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Soll 2006	Januar bis Dezember 2006	Januar bis Dezember 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹				in %
Leistungen an die Rentenversicherung (RV)	77,4	77,0	77,5	- 0,4	- 0,6
- Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	37,4	37,5	37,5	- 0,03	- 0,1
- zusätzlicher Zuschuss	17,5	17,5	17,3	+ 0,1	+ 0,8
- Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,4	11,4	11,7	- 0,3	- 2,7
- Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,5	0,5	0,6	- 0,1	- 9,8
- Bundeszuschuss an die knappschaftliche Rentenversicherung	6,8	6,5	6,8	- 0,3	- 4,9
- Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2,6	2,5	2,4	+ 0,1	+ 5,2
nachrichtlich:					
- Überführung der Sonderversorgungssysteme in die Rentenversicherung	1,5	1,6	1,5	+ 0,1	+ 6,7
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	4,2	4,2	2,5	+ 1,7	+ 68,0
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,8	3,7	3,7	+ 0,0007	.
darunter:					
- Alterssicherung	2,4	2,3	2,3	- 0,01	- 0,2
- Krankenversicherung	1,1	1,1	1,1	- 0,01	- 0,9
- Unfallversicherung	0,2	0,2	0,2	+ 0,1	+ 33,3
Arbeitsmarktpolitik	38,7	39,5	37,9	+ 1,6	+ 4,1
darunter:					
- Bundesagentur für Arbeit (BA)	-	-	0,4	- 0,4	- 100,0
- Arbeitslosenhilfe	-	0,1	1,5	- 1,6	- 103,6
- Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,6	0,9	0,7	+ 0,2	+ 24,1
- Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	38,3	38,7	35,2	+ 3,5	+ 10,0
Erziehungsgeld	2,8	2,8	2,9	- 0,1	- 2,5
Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG	0,2	0,1	0,1	+ 0,03	+ 33,4
Wohngeld	1,0	1,0	1,1	- 0,1	- 11,8
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,5	0,5	0,5	+ 0,01	+ 1,5
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2,9	2,8	3,1	- 0,3	- 10,3

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Die Beitragsbemessungsgrenzen wurden zum 1. Januar 2006 auf 5 250 € monatlich in den alten Ländern und zum 1. Januar 2007 auf 4 550 € monatlich in den neuen Ländern angehoben. Zum 1. Januar 2006 wurde der Fälligkeitstermin für Sozialversicherungsbeiträge in den Monat vorverlegt, in dem das Arbeitsentgelt erzielt wird. Somit standen den Sozialversicherungsträgern 2006 einmalig nahezu 13 anstatt zwölf Monatsraten an Beiträgen zur Verfügung.

Mit dem „Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz“ wurde zum 1. Juli 2005 ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Rentenanpassungsformel eingeführt, der die Veränderung des Verhältnisses von Rentenbeziehern zu Beitragszahlern berücksichtigt. Zugleich soll die gesetzliche Rente bezahlbar bleiben und eine stärkere Belastung des Faktors Arbeit durch die Sozialversicherungsbeiträge vermieden werden. Ziel ist es, den Beitragssatz bis zum Jahr 2020 nicht über 20 % beziehungsweise bis 2030 nicht über 22 % steigen zu lassen. Trotz der absehbaren demografischen Entwicklung soll eine Untergrenze des Sicherungsniveaus vor Steuern von mindestens 46 % bis zum Jahr 2020 und mindestens 43 % bis zum Jahr 2030 nicht unterschritten werden (Niveausicherungsklausel). Zugleich wurde festgelegt, dass es allein wegen der Wirkung des Nachhaltigkeitsfaktors nicht zu einer negativen Rentenanpassung kommen kann (Sicherungsklausel).

Der Bund trägt den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und Ausgaben der knappschaftlichen Rentenversicherung im Kalenderjahr und sichert somit ihre dauernde Leistungsfähigkeit.

Der Bund erstattet der Deutschen Rentenversicherung die Aufwendungen, die ihr auf Grund der Überführung der in den Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR erworbenen Ansprüche in die Gesetzliche Rentenversicherung entstehen. Die neuen Länder erstatten wiederum dem Bund für den Bereich der Zusatzversorgung rund zwei Drittel seiner Aufwendungen. Im November 2006 hatten sich Bund und Länder darauf geeinigt, dass der Anteil der Länder auf 64 % im Jahre 2008, 62 % im Jahre 2009 und 60 % ab dem Jahre 2010 sinken soll.

Die Sonderversorgungssysteme umfassen die Angehörigen der ehemaligen Nationalen Volks-

armee, der Deutschen Volkspolizei, der Zollverwaltung der DDR sowie des aufgelösten Ministeriums für Staatssicherheit. Die neuen Länder erstatten hier die Aufwendungen für die ehemalige Deutsche Volkspolizei in voller Höhe.

Pauschale Abgeltung an die Krankenkassen. Seit dem Jahr 2004 zahlt der Bund eine pauschale Abgeltung für die Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen. Zur Gegenfinanzierung wurde in den Jahren 2004 und 2005 die Tabaksteuer angehoben. Im Haushaltsbegleitgesetz 2006 war vorgesehen, diese Zahlungen des Bundes bis 2008 schrittweise auf null zurückzuführen. Im Rahmen der Gesundheitsreform ist jedoch ein neuer Zuschuss des Bundes ab 2008 verabredet worden.

Landwirtschaftliche Sozialpolitik. Die Beiträge für die soziale Absicherung der Landwirte dienen der Verbesserung der Lebensverhältnisse der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen durch Absicherung gegen soziale Risiken wie Alter, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Unfall. Außerdem wird der fortschreitende Strukturwandel in der Landwirtschaft sozialpolitisch begleitet.

Die Finanzierung der **Alterssicherung** der Landwirte wurde im Rahmen des Agrarsozialreformgesetzes 1995 neu geordnet. Die nicht durch Beiträge und sonstige Einnahmen gedeckten Aufwendungen übernimmt der Bund (Defizitdeckung). Auch in der landwirtschaftlichen **Krankenversicherung** trägt der Bund alle nicht durch Beiträge gedeckten Leistungsausgaben der Altenteiler. Dieser Krankenversicherungszuschuss wird ab 2005 um 82 Mio. € und bis 2008 ansteigend um 91 Mio. € reduziert. Der freiwillige Bundeszuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen **Unfallversicherung** dient der Senkung der Unternehmensbeiträge und damit der kostenmäßigen Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe.

Arbeitsmarktpolitik. Träger der Arbeitsförderung nach dem Sozialgesetzbuch III ist die BA. Daneben ist der Bundesagentur ab 1. Januar 2005 grundsätzlich die Trägerschaft für die neue Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II übertragen worden; 69 Optionskommunen wurden ebenfalls als Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende zugelassen. Für die Leistungen für Unterkunft und Heizung und

verschiedene weitere Leistungen im Rahmen der Grundsicherung sind die Kommunen Träger.

Durch die Vorverlegung des Fälligkeitstermins des Sozialversicherungsbeitrags erhielt die BA einmalig 13 statt zwölf Monatsraten, was eine Mehreinnahme von 3,4 Mrd. € bedeutete. Aufgrund dieses Sondereffektes, der günstigen konjunkturellen Entwicklung, die unter anderem mehr Beitragszahler und weniger Leistungsempfänger zur Folge hat, eines geringeren Aussteuerungsbetrages und nicht zuletzt der Effizienzsteigerungen der BA durch die wirkungsorientierte Steuerung war im Jahr 2006 kein Zuschuss an die BA erforderlich. Vielmehr konnte der Haushalt der BA einen Überschuss von 11,2 Mrd. € erzielen.



Erziehungsgeld. Lagen die Voraussetzungen vor, wurde ein Erziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz gezahlt. Anträge konnten bei den Erziehungsgeldstellen der Länder eingereicht werden. Das Bundeserziehungsgeldgesetz unterschied beim Erziehungsgeld zwischen dem Regelbetrag in Höhe von bis zu 300 € monatlich über einen Zeitraum von 24 Monaten oder dem Budget in Höhe von 450 € monatlich für zwölf Monate.

In den **ersten sechs Lebensmonaten** des Kindes wurde das Erziehungsgeld grundsätzlich in voller Höhe gewährt. Dieser Anspruch entfiel, wenn das Einkommen bei Eltern mit einem Kind 30 000 €, bei Alleinerziehenden 23 000 € überschritt. Bis zu diesen Grenzen hatten die Eltern einen Anspruch auf den ungekürzten Regelbetrag.

Ab dem siebten Lebensmonat des Kindes wurde das Erziehungsgeld einkommensabhängig gewährt. Hierbei galt es, Einkommensgrenzen zu beachten. Bei einem Kind erhielt ein Ehepaar mit einem Jahreseinkommen von bis zu 16 500 € das volle Erziehungsgeld. Bei Alleiner-

ziehenden mit einem Kind galt eine Einkommensgrenze von 13 500 €. Beide Einkommensgrenzen erhöhten sich für jedes weitere Kind um 3 140 €, das ab dem 1. Januar 2003 geboren wurde. Bei Überschreiten dieser Einkommensgrenzen verminderte sich das Erziehungsgeld in Abhängigkeit von der Höhe des Einkommens bis hin zum völligen Wegfall. Für Kinder, die ab dem 1. Januar 2007 geboren sind, wird nun auf Antrag das neue Elterngeld gewährt.

Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern. Zum 1. Januar 2005 wurde der Kinderzuschlag – eine gezielte Förderung gering verdienender Familien – eingeführt. Der Kinderzuschlag ist eine neue familienpolitische Leistung in Höhe von monatlich bis zu 140 € je Kind. Er wird an Eltern gezahlt, die zwar mit ihren Einkünften ihren eigenen Unterhalt bestreiten können, nicht aber den ihrer Kinder. Sie wären ohne Kinderzuschlag auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Mit Kinderzuschlag kann die Familie von den eigenen Einkünften leben.

Wohngeld. Bund und Länder tragen das Wohngeld zunächst je zur Hälfte, darüber hinaus übernimmt der Bund seit 2003 einen Festbetrag von 409 Mio. € vom jährlichen Länderanteil. Mit „Hartz IV“ wurde eine umfassende Änderung des Wohngeldrechts verabschiedet. In der Folge sind die Wohngeldausgaben bei Bund und Ländern deutlich zurückgegangen, da jetzt nur noch diejenigen Haushalte Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz erhalten, die keine Transferleistungen wie etwa Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe II oder die Grundsicherung im Alter beziehen. Transferleistungsempfänger erhalten Leistungen für ihre Unterkunftskosten aufgrund spezieller rechtlicher Regelungen.

Wohnungsbau-Prämiengesetz. Die Wohnungsbauprämie beträgt für laufende und neue Verträge ab dem Sparjahr 2004 8,8 % der prämienebegünstigten Aufwendungen. Die Höhe des jährlichen Prämienanspruchs ist abhängig von der Höhe der prämienebegünstigten Aufwendungen des Sparjahres. Alleinstehende können jährlich höchstens 512 €, Verheiratete 1 024 € prämienebegünstigt sparen. Wohnungsbauprämie erhalten Alleinstehende mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von bis zu 25 600 €, Verheiratete bis zu 51 200 €.

Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge. Der größte Teil der Ausgaben entfiel auf Leistungen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene entsprechend dem Bundesversorgungsgesetz. Zu den Ausgaben gehörten auch die Leistungen an Wehrdienstbeschädigte der Bundeswehr sowie Zivilbeschäftigte. Die insgesamt sinkenden Ausgaben lassen sich überwiegend auf einen kontinuierlichen Rückgang der Leistungsempfänger zurückführen. Am 31. Dezember 2006 belief sich die Anzahl der Leistungsempfänger auf 434 925.

Allgemeine Dienste

Die Tabelle 9 zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für so genannte „Allgemeine Dienste“. Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für „Allgemeine Dienste“ beliefen sich im Bundeshaushalt 2006 auf 47,7 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 18,3 % an den Gesamtausgaben.

Versorgung. Die Aufwendungen des Bundes für Versorgung umfassten die direkten Pensionszahlungen einschließlich der Beihilfen an ehemalige Beamte, Richter und Soldaten des Bundes und deren Hinterbliebene sowie an Versorgungsberechtigte nach dem Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes. Bisher wurden die Versorgungsausgaben des Bundes zentral im Einzelplan 33 (Versorgung) veranschlagt. Dies bedeutete, dass die Personalausgaben für aktive Beamte im jeweiligen Ressort und für Beamte im Ruhestand im Einzelplan 33 veranschlagt und von dort gezahlt wurden. Um die Fach- und Finanzverantwortung zusammenzuführen, wurde mit dem Haushalt 2006 die dezentrale Veranschlagung beschlossen. Ab 2006 werden die Versorgungsausgaben bei dem Ressort veranschlagt, aus dessen Dienst der Beamte in den Ruhestand getreten ist. Ziel ist es, das Bewusstsein für die Folgekosten beim zuständigen Ressort zu stärken.

Verteidigung. Die Begleitung der umfassenden Umstrukturierung der Streitkräfte mit dem Ziel einer grundlegenden Neuausrichtung von

Tabelle 9: Allgemeine Dienste

Aufgabenbereich	Soll 2006	Januar bis Dezember 2006	Januar bis Dezember 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Versorgung	6,4	6,4	6,5	- 0,1	- 1,6
– Ziviler Bereich	2,3	2,4	2,4	- 0,1	- 2,5
– Verteidigung, einschließlich militärischer Bereich	4,1	4,0	4,0	- 0,04	- 1,0
Verteidigung (Oberfunktion 03 ohne Versorgung)	23,6	23,8	23,7	+ 0,1	+ 0,3
– Militärische Beschaffungen, Forschung und Entwicklung, Materialerhaltung, Baumaßnahmen usw.	8,3	8,3	8,0	+ 0,3	+ 3,8
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	4,0	4,1	3,8	+ 0,2	+ 5,7
– Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	1,6	1,7	1,5	+ 0,2	+ 15,7
– Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsorganisation	0,4	0,4	0,4	+ 0,01	+ 3,0
– Europäischer Entwicklungsfonds	0,6	0,6	0,6	+ 0,01	+ 1,1
Politische Führung und zentrale Verwaltung	4,1	4,0	4,2	- 0,2	- 4,6
– Zivildienst	0,6	0,6	0,6	- 0,05	- 7,6
Finanzverwaltung	2,6	2,4	2,1	+ 0,3	+ 12,1
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2,9	2,9	2,8	+ 0,1	+ 3,5

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Fähigkeiten und Aufgaben sowie die Einbindung der Bundeswehr in die neu eingegangenen bzw. erweiterten Bündnisverpflichtungen gegenüber der NATO und der EU waren die entscheidenden Eckpfeiler für die Plafondausgestaltung des Verteidigungshaushaltes im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung. Die Aufgaben werden angesichts einer gewandelten sicherheitspolitischen Lage neu gewichtet und entsprechende Anpassungen vorgenommen. Dabei wird insbesondere ein streitkräftegemeinsamer Ansatz in allen Planungskategorien verfolgt. Grundlage für die Weiterentwicklung der Bundeswehr ist dabei ein Personalumfang von 250 000 Soldatinnen und Soldaten sowie 75 000 Haushaltsstellen für zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der bis zum Jahr 2010 einzunehmenden Zielstruktur. In die neue Streitkräftestruktur wird auch der neu auszugestaltende Grundwehrdienst eingepasst. Am Ende dieses Transformationsprozesses wird eine moderne, leistungsfähige und für qualifizierten Nachwuchs attraktive Bundeswehr stehen, die ihren Auftrag auch künftig erfüllen kann.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Bundesregierung hatte mit dem Bundeshaushalt 2006 weitere Schritte unternommen, die internationalen Vereinbarungen zur Entwicklungszusammenarbeit umzusetzen. Dazu trugen neben dem Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auch Mittel für die entwicklungsrelevanten Beiträge anderer Ressorts, die Ausgaben der EU für Entwicklungspolitik, die Nutzung der Verbundfinanzierung und Schuldenerlasse bei. Die Mittel aus dem Bundeshaushalt dienen in erster Linie der Bekämpfung der absoluten Armut und wurden unter anderem eingesetzt, um Maßnahmen der weltweiten Krisenprävention und gewaltfreien Konfliktbewältigung, des Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutzes und der Bekämpfung von Fluchtursachen zu unterstützen. Auch die Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV/AIDS wurden fortgeführt. Besonderes Interesse lag auf dem Wiederaufbau der vom Seebeben im Indischen Ozean betroffenen Regionen.

Politische Führung und zentrale Verwaltung. Bei den Ausgaben für den Bereich politische Führung und zentrale Verwaltung han-

delt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen für die obersten Bundesbehörden und den Zivildienst (siehe auch Finanzverwaltung).

Zivildienst. Analog zum Grundwehrdienst wurde auch der Zivildienst zum 1. Januar 2002 um einen Monat auf zehn Monate verkürzt. Zum 1. Oktober 2004 erfolgte eine weitere Verkürzung auf neun Monate. Im Juni 2002 wurde ein Freiwilligendienst mit einer Mindestdauer von zwölf Monaten eingeführt. Dieser Freiwilligendienst kann anstelle des Zivildienstes abgeleistet werden. Gesetzlich verankert ist dieser im Bereich des Freiwilligen Sozialen und des Freiwilligen Ökologischen Jahres.

Finanzverwaltung. Der Ausgabenzuwachs im Bereich der Finanzverwaltung beruht im Wesentlichen auf der Veranschlagung der Baumaßnahmen des Bundes und der Unterbringung von Bundesdienststellen im Einzelplan 08 (Einheitliches Liegenschaftsmanagement). Demgegenüber sanken aufgrund der Umorganisation der Liegenschaftsverwaltung die Ausgaben für politische Führung und zentrale Verwaltung.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung. Der Bundeshaushalt stellt Mittel zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bereit. Dazu zählen insbesondere die in der Verantwortung des Bundes liegenden Leistungen für die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Die Tabelle 10 (siehe S. 62) zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Die Ausgaben für diesen Aufgabenbereich beliefen sich im Bundeshaushalt 2006 auf 12,0 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 4,6 % an den Gesamtausgaben.

Investitionsprogramm Ganztagschulen. Für ein Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagschulen gewährt der Bund den Ländern und Gemeinden Finanzhilfen in Höhe von 4,0 Mrd. €. Der Bund unterstützt durch dieses Programm die Anstrengungen der Länder und Kommunen zur Verbesserung der Betreuung- und Bildungsangebote nachhaltig.

Tabelle 10: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereich	Soll 2006	Januar bis Dezember 2006	Januar bis Dezember 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Investitionsprogramm Ganztagschulen	0,8	0,9	0,6	+ 0,2	+ 35,8
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7,2	7,0	6,7	+ 0,3	+ 5,1
– gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	2,7	2,7	2,6	+ 0,1	+ 3,6
– Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft	0,9	0,9	0,9	+ 0,04	+ 5,0
– Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft	1,5	1,5	1,4	+ 0,05	+ 3,4
– Mobilität und Infrastruktur im 21. Jahrhundert, Weltraumforschung und -technik	1,0	1,0	–	–	–
Leistungen nach dem Bundesausbildungs- förderungsgesetz (BAföG)	1,1	1,1	1,0	+ 0,02	+ 2,2
Hochschulen	2,0	1,9	1,8	+ 0,05	+ 2,7
– Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,9	0,9	0,9	–	–
– Deutsche Forschungsgemeinschaft e.V. Bonn	0,8	0,8	0,8	+ 0,02	+ 3,0
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,2	0,2	+ 0,002	+ 0,8
Kunst- und Kulturpflege	1,5	1,5	1,5	+ 0,004	+ 0,3

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen. Auf Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen entfiel der größte Teil der Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Hierbei lag das Hauptgewicht auf der gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern. Gefördert wurden die großen außeruniversitären Forschungsinstitutionen wie die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Helmholtz-Gemeinschaft. Die Absicht, die Etats dieser großen Forschungseinrichtungen bis 2010 um 3 % zu erhöhen, wird weiter verfolgt. Ab 2006 wurden Aufgaben im Bereich Mobilität und Infrastruktur im 21. Jahrhundert sowie Weltraumforschung und -technik vom Bundesministerium für Bildung und Forschung zum Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie verlagert.

Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Mit dem BAföG werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass junge Menschen den Bildungs- und Berufsweg, der ihrer Neigung und Eignung entspricht, möglichst unabhängig davon wählen können, ob sie selbst oder ihre Eltern die dafür erforderlichen Mittel aufbringen können. Der den einzelnen Auszubildenden hierfür

zustehende Förderbetrag orientiert sich an dem durch die erforderlichen Ausgaben für Lebensunterhalt und Ausbildung bestimmten Bedarf. Die Aufwendungen für diese Leistung werden zu 65 % durch den Bund und zu 35 % durch die Länder getragen. Mit dem Bildungskreditprogramm des Bundes steht ab dem 1. April 2001 ein weiteres unabhängiges Finanzierungsangebot für Ausbildungen zur Verfügung. Im Rahmen des Bildungskreditprogramms können Studierende sowie Schülerinnen und Schüler in fortgeschrittenen Ausbildungsphasen einen zinsgünstigen Kredit bis zu 24 Monatsraten von der Kreditanstalt für Wiederaufbau erhalten.

Hochschulen. Der Ausbau und Neubau von Hochschulen ist nach Artikel 91 a Grundgesetz Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Die Mittel wurden für Investitionen verwendet. Auf Grundlage eines Rahmenplans erstattete der Bund 50 % der entstandenen Ausgaben.

Deutsche Forschungsgemeinschaft e.V. (DFG) Bonn. Die DFG ist die zentrale Selbstverwaltungseinrichtung der Wissenschaft zur Förderung der Forschung an Hochschulen und öffentlich finanzierten Forschungsinstitutionen in Deutschland. Ab 2002 fördern Bund und Länder die DFG mit einem einheitlichen Finanzierungsschlüssel von 58 % Bund und 42 % Länder.

Berufliche Weiterbildung. Die berufliche Weiterbildung wird durch mehrere Programme gefördert.

Angesichts des nicht ausreichenden Ausbildungsplatzangebots in den neuen Ländern fördert der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative zur ergänzenden Ausbildung die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Das Sonderprogramm wird je zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert.

Für die Förderung der beruflichen Fortbildung zum Meister, Techniker oder zu vergleichbaren Abschlüssen stellt der Bund seit 1996 Mittel für das so genannte „Meister-BAföG“ bereit, um die Teilnehmer an entsprechenden Maßnahmen finanziell zu unterstützen. Die Aufwendungen werden zu 78 % vom Bund und zu 22 % von den Ländern getragen.

Überbetriebliche Berufsbildungsstätten ergänzen mit ihrem Lehrangebot die betriebliche Ausbildung solcher Klein- und Mittelbetriebe, die aufgrund ihrer Größe oder Spezialisierung nicht in der Lage sind, die geforderten Ausbildungsinhalte in ihrer Gesamtheit zu vermitteln. Erst durch die ergänzenden Lehrangebote der überbetrieblichen Berufsbildungsstätten werden diese Betriebe in die Lage versetzt, ausbilden zu können.

Kunst- und Kulturpflege. Die Förderung der inländischen Kulturpolitik obliegt dem Be-

auftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Ihm zugeordnet ist das Bundesarchiv, das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa und die Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Die Förderung der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik obliegt dem Auswärtigen Amt. Größter Einzelposten der Kunst- und Kulturpflege im Inland war der Zuschuss des Bundes an die Rundfunkanstalt „Deutsche Welle“. Größter Einzelposten der auswärtigen Kunst- und Kulturpflege war die Förderung des deutschen Schulwesens im Ausland.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Die Tabelle 11 zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Wesentliche Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb der Bundesstraßen, Bundesautobahnen und Bundeswasserstraßen sowie der Aus- und Umbau der Schienenwege. Die Ausgaben für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen beliefen sich im Bundeshaushalt 2006 auf 11,0 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 4,2 % an den Gesamtausgaben. Mit 7,6 Mrd. € wurden 33,3 % der investiven Ausgaben des Bundes im Bereich des Verkehrs- und Nachrichtenwesens getätigt.

Tabelle 11: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Soll 2006	Januar bis Dezember 2006	Januar bis Dezember 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)	5,9	6,2	6,2	- 0,05	- 0,7
– Bundesautobahnen	3,2	3,8	4,5	- 0,6	- 13,9
– Bundesstraßen	2,3	2,1	1,7	+ 0,5	+ 26,8
Wasserstraßen und Häfen	1,4	1,3	1,3	+ 0,002	+ 0,1
Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz	1,7	1,7	1,6	+ 0,1	+ 4,1
Nachrichtlich:					
Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich aus Hauptfunktion 8	3,5	3,4	3,4	- 0,03	- 1,0
Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG	5,4	5,4	5,5	- 0,1	- 2,0

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz). Nach Artikel 90 Grundgesetz verwalten die Länder die Bundesautobahnen und sonstigen Bundesfernstraßen. Der Bundeshaushalt stellt daher in der Hauptsache die Haushaltsmittel für die betriebliche Unterhaltung, die Erhaltung und den Um- und Ausbau sowie den Neubau der in der Baulast des Bundes stehenden Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen, Bundesstraßen) bereit. Im Vordergrund steht dabei aufgrund der Altersstrukturen, der Zunahme der Schwerverkehrs, der Erhöhung der Achslast und der Verkehrsbeanspruchung der wachsende Bedarf an Erhaltungsinvestitionen und Lärmschutzmaßnahmen.

Wasserstraßen und Häfen. Für Wasserstraßen des Bundes wurden die Mittel für Unterhaltung, Betrieb, Ersatz- und Ausbauinvestitionen sowie die maritime Notfallvorsorge verwendet. Die Investitionsmittel wurden auf laufende Ausbaumaßnahmen und auf kombinierte Maßnahmen (Ersatzinvestitionen mit Ausbauanteilen) konzentriert, die für den Erhalt und die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Wasserstraßennetzes von besonderer Bedeutung waren. Wichtige Schwerpunkte sind der Ausbau des westdeutschen Kanalnetzes – hier insbesondere der Dortmund-Ems-Kanal – und die West-Ost-Verbindung einschließlich des Projektes 17 Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ (Ausbau der Bundeswasserstraßenverbindung zwischen Rügen, Magdeburg und Berlin).

Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ist ein Betrag von bis zu 1,7 Mrd. € des Mehraufkommens an Energiesteuer (früher: Mineralölsteuer) zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden vorgesehen. 80 % der zur Verfügung gestellten Mittel verwalten die Länder in eigener Kompetenz. Programmkompetenz hat der Bund nur noch bei größeren Vorhaben des öffentlichen Personennahverkehrs.

Bei den Maßnahmen für Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG und Bundeseisenbahnvermögen – handelte es sich um Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich (Hauptfunktion 8 des Funktionenplans).

Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG. Gemäß Art. 87e Abs. 4 Grundgesetz gewährleistet der Bund einen dem Wohl der Allgemeinheit Rechnung tragenden Ausbau und Erhalt der Bundesschienenwege. Er finanzierte daher nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen. Diese Investitionen umfassen den Bau, Ausbau sowie Ersatzinvestitionen der Schienenwege im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Bundeseisenbahnvermögen. Das Bundeseisenbahnvermögen ist Dienstherr der der Deutschen Bahn AG zugewiesenen Beamten und Eigentümer der nicht bahnnotwendigen Immobilien. Der Bund erstattete im Rahmen der Defizitdeckung die nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Verwaltungsausgaben des Bundeseisenbahnvermögens.

Wirtschaftsförderung

Die Tabelle 12 (siehe S. 65) zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Landwirtschaft, Energie- und Wasserwirtschaft sowie für Gewerbe und Dienstleistungen. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung beliefen sich im Bundeshaushalt 2006 auf 5,7 Mrd. €. Dies entsprach einem Anteil von 2,2 % an den Gesamtausgaben.

Regionale Förderungsmaßnahmen. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wird je zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert. Sie ist das wichtigste Bund-Länder-Instrument zur Förderung, Schaffung und Sicherung von dauerhaft wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen. Die Förderung erstreckt sich auf Investitionszuschüsse an Unternehmen und für die wirtschaftsnahe Infrastruktur. Die Verantwortung für die Durchführung der Aufgabe liegt bei den Ländern.

Förderung des Kohlebergbaus. Der Kohlekompromiss von 1997 über die Gewährung von Steinkohlebeihilfen lief im Jahr 2005 aus. Auf der Grundlage der von der Bundesregierung, den Revierländern und dem Bergbau im Jahr 2003 beschlossenen Anschlussregelung für die Steinkohlefinanzierung ab 2006 wurden degressiv ausgestaltete Zuwendungsbescheide bis 2008 erteilt. Die Beihilfen werden zukünftig nachjäh-

Tabelle 12: Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereich	Soll 2006	Januar bis Dezember 2006	Januar bis Dezember 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		in Mrd. € ¹			in %
Regionale Förderungsmaßnahmen	0,9²	1,1	1,2	- 0,1	- 8,4
– Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ (Ist einschließlich EFRE-Mittel)	0,7	0,9	1,0	- 0,1	- 7,5
Förderung des Kohlenbergbaus	1,7	1,7	1,8	- 0,1	- 4,3
Mittelstandsförderung	1,0	0,9	1,0	- 0,1	- 5,3
Förderung erneuerbarer Energien	0,4	0,4	0,3	+ 0,03	+ 9,9
Gewährleistungen	1,5	0,8	1,4	- 0,6	- 41,4
Landwirtschaft	1,0	0,9	1,0	- 0,1	- 8,0
– Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“	0,6	0,6	0,7	- 0,1	- 7,7

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Soll ohne EFRE-Mittel.

rig ausgezahlt. In 2006 wurden ausstehende Zahlungen der Vorjahre nachgezahlt.

Mittelstandsförderung. Zur Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit förderte die Bundesregierung Forschung, Entwicklung und Innovationen zur Leistungs- und Wettbewerbssteigerung im Mittelstandsbereich und kleiner und mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft. Neben den erprobten Programmen erhofft sich die Bundesregierung insbesondere von drei jungen Programmen besondere Impulse: dem High-Tech-Gründerfonds als öffentlich-private Partnerschaft für forschungsbasierte Gründungen während der ersten ein bis zwei Jahre, dem Programm zur Verbesserung der Materialeffizienz zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch Erhöhung von Einsparpotenzialen beim Materialeinsatz und dem ERP-Innovationsprogramm zur Stärkung der marktnahen Forschung und Entwicklung neuer Produkte.

Förderung erneuerbarer Energien. Mit dem Ziel einer sicheren, umweltverträglichen und kostengünstigen Energieversorgung förderte die Bundesregierung Technologien im Bereich der nicht nuklearen Energieforschung mit einem breiten Spektrum von Maßnahmen. Diese dienten der Erschließung beziehungsweise Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien, der rationellen Energieverwendung sowie der umweltfreundlichen Verbrennungstechnik. Schwerpunkt ist ein Marktanreizprogramm zu-

gunsten erneuerbarer Energien, das vor allem die Errichtung von Anlagen zur Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien unterstützte.

Gewährleistungen. Durch die Übernahme von Gewährleistungen ermöglicht die Bundesregierung die Finanzierung von außen- als auch binnenwirtschaftlichen Vorhaben. Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen dienen der Sicherung von volkswirtschaftlich förderungswürdigen Maßnahmen, insbesondere von Handels- und Kreditgeschäften.

Landwirtschaft. Im Bereich der Agrarpolitik liegt der finanzielle Schwerpunkt bei der Europäischen Union. Im nationalen Bereich nahm neben der landwirtschaftlichen Sozialpolitik die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ einen großen Anteil der Bundeshilfen ein. Damit wurde ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft geleistet. Grundlage der Förderung war ein von Bund und Ländern gemeinsam erstellter Rahmenplan, der jährlich den aktuellen Erfordernissen entsprechend überarbeitet wird. Der Bund erstattet den Ländern die entstandenen Ausgaben zu 60 % bei Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und zu 70 % bei Küstenschutzmaßnahmen.

Übrige Ausgaben

Die Tabelle 13 gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes in den Aufgabenbereichen Gesundheit und Sport, Wohnungswesen, Wirtschaftsunternehmen und allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen.

Zinsen. Die Zinsausgaben des Bundes sind abhängig von der Steigerung der Bundesschuld durch die jährliche Nettokreditaufnahme, vom Zinsniveau und von den Strukturen der Anschlussfinanzierungen im Vergleich zu den Tilgungsleistungen. Die Zinsausgaben für den Fonds Deutsche Einheit wurden ab 2005 erstmalig direkt aus dem Bundeshaushalt gezahlt.

Wohnungswesen. Für die soziale Wohnraumförderung gewährte der Bund den Ländern letztmalig in 2006 Finanzhilfen gemäß Artikel 104 b Grundgesetz. Einzelheiten wurden durch Verwaltungsvereinbarungen geregelt.

Darüber hinaus wurde die Wohnraumsanierung und -modernisierung über entsprechende Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau gefördert. Einen Schwerpunkt bildete hierbei das im Februar 2006 gestartete neue CO₂-Gebäudesanierungsprogramm. Mit ihm werden die bisherigen Fördermaßnahmen des Bundes zur Gebäudesanierung mit verbesserten Programmbedingungen fortgeführt und darüber hinaus erheblich ausgeweitet. Energetische Maßnahmen an Wohngebäuden werden ab dem Jahr 2007 auch durch Investitionszuschüsse gefördert. Ferner werden ab 2007 zusätzlich energetische Maßnahmen bei kom-

munalen Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten durch Kreditverbilligungen gefördert. Zugunsten der energetischen Gebäudesanierung werden von 2006 bis 2009 jährlich 1,0 Mrd. € Programmmittel bereitgestellt.

Städtebauförderung. Der Bund beteiligt sich gemäß Artikel 104 b Grundgesetz an der Förderung des Städtebaus. Mit den Finanzhilfen förderte der Bund neben der „klassischen“ Städtebauförderung die Programme „Soziale Stadt“, „Stadtumbau West“ und „Stadtumbau Ost“ zur Bewältigung struktureller Probleme. In den neuen Ländern wurde darüber hinaus der städtebauliche Denkmalschutz zur Sicherung und Erhaltung historischer Stadtkerne gefördert. Durch den anteiligen Wiedereinsatz der mit der Absenkung der Eigenheimzulage erzielten Einsparungen konnten ab 2004 zusätzliche Finanzhilfen für städtebauliche Maßnahmen bereitgestellt werden. Darüber hinaus wurden auch die für 2006 vorgesehenen Programmmittel zugunsten der Programmbereiche „Soziale Stadt“, „Stadtumbau West“ und „Stadtumbau Ost“ um rd. 0,1 Mrd. € aufgestockt. Im Hinblick auf den Bedarf in den neuen Ländern wurden die Städtebauförderungsmittel jedoch schwerpunktmäßig dort eingesetzt.

In Ergänzung zum Programm „Stadtumbau Ost“ leistete der Bund durch die Verordnung zum Altschuldenhilfegesetz einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der von Leerständen betroffenen Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern. Wohnungsunternehmen, die durch erheblichen dauerhaften Leerstand in ihrer

Tabelle 13 Übrige Ausgaben

Aufgabenbereich	Soll 2006	Januar bis Dezember 2006	Januar bis Dezember 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		in Mrd. € ¹			in %
Zinsen	37,6	37,5	37,4	+ 0,1	+ 0,3
Wohnungswesen	1,1	1,0	1,3	- 0,3	- 20,6
– Soziale Wohnraumförderung	0,3	0,3	0,3	- 0,04	- 11,7
– Wohnraummodernisierungsprogramme	0,6	0,6	0,7	- 0,2	- 24,4
Städtebauförderung	0,5	0,5	0,5	- 0,0003	- 0,1
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	0,9	0,9	0,9	- 0,01	- 1,6
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,3	0,3	0,4	- 0,1	- 14,3

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Existenz gefährdet sind, erhalten eine zusätzliche Altschuldenhilfeentlastung, die sich nach der Fläche der abgerissenen Wohnungen berechnet. Im Bundeshaushalt 2001 wurden hierfür zunächst rd. 0,4 Mrd. € eingeplant. Die Mittel sind seitdem wiederholt aufgestockt worden, nunmehr stehen insgesamt rund 1,1 Mrd. € zur Verfügung.

Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung.

Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens wurden insbesondere das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information und das Paul-Ehrlich-Institut in ihrer Arbeit unterstützt und gefördert.

Auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes wurden das Umweltbundesamt sowie das Bundesamt für Naturschutz und das Bundesamt für Strahlenschutz unterstützt. Die Ausgaben für Strahlenschutz und Reaktorsicherheit waren zum großen Teil von den Leistungen für die Endlagerung radioaktiver Abfälle einschließlich der Erkundung alternativer Standorte geprägt. Herausragender Schwerpunkt der Sportförderung war die Unterstützung der Fußball-WM 2006.

Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt. Die Treuhandanstalt hat Ende 1994 ihre Kernaufgabe, die Privatisierung ostdeutscher Unternehmen, weitgehend abgeschlossen. Die veranschlagten Ausgaben stellten sicher, dass ihre Nachfolgeeinrichtungen die verbliebenen Aufgaben fortführen konnten. Die Zuwendungen waren in erster Linie für die Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH und für die Energiewerke Nord GmbH bestimmt. Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) kam wie bisher ohne Zuwendungen aus.

5 Entwicklung der Einnahmen

Die Tabelle 14 (siehe S. 68) gibt einen Überblick über die Entwicklung der Einnahmen des Bundes. Die Steuereinnahmen hatten mit 203,9 Mrd. € oder 87,6 % auf der Einnahmenseite den weitaus größten Anteil an den Einnahmen des Bundes. Die Verwaltungseinnahmen des Bundes beliefen sich auf 28,9 Mrd. € (11,1 %) und die Münzeinnahmen auf 0,3 Mrd. €. Zur Deckung des Finanzierungssaldos aus Ausgaben und Einnahmen war eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 27,9 Mrd. € notwendig.

Steuern. Die veranschlagten Steuereinnahmen basierten auf dem Ergebnis der 127. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 8. bis 11. Mai 2006 in Saarbrücken. Die Schätzung ging von geltendem Steuerrecht aus. Für das Jahr 2006 wurden gegenüber der vorangegangenen Schätzung vom November 2005 die finanziellen Auswirkungen folgender Gesetze einbezogen:

- Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm,
- Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen,
- Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage,
- Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung,
- Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen.

Zusätzlich wurden die im Haushaltsbegleitgesetz 2006 enthaltenen Erhöhungen von Umsatz- und Versicherungssteuer berücksichtigt.

Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage. Die Bundesanteile an den Gemeinschaftsteuern bildeten die Hauptfinanzierungsquelle des Bundes. Die Gemeinschaftsteuern umfassen die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie die Steuern vom Umsatz, die Gewerbesteuerumlage und den Zinsabschlag. Grundlage für die Aufteilung des Steueraufkommens ist Artikel 106 Grundgesetz. Die Erträge der Gemeinschaftsteuern werden auf

Tabelle 14: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Soll 2006	Januar bis Dezember 2006	Januar bis Dezember 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹				in %
Einnahmen	223,2	232,8	228,4	+ 4,4	+ 1,9
darunter:					
Steuern	194,0	203,9	190,1	+ 13,8	+ 7,2
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbsteuerumlage	151,4	159,7	146,6	+ 13,1	+ 8,9
– Lohnsteuer	51,1	52,1	50,5	+ 1,6	+ 3,1
– Veranlagte Einkommensteuer	5,7	7,5	4,2	+ 3,3	+ 79,9
– Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5,2	6,0	5,0	+ 1,0	+ 19,6
– Zinsabschlag	3,1	3,4	3,1	+ 0,3	+ 9,2
– Körperschaftsteuer	9,3	11,4	8,2	+ 3,3	+ 40,2
– Steuern vom Umsatz	75,5	77,7	74,1	+ 3,6	+ 4,8
– Gewerbesteuerumlage	1,4	1,6	1,5	+ 0,1	+ 4,2
Bundessteuern	83,5	84,2	83,5	+ 0,7	+ 0,8
– Energiesteuer	39,4	39,9	40,1	– 0,2	– 0,5
– Tabaksteuer	14,7	14,4	14,3	+ 0,1	+ 0,8
– Solidaritätszuschlag	10,5	11,3	10,3	+ 1,0	+ 9,3
– Versicherungssteuer	8,8	8,8	8,7	+ 0,02	+ 0,3
– Stromsteuer	6,6	6,3	6,5	– 0,2	– 2,9
– Branntweinsteuer	2,2	2,2	2,2	+ 0,01	+ 0,7
– Kaffeesteuer	1,0	1,0	1,0	– 0,03	– 3,0
– Schaumweinsteuer	0,5	0,4	0,5	– 0,004	– 1,0
– Sonstige Bundessteuern	0,002	0,002	0,0004	+ 0,001	+ 312,5
Abzugsbeträge	– 40,9	– 40,0	– 40,0	– 0,04	+ 0,1
– Ergänzungszuweisungen an Länder	– 14,7	– 14,7	– 14,6	– 0,1	+ 0,7
– Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralöl- steueraufkommen	– 7,2	– 7,1	– 7,1	.	.
– Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	– 3,6	– 3,7	– 3,3	– 0,4	+ 12,8
– Zuweisungen an die EU nach BNE-Schlüssel	– 15,5	– 14,6	– 15,1	+ 0,5	– 3,2
Sonstige Einnahmen	29,2	28,9	38,3	– 9,4	– 24,5
darunter:					
– Abführung Bundesbank	2,9	2,9	0,7	+ 2,2	+ 322,7
– Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	11,2	9,5	20,4	– 10,9	– 53,6
– Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit	4,0	3,3	4,6	– 1,3	– 28,0

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Basis unterschiedlicher Vergabeschlüssel zwischen dem Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt.

Die Tabelle 15 (siehe S. 69) zeigt den rechnerischen Anteil der Gebietskörperschaften am Aufkommen der Gemeinschaftsteuern im Jahr 2006 in Prozent.

Bundessteuern. Das Steueraufkommen der Bundessteuern steht allein dem Bund zu. Hierbei handelt es sich insbesondere um das Steueraufkommen aus den Verbrauchsteuern, der Versicherungssteuer und dem Solidaritätszuschlag. Dieser wird als Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 5,5 % erhoben.

Mit der auf nachhaltige Wirkung angelegten Ökologischen Steuer- und Abgabenreform wird

der Energieverbrauch stärker besteuert. Gleichzeitig wurden die Einnahmen zur Senkung beziehungsweise Stabilisierung des Beitragssatzes in der Gesetzlichen Rentenversicherung verwendet. Die Ökologische Steuerreform wurde seit 1999 in mehreren Stufen bis zum Jahr 2003 fortgesetzt.

Auch die ab 1. April 1999 erhobene Stromsteuer ist Teil dieser Ökologischen Steuerreform. Die Stromsteuer wurde in den Jahren 2000 bis 2003 um jährlich 0,26 Cent je Kilowattstunde angehoben. Im Jahr 2006 wurden 2,05 Cent Stromsteuer je Kilowattstunde erhoben.

Abzugsbeträge. Abzugsbeträge sind Zahlungen, die aus dem Steueraufkommen geleistet werden.

Tabelle 15: Anteil an den Gemeinschaftsteuern in %

Gemeinschaftsteuer nach Artikel 106 Grundgesetz	Bund	Länder	Gemeinden
Lohn- und Einkommensteuer	42,5	42,5	15,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	50,0	50,0	–
Steuern vom Umsatz	53,0	44,9	2,1
Zinsabschlag	44,0	44,0	12,0
Körperschaftsteuer	50,0	50,0	–
Gewerbesteuerumlage	23,1	76,9	–

Ergänzungszuweisungen an die Länder.

Ab dem 1. Januar 2005 kam das neue Ausgleichssystem auf der Grundlage des Maßstäbengesetzes und des neuen Finanzausgleichsgesetzes zur Anwendung. Hintergrund für die Neuregelungen ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 11. November 1999. Das abstrakt gehaltene Maßstäbengesetz konkretisiert die Finanzverfassung, das neue Finanzausgleichsgesetz regelt horizontale und vertikale Verteilungsaspekte. Finanzschwache Länder, deren Finanzkraft nach Länderfinanzausgleich unter 99,5 % der Finanzkraft der Ländergesamtheit liegt, erhalten allgemeine Bundesergänzungszuweisungen. Darüber hinaus werden drei Arten von Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen gewährt:

- an die neuen Länder und Berlin wegen teilungsbedingter Sonderlasten, infrastrukturellen Nachholbedarfs und unterproportionaler kommunaler Finanzkraft,
- an die neuen Länder (ohne Berlin) wegen struktureller Arbeitslosigkeit und daraus entstehender überproportionaler Lasten,
- wegen überdurchschnittlich hoher Kosten politischer Führung.

Zuweisungen an die Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen. Im Rahmen der Bahnstrukturreform sind ab 1996 die Aufgabenverantwortung und damit die Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonenverkehr der Deutschen Bahn AG vom Bund auf die Länder übergegangen. Im Ausgleich verzichtet der Bund zugunsten der Länder auf

einen Teil seines Energiesteueraufkommens. Artikel 1 des Ersten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes vom 26. Juni 2002 legte für die Jahre 2002 bis 2007 die Jahresbeträge mit einer jährlichen Steigerung um 1,5 % fest. Der Jahresbetrag für 2006 wurde durch Artikel 13 des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 vom 29. Juni 2006 korrigiert und auf dem Vorjahresstand von 7,1 Mrd. € eingefroren.

Zuweisungen an die Europäische Union nach BNE-Schlüssel. Neben den Zöllen, den Agrarabschöpfungen und den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln gehören die BNE-Eigenmittel zu den eigenen Einnahmen der Europäischen Union. Der Ansatz für das Jahr 2006 beruht auf dem Eigenmittelbeschluss vom 29. September 2000 (14,6 Mrd. €).

Sonstige Einnahmen. Bundesbankgewinn. Gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz hat die Deutsche Bundesbank den Jahresüberschuss an den Bund abzuführen. Die Abführung erfolgt jährlich nachträglich für das vorangegangene Jahr. Seit 1999 wird der 3,5 Mrd. € übersteigende Teil der Abführung dem Erblastentilgungsfonds zur Leistung der Tilgungsverpflichtungen zugeführt, was 2006 nicht der Fall war.

Darlehensrückflüsse (Beteiligungen). Die Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und aus sonstigem Kapitalvermögen und Kapitalrückzahlungen beliefen sich 2006 auf 0,9 Mrd. €. Die Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen und Darlehensrückflüssen betrugen 8,6 Mrd. €.

Aussteuerungsbetrag der BA. Die BA hat für jeden erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, der nach dem Bezug von Arbeitslosengeld in das Arbeitslosengeld II übergeht, einen Aussteuerungsbetrag

an den Bund zu zahlen. Diese Regelung stellt für die BA einen Anreiz dar, Arbeitslose schon während des Bezugs von Arbeitslosengeld in Arbeit zu vermitteln. Aufgrund der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt konnten 2006

mehr Arbeitslose während des Bezuges von ALG I in Arbeit vermittelt werden, was die Zahlungsverpflichtung der BA an den Bund verminderte. Im Jahr 2006 belief sich der Aussteuerungsbetrag der BA auf 3,3 Mrd. €.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 4. Quartal 2006 und im Jahr 2006

1	Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) im 4. Quartal 2006 und im Jahr 2006	71
2	Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 4. Quartals 2006	73
3	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen	74

- Steuereinnahmen von Bund und Ländern stiegen 2006 um + 7,4 %.
- Dynamische Entwicklung bei veranlagter Einkommensteuer und Körperschaftsteuer auf bereits starker Basis.
- Alle Gebietskörperschaften verbuchten im Jahr 2006 Zuwächse.

1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern)¹ im 4. Quartal 2006 und im Jahr 2006

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im Jahr 2006 nach

endgültigen Ergebnissen 446 139 Mio. €, das sind + 30 783 Mio. € bzw. + 7,4 % mehr als im Jahr 2005.

Die Steuereinnahmen im Jahr 2006 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie folgt dar.

Das Aufkommen der **gemeinschaftlichen Steuern** nahm im Jahr 2006 im Vorjahresvergleich um + 9,2 % zu. Nachdem sich die Einnahmen aus

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im Jahr 2006

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	Haushaltsjahr – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2006	2005	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	336 315	307 890	+ 28 425	+ 9,2
Reine Bundessteuern	84 215	83 508	+ 707	+ 0,8
Reine Ländersteuern	21 729	20 579	+ 1 150	+ 5,6
Zölle	3 880	3 378	+ 502	+ 14,9
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	446 139	415 355	+ 30 783	+ 7,4

Differenzen in den Summen durch Rundung.

¹ Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“ im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

diesen Steuern bereits in den ersten drei Quartalen mit + 9,4 % außerordentlich positiv entwickelt hatten, flachte der Anstieg mit + 8,8 % im 4. Quartal 2006 leicht ab.

Bei der **Lohnsteuer** führte insbesondere die allmähliche Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt im Zusammenspiel mit moderaten Lohnzuwächsen zu einem Aufkommensanstieg von insgesamt + 3,1 %, der mit + 4,9 % im 4. Quartal 2006 sehr ausgeprägt erscheint. Das gute Ergebnis im 4. Quartal ist jedoch durch das Vorjahresergebnis etwas nach oben verzerrt, weil im Dezember 2005 umfangreiche Auszahlungen von Arbeitnehmersparzulagen das kassenmäßige Aufkommen der Lohnsteuer geschmälert hatten.

Im Bereich der **veranlagten Einkommensteuer** setzte sich die in den ersten drei Quartalen zu beobachtende positive Entwicklung fort. Nach einer Aufkommenssteigerung im 3. Quartal von + 51,0 % ergab sich im 4. Quartal – auf starker Vorjahresbasis – ein Zuwachs von + 25,5 % gegenüber dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahresquartals. Für das Kalenderjahr 2006 resultiert unter Einbeziehung der überaus dynamischen Entwicklung im 1. Halbjahr ein kräftiger Zugewinn bei den Kasseneinnahmen von + 79,9 % bzw. + 7,8 Mrd. €. Ausschlaggebend hierfür waren insbesondere die Entwicklung bei den Unternehmensgewinnen, aber auch die Rückgänge bei den Arbeitnehmererstattungen (– 1,9 Mrd. €), den Auszahlungen der Eigenheimzulage (– 0,9 Mrd. €) und der Investitionszulage (– 0,2 Mrd. €).

Die Auswirkungen gestiegener Unternehmensgewinne zeigten sich ebenfalls bei der **Körperschaftsteuer**. Nach einem schwächeren 1. Quartal (+ 17,4 %) und starken Anstiegen im 2. und 3. Quartal (+ 90,6 bzw. + 50,1 %) stiegen die Einnahmen im 4. Quartal – wie bei der Einkommensteuer ausgehend von einer sehr starken Basis – mit + 19,5 % verhaltener. Insgesamt ist jedoch eine Zunahme des Kassenaufkommens von + 40,2 % für das Kalenderjahr 2006 zu verzeichnen. Die Investitionszulagen gingen in diesem Zeitraum um – 47,0 % bzw. knapp – 700 Mio. € zurück.

Auch beim **Zinsabschlag** setzte sich die positive Entwicklung weiter fort. Nach einem Zuwachs von + 19,9 % im 3. Quartal 2006 ergab sich

im 4. Quartal eine Steigerung von + 10,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Diese Ergebnisse spiegeln das gegenüber dem Vorjahr gestiegene Zinsniveau wider. Für das Berichtsjahr 2006 resultiert hieraus insgesamt eine Aufkommenszunahme von + 9,2 %.

Nachdem bei den **nicht veranlagten Steuern** vom Ertrag nach einem Rückgang im 1. Quartal (– 16,7 %) die Veränderungsraten im 2. und 3. Quartal bereits bei + 27,5 % bzw. + 19,1 % lagen, erhöhten sich die Einnahmen aus dieser Steuerart im 4. Quartal noch einmal um eindrucksvolle + 72,9 %. Hervorgerufen wurde diese Entwicklung durch die anhaltend gute Gewinnsituation der Kapitalgesellschaften, die zu höheren Dividendenausschüttungen und somit höheren Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer führte. Insgesamt erhöhten sich die Einnahmen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag im Kalenderjahr 2006 um + 19,6 %.

Die Einnahmen aus den **Steuern vom Umsatz** haben im Jahr 2006 um + 5,0 % zugelegt (Umsatzsteuer + 2,7 %, Einfuhrumsatzsteuer + 13,1 %). Während sich das Aufkommen aus der Umsatzsteuer in den ersten drei Quartalen um + 1,5 % und das der Einfuhrumsatzsteuer um + 16,8 % erhöhte, zeichnete das 4. Quartal ein umgekehrtes Bild: Umsatzsteuer + 6,1 %, Einfuhrumsatzsteuer + 3,6 %. Ursächlich für den Zuwachs bei der Umsatzsteuer waren wohl die vorgezogenen Käufe von Gütern und Dienstleistungen aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007. Maßgeblich für den Anstieg der Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer waren die konjunkturell bedingten erhöhten Importe aus Nicht-EU-Ländern in Verbindung mit gestiegenen Öl- und Rohstoffpreisen. Alles in allem ist die Entwicklung der Steuern vom Umsatz als Indiz für eine sich positiv entwickelnde Binnenkonjunktur zu werten.

Die **reinen Bundessteuern** verzeichneten mit + 0,8 % im abgelaufenen Kalenderjahr einen moderaten Anstieg. Nach einem Plus von + 1,4 % in den ersten drei Quartalen des Jahres unterbot das 4. Quartal das Vorjahresniveau um – 0,3 % aufgrund der Einbußen bei der Energiesteuer (– 2,1 %) und der Stromsteuer (– 4,2 %). Die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag nahmen im 4. Quartal um + 7,9 % und aus der Tabaksteuer um + 2,0 % zu.

Der schwache Anstieg im Gesamtjahr 2006 resultiert insbesondere aus den folgenden Ergebnissen: Abnahmen bei der Energiesteuer (– 0,5 %) und der Stromsteuer (– 2,9 %) standen Zunahmen beim Solidaritätszuschlag (+ 9,3 %), bei der Versicherungsteuer (+ 0,3 %) und bei der Tabaksteuer (+ 0,8 %) gegenüber. Der starke Rückgang des Zigarettenkonsums infolge der Tarifierhöhungen wird durch den höheren Steuersatz somit gerade kompensiert.

Die Entwicklungsrichtung bei den **reinen Ländersteuern** zeigte mit einer Zunahme um + 6,4 % in den ersten neun Monaten des Jahres und mit + 3,0 % im 4. Quartal wieder deutlich nach oben, was für das Gesamtjahr 2006 zu einem Ergebnis von + 5,6 % führte. Träger dieser Entwicklung ist in erster Linie die Grunderwerbsteuer mit + 27,9 %. Die Ursachen hierfür sind unterschiedlich: Während sich zu Jahresbeginn der Vorzieheffekt infolge der Abschaffung der Eigenheimzulage aufkommenssteigernd auswirkte, dürften sich gegen Jahresende der Konjunkturaufschwung und der Verkauf von (kommunalen) Wohnungsbaugesellschaften ausgewirkt haben. Daneben konnten die Kraftfahrzeugsteuer (+ 3,0 %) und die Biersteuer (mit gerade einmal + 0,3 % trotz Fußball-WM!) positive Ergebnisse verzeichnen, während die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer (– 8,2 %) deutlich zurückgingen.



2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 4. Quartals 2006

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) wiesen im **Oktober 2006** gegenüber dem Vorjahresmonat einen Zuwachs von + 9,7 % auf. Dabei verzeichneten die gemeinschaftlichen Steuern mit + 11,8 % den stärksten Anstieg, aber auch die Ländersteuern mit + 10,2 % und die Bundessteuern mit + 3,1 % konnten zulegen. Letzteres Ergebnis war wie bereits im September 2006 durch einen Sondereffekt bei der Energiesteuer (Änderung des Abführungsmodus bei der Energiesteuer auf Erdgas) überzeichnet.

Im **November 2006** gingen insgesamt um + 8,1 % mehr Steuern ein als im Vorjahresmonat. Wie bereits im Vormonat zeigte sich bei den gemeinschaftlichen Steuern ein deutliches Plus (+ 10,4 %), auch die Ländersteuern stiegen um + 3,3 %, während bei den Bundessteuern lediglich eine Zunahme von + 0,9 % zu verzeichnen war (aufgrund des kräftigen Rückgangs bei der Tabaksteuer um – 13,0 %).

Der Gesamtzuwachs in Höhe von + 4,3 % im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat **Dezember 2006** resultierte aus Aufkommenssteigerungen bei den gemeinschaftlichen Steuern (+ 6,8 %). Die Ländersteuern verzeichneten ein Absinken um – 3,6 % (starker Rückgang bei der Kraftfahrzeugsteuer mit – 13,7 % und auch bei der Erbschaftsteuer mit – 5,2 %; dagegen Anstieg bei der Grunderwerbsteuer um + 12,6 %). Bei den reinen Bundessteuern (– 2,2 %) sorgte ein kräftiger Rückgang bei der Energiesteuer (– 6,9 %) und der Stromsteuer (– 19,6 %) für ein Aufkommensminus, das durch Einnahmeerhöhungen bei der Tabaksteuer (+ 16,6 %), bei der Versicherungsteuer (+ 7,9 %) und beim Solidaritätszuschlag (+ 4,5 %) nicht egalisiert werden konnte.

3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Die Verteilung der Steuereinnahmen im Jahr 2006 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in der nachstehenden Tabelle 2 dargestellt.

Im Berichtszeitraum konnten alle Gebietskörperschaften im Vorjahresvergleich Zuwächse verbuchen. Die etwas höheren EU-Abführungen gehen zu Lasten des Bundes und sind ein Grund

dafür, dass die Einnahmen des Bundes etwas schwächer gestiegen sind als die Einnahmen von Ländern und Gemeinden. Hinzu kommt der nur geringe Zuwachs des Aufkommens der Bundessteuern.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im Jahr 2006 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter <http://www.bundesfinanzministerium.de> unter der Rubrik Steuern > Steuerschätzung/Steuereinnahmen > Steuereinnahmen.

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Steuereinnahmen nach Ebenen	Haushaltsjahr – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2006	2005	in Mio. €	in %
Bund ¹	204 058	190 176	+ 13 882	+ 7,3
EU	22 142	21 711	+ 431	+ 2,0
Länder ¹	194 950	180 426	+ 14 524	+ 8,1
Gemeinden ²	24 988	23 042	+ 1 946	+ 8,4
Zusammen	446 139	415 355	+ 30 783	+ 7,4

Differenzen in den Summen durch Rundung.

¹ Nach Bundesergänzungszuweisungen.

² Lediglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, am Zinsabschlag und an den Steuern vom Umsatz.

Den Aufschwung für Reformen nutzen

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2007

1	Vorbemerkung	75
2	Wirtschaftliche Entwicklung	76
3	Ausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik: Den Aufschwung für Reformen nutzen	77
4	Finanz- und Steuerpolitik	80
4.1	Finanzpolitik	80
4.2	Steuerpolitik	84
4.3	Finanzmärkte wettbewerbsfähig gestalten	87
4.4	Deutsche EU- und G8-Präsidentschaft	87

- Auch in Anbetracht des wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland sind weitere strukturelle Reformen erforderlich. Daher lautet das Motto des Jahreswirtschaftsberichts „Den Aufschwung für Reformen nutzen“.
- In diesem Jahr geht es darum, den in Gang gekommenen Aufschwung zu festigen, die Konsolidierung der Haushalte fortzuführen und weitere innere Wachstumskräfte der Wirtschaft freizusetzen.
- Ein zentrales Ziel der Bundesregierung ist es, den Staat durch quantitative und zugleich qualitative Konsolidierung auf ein solides, tragfähiges Fundament zu stellen.

1 Vorbemerkung

Die Bundesregierung legt dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) jährlich einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Darin wird auch zum aktuellen Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (nachfolgend: Rat) Stellung genommen. Der diesjährige Jahreswirtschaftsbericht wurde am 31. Januar 2007 abschließend im Bundeskabinett beraten. In die Darstellung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung wurde die Stellungnahme der Bundesregierung zum Jahresgutachten 2006/07 des Rates integriert. Im Anhang des Berichtes sind als Tabeleinteil eine ausführliche „Bilanz“ der Maßnahmen der Bundesregierung seit Beginn der laufenden Legislaturperiode aufgeführt sowie die für 2007 und darüber hinaus geplanten Maßnahmen.

Im Folgenden sind wesentliche Aussagen des Berichtes – mit Schwerpunkt auf die finanzpolitischen Maßnahmen – zusammengefasst dargestellt.

2 Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit Beginn des vergangenen Jahres in einem kraftvollen Aufschwung. Neben den außenwirtschaftlichen Impulsen liefert nun auch die Binnenwirtschaft zunehmend positive Wachstumsbeiträge. Damit ist die Konjunktur robuster gegenüber weltwirtschaftlichen Herausforderungen. Das Wachstum der Weltwirtschaft fällt nach Einschätzung internationaler Organisationen in diesem Jahr zwar etwas geringer aus als im Vorjahr. Es wird aber hoch bleiben. Auch der Welthandel bleibt dynamisch und dürfte der deutschen Exportwirtschaft weiterhin zugute kommen. Die hohe Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen dürfte zu Marktanteils gewinnen im Welthandel führen.

Die guten Standortbedingungen in Deutschland kommen mehr und mehr zum Tragen. Unternehmen investieren lebhaft und schaffen neue Arbeitsplätze. Die Zeichen stehen gut, dass sich der Aufschwung auch in diesem Jahr fortsetzt.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird im Jahresdurchschnitt um rund 1 3/4 %, gerechnet 1,7 %, zunehmen. Die Zahl der Arbeitslosen wird sich in diesem Jahr voraussichtlich um rund 480 000 Personen gegenüber dem Vorjahres-

durchschnitt verringern. Die Erwerbstätigkeit belebt sich weiter und steigt im Jahresdurchschnitt um 300 000 Personen. Zusätzlich zu den erwarteten Einkommenssteigerungen erhöht sich auch beschäftigungsbedingt das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Dies schafft eine wesentliche Voraussetzung für einen Zuwachs des privaten Konsums. Das im vergangenen Jahr in Genshagen beschlossene Wachstums- und Impulsprogramm der Bundesregierung wird auch in diesem Jahr zur Fortsetzung des Aufschwungs beitragen. Die Wachstumsprognose des Rates entspricht, bei Abweichungen im Detail, im Wesentlichen der Jahresprojektion der Bundesregierung.

Tabelle 1: Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland

Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ¹	2005	2006	Jahresprojektion 2007
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Bruttoinlandsprodukt (BIP) (preisbereinigt)	0,9	2,5	1,7
Erwerbstätige (im Inland)	– 0,1	0,7	0,8
Arbeitslosenquote in % (Abgrenzung der BA) ²	11,7	10,8	9,6
Verwendung des BIP (preisbereinigt)			
– Private Haushalte u. private Organisationen o. E.	0,1	0,6	0,3
– Ausrüstungen	6,1	7,3	5,0
– Bauten	– 3,6	3,6	1,6
Inlandsnachfrage	0,5	1,8	0,9
Exporte	6,9	12,4	7,9
Importe	6,5	12,1	6,8
Außenbeitrag (BIP-Wachstumsbeitrag) ³	0,4	0,7	0,8
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (nominal)	0,3	0,7	1,2

¹ Bis 2006 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand 11. Januar 2007.

² Bezogen auf alle Erwerbspersonen.

³ Beitrag zur Zuwachsrate des BIP.

3 Ausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik: Den Aufschwung für Reformen nutzen

Aus Sicht der Bundesregierung wäre es verfehlt, aus der erfreulichen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung den Schluss zu ziehen, allein der Aufschwung könne alle vorhandenen wirtschaftlichen Probleme lösen. Der diesjährige Jahreswirtschaftsbericht trägt deshalb den Titel: „Den Aufschwung für Reformen nutzen.“ Weitere strukturelle Reformen sind angesichts des raschen wirtschaftlichen Wandels und der Vielzahl von Herausforderungen, mit denen Deutschland konfrontiert ist, unabdingbar. Die Bundesregierung fühlt sich durch das hohe Wachstum des abgelaufenen Jahres darin bestätigt, dass die vor einem Jahr auf der Klausurtagung des Bundeskabinetts in Genshagen beschlossene wirtschaftspolitische Strategie aufgeht: die Leitlinie „Investieren – Sanieren – Reformieren“ kombiniert gezielte Impulse zur Kräftigung des beginnenden Aufschwungs bei gleichzeitiger Verbesserung der langfristigen Wachstumsgrundlagen und der Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung. Sie wird an ihrem wirtschaftspolitischen Reformkurs festhalten.

In diesem Jahr geht es darum, den in Gang gekommenen Aufschwung zu festigen, die Konsolidierung der Haushalte fortzuführen und weitere innere Wachstumskräfte der Wirtschaft freizusetzen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in der Gesellschaft, des zunehmenden weltweiten Wettbewerbs, der möglichen Verknappung vieler konventioneller Rohstoffe und Energieträger sowie der zunehmenden Notwendigkeit, umweltverträglich zu produzieren, gibt es zu diesem Ansatz keine Alternative. Die Bundesregierung wird sich daher national wie auch auf allen internationalen Ebenen, insbesondere im Rahmen ihrer EU- und G8-Präsidentschaften, dafür einsetzen, dass die Voraussetzungen für eine wachstums- und beschäftigungsfördernde Politik weiter verbessert werden.

Die wirtschafts- und finanzpolitische Strategie der Bundesregierung für 2007, die auf das Erreichen eines nachhaltig höheren Wach-

tumspfades mit mehr Beschäftigung zielt, ist darauf ausgerichtet:

- die Staatsfinanzen nachhaltig zu konsolidieren,
- Wettbewerb und Investitionsdynamik zu stärken,
- die Wissensgesellschaft voranzubringen,
- die Wachstumsgrundlagen langfristig zu sichern und
- die Beschäftigungspotenziale zu aktivieren.

Nachhaltige Konsolidierung der Staatsfinanzen

Den Staat durch quantitative und zugleich qualitative Konsolidierung auf ein tragfähiges Fundament zu stellen, ist eines der zentralen Ziele der Bundesregierung. Bereits im abgelaufenen Jahr wurde mit einem Staatsdefizit von rund 2 % des Bruttoinlandsprodukts die Maatrichtgrenze von 3 % deutlich unterschritten. Die Regelgrenze des Art. 115 Grundgesetz (GG) wird 2007 eingehalten und die Schuldenstandsquote zurückgeführt. Mit dem Bundeshaushalt 2007 setzt die Bundesregierung den Schwerpunkt der Konsolidierung auf der Ausgabenseite und bei Steuersubventionen. Insbesondere durch wachstumsschonende Einschnitte vor allem bei Subventionen und Steuervergünstigungen wurde und wird der Staatshaushalt wieder auf eine strukturell nachhaltige Basis gestellt. Zusammen mit der dafür notwendigen Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes wird so gewährleistet, dass solide Staatsfinanzen und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen zeitlich abgestimmt ineinandergreifen und sich wechselseitig verstärken.

Mit der zweiten Stufe der Föderalismusreform will die Bundesregierung die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern den veränderten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen anpassen und die Eigenverantwortung der Gebietskörperschaften mit Blick auf das Ziel tragfähiger Haushalte erhöhen.

Wettbewerb und Investitionsdynamik stärken

Um den Standort Deutschland für in- und ausländische Investoren attraktiver zu machen, wird die Bundesregierung u.a. die Bürokratiebelastung der Unternehmen reduzieren und mit einer deutlichen Senkung der Steuersätze für Unternehmen sowie einer Erleichterung der Unternehmensnachfolge bei der Erbschaftsteuer die Investitionsanreize stärken. Sie wird auf der Basis des 2006 eingeführten Standardkosten-Modells im Verlauf dieses Jahres verbindliche Ziele für den Abbau bürokratischer Lasten festlegen. Die EU-Kommission hat zur Umsetzung der Zielvorgabe, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen europaweit bis 2012 um 25 % zu reduzieren, für Anfang 2007 einen Aktionsplan angekündigt. Die Bundesregierung wird den Bürokratieabbau zu einem Schwerpunktthema der deutschen EU-Präsidentschaft machen.

Sie wird sich zudem national und im Rahmen ihrer EU- und G8-Präsidentschaften dafür einsetzen, Märkte zu öffnen und die Voraussetzungen für mehr Chancengleichheit im Wettbewerb zu verbessern. Im nationalen und europaweiten Rahmen geht es dabei insbesondere darum, die Effizienz von netzgebundenen Märkten wie z.B. denen für Energie und Telekommunikation zu steigern, um Kosten und Preise für Wirtschaft und Verbraucher zu senken. Daher wird beispielsweise für den Energiesektor ein Maßnahmenpaket vorbereitet, das längerfristig auf bessere strukturelle Voraussetzungen für mehr Wettbewerb auf der Angebotsseite der Energiemärkte zielt und kurzfristig mit einer Stärkung der Preismissbrauchsaufsicht flankiert werden soll.

Die Bundesregierung wird außerdem die Rahmenbedingungen auf den Finanzmärkten, insbesondere für die mittelständische Wirtschaft, weiter verbessern, z.B. durch eine Stärkung des Systems der Bürgschaftsbanken sowie durch eine Standardisierung von Mittelstandskrediten der KfW-Bankengruppe. Sie hat bereits im letzten Jahr alle wesentlichen Maßnahmen zugunsten des Mittelstandes in einer Mittelstandsinitiative gebündelt, die in diesem Jahr fortgesetzt und weiterentwickelt wird. Sie wird die Unternehmen in ihren außenwirtschaftli-

chen Aktivitäten weiter unterstützen, die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung und Außenwirtschaftsfinanzierung weiterentwickeln und die Werbung für den Standort Deutschland neu ordnen.



Wissensgesellschaft voranbringen

Zur Unterstützung des Forschungsstandorts Deutschland investiert die Bundesregierung bis zum Jahre 2009 zusätzliche 6 Mrd. € in Forschung, Technologie und Innovation. Um das Ziel der Lissabon-Strategie der EU zu erreichen, dass bis 2010 3% des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert werden, hat die Bundesregierung ihre Innovationspolitik in der „Hightech-Strategie“ gebündelt. Da in einer Wissensgesellschaft ein effizienter Schutz des Wissenskapitals von Unternehmen in Form von Patenten, Marken, Urheberrechten u.Ä. eine Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg ist, wird die Bundesregierung auch weiterhin Verletzungen geistigen Eigentums bekämpfen. Im Vordergrund stehen dabei partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Quellen- bzw. Transitländern von Pirateriewaren (z.B. durch Kooperation von Zoll- und Patentbehörden) und der politische Dialog. Darüber hinaus wird die Bundesregierung die Chance nutzen, einen Dialog der G8 mit den großen Schwellenländern über Themen wie den Schutz geistigen Eigentums sowie verlässliche Rahmenbedingungen für weltweite Investitionen in Gang zu setzen. Ziel ist es, zu neuen Vereinbarungen zu kommen.

Im Zuge des Ausbaus der Wissensgesellschaft gilt es, den Bildungsstand der Bevölkerung – insbesondere auch vor dem Hintergrund einer alternden Erwerbsbevölkerung – weiter zu erhöhen. Die Bundesregierung unterstützt die bildungspolitischen Aktivitäten der Länder vor allem im Hochschulbereich. So haben sich Bund und Länder auf einen Hochschulpakt geeinigt,

der die Ausbildungschancen der nächsten akademischen Generationen und die Leistungsfähigkeit der Forschung sichert. Dafür stellt der Bund allein bis 2010 bis zu 1,3 Mrd. € zur Verfügung.

Wohlstandsgrundlagen langfristig sichern

Um die Wohlstandsgrundlagen zu sichern, ist es wichtig, beschäftigungsförderndes hohes Wachstum in Einklang zu bringen mit dem Schutz der Umwelt, dem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen sowie sozialer Sicherheit. Das ist der Kern der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, deren Hauptaspekte eine sichere, kostengünstige und umweltschonende Energie- und Rohstoffversorgung und eine zukunftsfähige, soziale Sicherheit gewährleistende und auch die Gerechtigkeit zwischen den Generationen wahrende Sozialpolitik sind. Sie hat hierzu einige wichtige Schritte eingeleitet:

- **Gesundheitsreform:** Sie wird in Stufen ab dem 1. April 2007 in Kraft treten, die Wirtschaftlichkeit der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) durch Erhöhung von Transparenz und Intensivierung des Wettbewerbs verbessern und den bürokratischen Aufwand mindern.
- **Reform der Pflegeversicherung:** Um sicherzustellen, dass Pflegebedürftige auch in Zukunft Pflegeleistungen erhalten, die sie für eine ausreichende und angemessene Pflege zu einem bezahlbaren Preis brauchen, wird die Bundesregierung die Reform der Pflegeversicherung als nächstes Vorhaben angehen.
- **Alterssicherung:** Nach den Reformen der vergangenen Jahre im Bereich der Alterssicherung (Gesetzliche Rentenversicherung, Schaffung staatlicher Förderung von privater und betrieblicher Zusatzvorsorge) zielen alle weiteren Entscheidungen in dieser Legislaturperiode auf die gesetzliche Beitrags- und Niveausicherung ab. Dies bedeutet einerseits, dass der Beitragssatz bis zum Jahr 2020 20 % und bis zum Jahr 2030 22 % nicht überschreiten soll, und andererseits, dass das Rentenniveau (Sicherungsniveau vor Steuern) 46 % bis zum Jahr 2020 und 43 % bis zum Jahr 2030 nicht unterschreiten soll. Zudem wird die Bundesregierung in Verbin-

dung mit einer Gesamtstrategie die gesetzliche Regelaltersgrenze stufenweise im Zeitraum von 2012 an bis 2029 auf 67 Jahre anheben.

- **Familienförderung:** Zur finanziellen Unterstützung von Familien hat die Bundesregierung bereits im vergangenen Jahr die Möglichkeit zur steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten erweitert. Zu Beginn dieses Jahres wurde darüber hinaus ein neues Elterngeld eingeführt.
- **Energiepolitik:** In der zweiten Jahreshälfte 2007 wird die Bundesregierung ein energiepolitisches Gesamtkonzept (Verzahnung von Versorgungssicherheit, tragbaren Energiekosten und wirksamem Klimaschutz) mit einer Perspektive bis zum Jahr 2020 vorlegen. Ein nationaler Rohstoffgipfel im Frühjahr 2007 soll mögliche Maßnahmen der Wirtschaft sowie flankierend der Politik identifizieren und koordinieren. Schließlich werden Energie- und Rohstoffpolitik auch zentrale Elemente der deutschen G8- und EU-Präsidentschaften sein.

Beschäftigungspotenziale aktivieren

Die Bundesregierung wird den eingeschlagenen Weg der Arbeitsmarktreformen fortführen, um mehr Beschäftigung und mehr Wachstum zu ermöglichen und so die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu reduzieren. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, den paritätisch finanzierten Beitragssatz zur Sozialversicherung dauerhaft unter 40 % zu senken und damit ein entscheidendes Hemmnis zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse abzubauen. Dieses Ziel kann bereits in diesem Jahr erreicht werden, weil die Arbeitslosenversicherungsbeiträge von 6,5 % auf 4,2 % gesenkt wurden. Finanziert wird dies durch Einsatz eines Umsatzsteuerpunktes aus der Erhöhung des Umsatzsteuernormalsatzes von 16 % auf 19 % zu Beginn dieses Jahres sowie durch Effizienzgewinne und Effektivitätssteigerungen bei der Bundesagentur für Arbeit. Trotz der Erhöhung der Beiträge zur Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) von 19,5 % auf 19,9 % und zur GKV um 0,6 Prozentpunkte ergibt sich eine Beitragssenkung von netto 1,3 Prozentpunkten. Im Ergebnis kann im Jahr 2007 der Gesamtbeitragssatz 39,7 % betragen, also unter 40 % Prozent liegen.

Ein flexibler Arbeitsmarkt verstärkt die Dynamik und eröffnet Langzeitarbeitslosen Beschäftigungsperspektiven. Die Bundesregierung wird prüfen, wie Effektivität und Effizienz der Arbeitsmarktpolitik weiter verbessert und die Beschäftigungschancen von Problemgruppen erhöht werden können. Sie wird alle Chancen wahrnehmen, um mit flexiblen Regelungen den Wiedereintritt Arbeitsloser in ein Beschäftigungsverhältnis zu erleichtern.

Dem Niedriglohnsektor kommt im Rahmen einer Strategie zum Abbau der Arbeitslosigkeit besondere Bedeutung zu. Eine Arbeitsgruppe der Bundesregierung entwickelt derzeit Konzepte, die insbesondere Geringqualifizierte wieder in Beschäftigung bringen sollen. Berührt sind auch die Themen Mindestlöhne und Kombilöhne, Dritter Arbeitsmarkt sowie geringfügige Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen von Mini- und Midijobs.

Eine gesamtwirtschaftlich verantwortungsvolle, beschäftigungsfördernde Lohnpolitik bleibt unabdingbar für weitere wirtschafts- und beschäftigungspolitische Erfolge. Die Tarifvertragsparteien werden ausdrücklich ermuntert, den eingeschlagenen Weg, durch betriebliche Bündnisse Beschäftigung zu sichern, weiter auszubauen. Erfolgreiche Unternehmen sollten im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihre Beschäftigten betriebsindividuell höher entlohnen können. Hier bietet sich eine Gewinnbeteiligung als flexible Ergänzung von Lohnabschlüssen an. Um flexible und auf die konkrete Unternehmenssituation zugeschnittene Vereinbarungen zu ermöglichen, sollte aber auch vermehrt über die stärkere Nutzung von Modellen nachgedacht werden, die Beschäftigte über eine Kapitalbeteiligung am wirtschaftlichen Erfolg partizipieren lassen.

4 Finanz- und Steuerpolitik

4.1 Finanzpolitik

Ein effizientes und leistungsfähiges Staatswesen ist im Verbund mit soliden Staatsfinanzen eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum, Innovation und Beschäftigung. Deutschland ist eines der am weitesten entwickelten Gemeinwesen in der Welt. Die Organisationsstruktur des Staates und die Prozesse in der öffentlichen Verwaltung müssen noch flexibler werden, um auf Veränderungen rechtzeitig reagieren zu können. Dies wird in einer sich rasch wandelnden internationalisierten Wirtschaft mehr und mehr zum entscheidenden Standortfaktor.



Nach der klaren Aufgabenzuordnung im Rahmen der ersten Stufe der Föderalismusreform strebt die Bundesregierung in der zweiten Stufe der Föderalismusreform die effizienteste Gestaltung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern an. Dabei sollen zudem die Grundlagen für eine bessere staatliche Aufgabenerfüllung auf allen Ebenen der Verwaltung geschaffen werden. Gleichzeitig wird die Bundesregierung dafür sorgen, dass der Staat seine Aufgaben möglichst kosteneffizient erfüllen kann und ihre nachhaltige Finanzierung auf Dauer möglichst wachstums- und beschäftigungsfreundlich gewährleistet wird.

Für tragfähige öffentliche Finanzen zu sorgen, ist nicht allein Aufgabe des Bundes, sondern auch die der Länder. Durch den im Rahmen der ersten Stufe der Föderalismusreform beschlossenen Nationalen Stabilitätspakt wird die Ausgabendisziplin auf gesamtstaatlicher Ebene entscheidend gestärkt. Mit dem neuen Artikel 109 Abs. 5 Grundgesetz wird geregelt, dass künftig mögliche Strafzahlungen aus der Verletzung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes

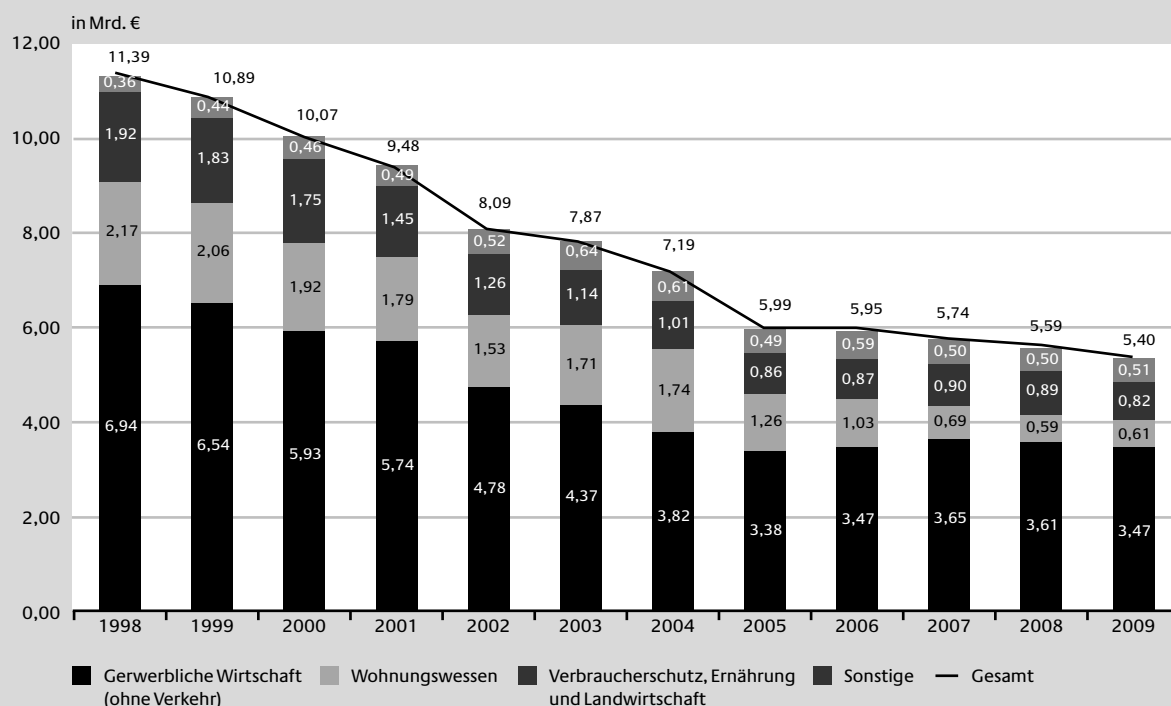
zu 65 % vom Bund und zu 35 % von den Ländern getragen werden. Durch diese Lastenteilung zwischen Bund und Ländern werden von vornherein Anreize für ein diszipliniertes Verhalten auch auf Länderebene gesetzt. Trotz der vom Rat geäußerten Zweifel an der ökonomischen Rechtfertigung der vertikalen und horizontalen Verteilungskriterien für die Strafzahlungen (JG¹ Tz 462) sieht die Bundesregierung in diesem – mit den Ländern erzielten – Kompromiss einen wichtigen Anreiz für gesamtsstaatliche Solidarität bei der Erfüllung der europäischen Defizitvorgaben.

Die staatliche Ausgabendisziplin kann zusätzlich gestärkt werden, indem die nationalen Verschuldensregeln weiterentwickelt werden. Der Rat macht mehrere Vorschläge (JG TZ 390–408). Er spricht sich dafür aus, den Investitionsbegriff des Grundgesetzes auf diejenigen Ausgaben zu beschränken, die mit positiven Vermögens- und Wachstumseffekten einhergehen. Er regt an, Einnahmen aus Ver-

mögensminderungen nicht zu berücksichtigen und den laufenden Werteverzehr des staatlichen Vermögens (Abschreibungen) einzubeziehen. Schließlich spricht sich der Rat dafür aus, die Verschuldungsmöglichkeiten für den Ausnahmefall einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu präzisieren und zu begrenzen. Dabei schlägt er eine verfassungsmäßig verankerte Regelung vor, die sich am Modell der „Schweizer Schuldenbremse“ orientiert (JG Tz 404). Die Bundesregierung wird diese Vorschläge ebenso wie weitere Anregungen aus der Wissenschaft in ihre weiteren Überlegungen einbeziehen.

Die Bundesregierung ist auf gutem Wege, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wiederherzustellen. Die Regelgrenze des Art. 115 GG wird ab 2007 eingehalten und die Schuldenstandsquote zurückgeführt. Das Maastricht-Defizitkriterium wird bereits seit dem vergangenen Jahr wieder eingehalten. Es geht jetzt darum, auch bei konjunkturbedingt guter

Abbildung 1: Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes im Zeitraum 1998 bis 2009 in Abgrenzung des 19. Subventionsberichts



¹ Jahresgutachten 2006/2007.

Kasten 1: Kabinettsbeschluss zur Subventionspolitik

Im März 2006 hat das Bundeskabinett beschlossen, dass

- neue Subventionen nur gewährt werden, wenn sie sich gegenüber sonstigen Maßnahmen als das am besten geeignete und auch unter Kosten-Nutzen-Aspekten als effizientes Instrument darstellen,
- neue Subventionen vorrangig als Finanzhilfen gewährt werden und durch Einsparungen an anderer Stelle zu finanzieren sind,
- geprüft werden soll, inwieweit Steuervergünstigungen in Finanzhilfen oder andere, den Staatshaushalt weniger belastende Maßnahmen überführt werden können,
- neue Finanzhilfen nur noch befristet und grundsätzlich degressiv ausgestaltet werden,
- die Ziele der Finanzhilfen in einer Form festgehalten werden, die eine Erfolgskontrolle ermöglicht,
- die Subventionspolitik der Bundesregierung sich an wachstums-, verteilungs-, wettbewerbs- und umweltpolitischen Wirkungen orientiert und
- auch bei bestehenden und bisher nicht befristeten und/oder nicht degressiv ausgestalteten Finanzhilfen eine Befristung und grundsätzlich eine Degression eingeführt wird.

Einnahmesituation keine neuen Entscheidungen zu Lasten künftiger Generationen zu treffen.

Mit dem Bundeshaushalt 2007 setzt die Bundesregierung den Schwerpunkt der Konsolidierung auf die Ausgabenseite. Berücksichtigt man, dass Steuersubventionen und steuerliche Sonderregelungen vom wirtschaftlichen Ergebnis her Ausgaben gleichzusetzen sind, entfällt der überwiegende Teil der Konsolidierungsanstrengungen im Jahr 2007 auf die Ausgabenseite. Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass hierdurch am ehesten Erfolge zu erzielen sind. Eine ausgabenseitige Konsolidierung wird von der Bevölkerung, aber auch von den Kapitalmärkten in der Regel als glaubwürdiger empfunden als eine Erhöhung der Einnahmen.

Parallel zur Konsolidierung muss die Struktur der Ausgaben – in Richtung auf ein stärkeres Gewicht wachstumsfördernder Bereiche – qualitativ verbessert werden. Der Bund wendet bereits heute rund zwei Drittel seiner Ausgaben für Zinsen, soziale Sicherung und Arbeitsmarktpolitik auf. Es geht nicht darum, die Sozialausgaben relativ zur Wirtschaftsleistung zu erhöhen, sondern insbesondere darum, die Effizienz des Mitteleinsatzes zu steigern.

Zu einer verbesserten Qualität der öffentlichen Finanzen trägt auch der Abbau überholter

Subventionen bei (vgl. Abbildung 1, S. 81). Die von der Bundesregierung beschlossenen Leitlinien zur Subventionspolitik (vgl. Kasten 1) werden die Transparenz, den Rechtfertigungsdruck und die Steuerungsmöglichkeiten bei Subventionsmaßnahmen erhöhen. Die Bundesregierung wird Finanzhilfen degressiv gestalten und grundsätzlich befristen. Die hinsichtlich der Wirksamkeit dieser Maßnahmen skeptische Beurteilung des Rates mit Blick auf Finanzhilfen für Investitionen von Ländern und Gemeinden (JG Tz 460) wird von der Bundesregierung nicht geteilt.

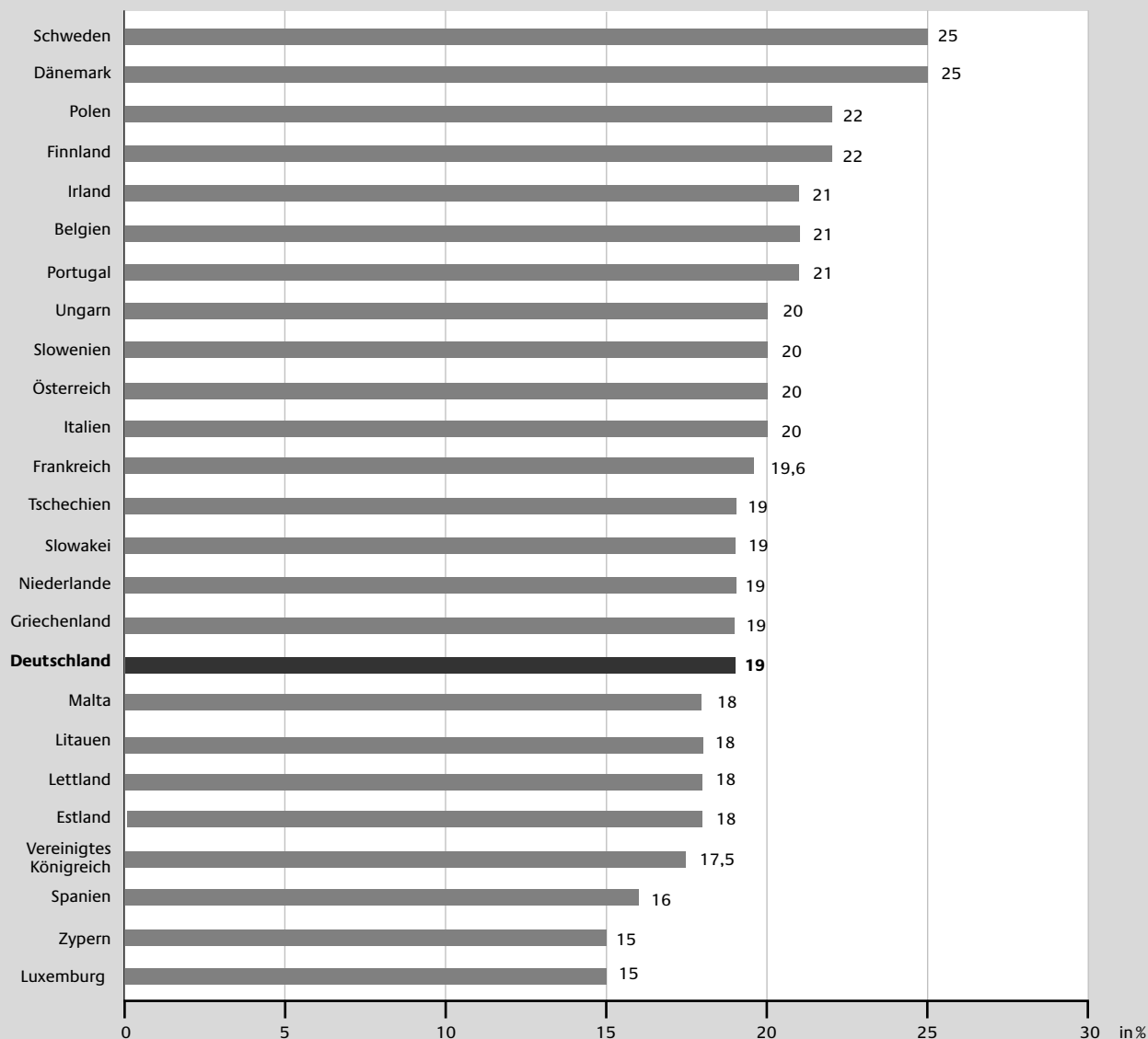
Die Bundesregierung hält am Aufbau Ost als gesamtwirtschaftliche Aufgabe fest. Im Interesse eines leistungsfähigen Wirtschaftsstandorts werden auch künftig in einigen Bereichen Subventionen und gezielte Fördermaßnahmen noch erforderlich sein (Solidarpakt II). Auch an der gezielten Regionalförderung zur Stärkung von Innovation, Wachstum und Beschäftigung in Deutschland hält die Bundesregierung fest. Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP) können dazu beitragen, öffentliche Haushalte zu entlasten. Insbesondere Ausgaben für Forschung, Entwicklung, Bildung und Innovationen entscheiden über die zukünftige Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft. Daher wird die Bundesregierung bis 2009 unter anderem rund

15 Mrd. € in strategisch wichtige Zukunftstechnologien investieren.

Allein durch die Fortsetzung der restriktiven Ausgabenpolitik der vergangenen Jahre und den Abbau von Steuervergünstigungen würde sich die verfassungsmäßige Regelgrenze der Neuverschuldung im Jahr 2007 nicht einhalten lassen. Die Erhöhung der Versicherungssteuer und des Regelsatzes der Umsatzsteuer waren daher unabdingbar (vgl. Abbildung 2). Die Steuerquote wird sich dadurch zwar leicht erhöhen, im internationalen Vergleich aber niedrig bleiben. Die

Abgabenquote bleibt trotz der Steuererhöhung mit rund 40 % in diesem Jahr auf dem Vorjahresniveau. Die Umsatzsteuersatzanhebung ist auch Teil einer Gesamtstrategie zur Verbesserung der Steuerstruktur. In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung mit der Unternehmen- und Erbschaftsteuerreform die steuerlichen Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit verbessern und wettbewerbsfähiger gestalten sowie Subventionen abbauen. Zusammen mit der Absenkung der Lohnzusatzkosten kann das Steuer- und Abgabensystem somit spürbar

Abbildung 2: Mehrwertsteuerregelsätze in der Europäischen Union im Jahr 2007 in Prozent



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

wachstumsfreundlicher gestaltet werden. Investitionen, neue Beschäftigung und der Standort Deutschland insgesamt werden attraktiver.

Mit der Föderalismusreform I wurde bereits ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem effizienten, handlungsfähigen föderalen Staatsaufbau getan (Neuordnung der Gesetzgebungskompetenzen, Abbau von Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern, Senkung der Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze). Mit der zweiten Stufe der Föderalismusreform will die Bundesregierung in einem weiteren Schritt die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern den veränderten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen anpassen und die Eigenverantwortung der Gebietskörperschaften mit Blick auf das Ziel tragfähiger Haushalte erhöhen. Zudem sollen die Grundlagen für eine effizientere Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Verwaltung geschaffen werden. Um Haushaltskrisen effektiver vorbeugen zu können, hat die

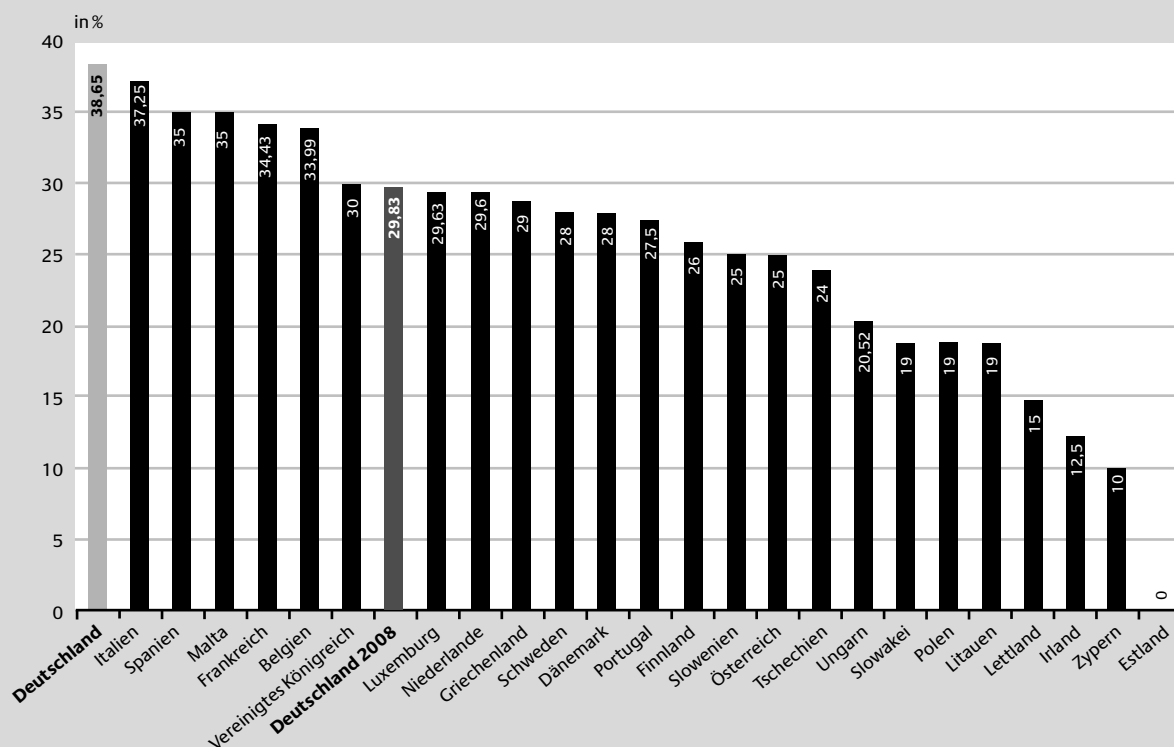
Bundesregierung den Rat beauftragt, bis März dieses Jahres eine Expertise zur Frage der Ausgestaltung eines „Frühwarnsystems“ zu erstellen.

4.2 Steuerpolitik

Unternehmensteuerreform

Auf globalen Märkten mit mobilen Produktionsfaktoren entscheidet die Steuerbelastung einer Investition zunehmend auch über die Attraktivität eines Standorts und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Deutschland ist insgesamt kein Hochsteuerland. Die Steuer- und Sozialabgabenquote liegt nach OECD-Berechnungen deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Dies gilt jedoch nicht für die tarifliche Belastung von Kapitalgesellschaften. Diese weist mit 38,65 % im europäischen Vergleich im Jahr 2006 den höchsten Wert auf (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Tarifliche Ertragsteuerbelastung von Kapitalgesellschaften in der EU
(Körperschaftsteuern, Gewerbeertragsteuern und vergleichbare andere Steuern des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften)



Die Bundesregierung wird durch eine Unternehmensteuerreform die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland verbessern. Die tarifliche Steuerbelastung der Kapitalgesellschaften wird auf unter 30 % gesenkt. Deutschland erreicht im EU-Vergleich damit einen Platz im Mittelfeld (vgl. Abbildung 3, S. 84). Wichtig ist zudem, dass die Personenunternehmen ebenfalls von der Reform profitieren werden. Auch dort wird die tarifliche Steuerbelastung auf einbehaltene Gewinne unter 30 % gesenkt. Für kleinere Unternehmen wird die Möglichkeit verbessert, zukünftiges Abschreibungspotenzial schon vor der geplanten Investition (Ansparabschreibung) gewinnmindernd geltend zu machen und somit die Liquidität der Unternehmen gestärkt. Die Hinzurechnung von Finanzierungskosten bei der Gewerbesteuer wird belastungsneutral umgestaltet und vereinfacht: Der Hinzurechnungsfaktor wird von 50 % auf 25 % gesenkt, dafür wird die Hinzurechnung auf alle Zinsen und Finanzierungsentgelte ausgeweitet. Für Finanzierungskosten wird erstma-

lig ein Freibetrag von 100 000 € eingeführt. Dadurch wird der Mittelstand in besonderer Weise von der Gewerbesteuer-Hinzurechnung entlastet. Die Unternehmensteuerreform ist ein deutliches Signal für inländische ebenso wie ausländische Investoren. Der Standort Deutschland wird noch attraktiver.

Auch der Rat (JG Tz 409 ff.) begrüßt die mit der Reform angestrebte Steuersatzsenkung auf unter 30 %. Damit werde Deutschland international wettbewerbsfähig. Kritisch merkt er allerdings an, dass es nicht wie angestrebt gelungen sei, das Steuersystem grundsätzlich zu überarbeiten und zu vereinfachen. Er lehnt u. a. aus diesem Grund die Thesaurierungslösung für Personenunternehmen ab. Die Bundesregierung hält ihren Reformansatz gleichwohl für den geeigneten Weg, Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften unabhängig von ihrer Rechtsform möglichst in gleichem Umfang zu besteuern.

Darüber hinaus sieht es der Rat als problematisch an, dass eine umfassende Gegenfinanzierung

Kasten 2: Kernelemente der Unternehmensteuerreform vom 1. Januar 2008

Die Bundesregierung verfolgt folgende Ziele:

- Mehr Steuergerechtigkeit: Unternehmen, die in Deutschland Steuern zahlen, werden entlastet. Gleichzeitig werden Steuergestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt.
- Rechtsformneutralität: Auf Ebene der Anteilseigner soll eine größtmögliche steuerliche Gleichbehandlung von Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften erreicht werden.
- Langfristige Sicherung von Einnahmen und Investitionskraft der Kommunen: Geprüft werden auch Maßnahmen gegen eine unangemessene Gewinnverlagerung durch Fremdfinanzierung und zur Verstärkung der kommunalen Finanzen.
- Haushaltsverträgliche Gestaltung: Ein Finanzierungsrahmen von 5 Mrd. € (volle Jahreswirkung ohne Gegenrechnung gesamtwirtschaftlicher Effekte) soll nicht überschritten werden.

Elemente der Reform:

- Der Körperschaftsteuersatz sinkt von 25 % auf 15 %.
- Die Gewerbesteuermesszahl sinkt von 5 % auf 3,5 %.
- Die steuerliche Gesamtbelastung der Körperschaften wird damit auf unter 30 % gesenkt.

- Die Gewerbesteuer wird anstatt mit dem 1,8-Fachen des Gewerbesteuermessbetrages mit dem 3,8-Fachen auf die Einkommensteuer angerechnet. Im Gegenzug hierzu entfällt der Betriebsausgabenabzug der Gewerbesteuer.
- Auch die Personengesellschaften werden von der Reform profitieren: Für Gewinne von Personenunternehmen gibt es ebenso eine Tarifiereduzierung auf knapp 30 %, soweit diese Gewinne im Unternehmen bleiben.
- Zusätzlich wird die Ansparabschreibung für kleine und mittlere Unternehmen mit § 7g EStG in einen Investitionsabzugsbetrag umgestaltet, um zielgenauer Investitionen zu fördern.
- Auf Kapitalerträge soll zum 1. Januar 2009 eine Abgeltungsteuer in Höhe von 25 % – beschränkt auf Zinsen und Dividendenerträge privater Kapitalanlagen und private Veräußerungsgewinne – eingeführt werden.
- Die Unternehmen sollen insgesamt um 5 Mrd. € (volle Jahreswirkung ohne Gegenrechnung gesamtwirtschaftlicher Effekte) entlastet werden.

der Reform geplant ist. Zu diesen Maßnahmen zählen z.B. die Gleichbehandlung aller Zinsen und Finanzierungsentgelte bei der Gewerbesteuerhinzurechnung oder die Eindämmung überhöhter Fremdfinanzierungen zu Lasten der Gewinne in deutschen Konzerngesellschaften (Zinsschranke). Ein völliger Verzicht auf die Gegenfinanzierung wäre nach Auffassung der Bundesregierung aus Haushaltssicht nicht vertretbar. Darüber hinaus dienen die meisten der vorgesehenen Maßnahmen auch dazu, Steuergestaltungen und Gewinnverlagerungen zu verhindern. Es handelt sich damit um zielgerichtete Maßnahmen, die dazu beitragen, dass in Deutschland erzielte Gewinne auch in Deutschland versteuert werden. Es kommt im Gesetzgebungsverfahren darauf an, diese Maßnahmen so investitionsfreundlich und praktikabel wie möglich zu gestalten.

Bei einem Entlastungsvolumen von lediglich 5 Mrd. € sollte nach Meinung des Rates nur der Körperschaftsteuersatz gesenkt und auf eine Gegenfinanzierung ganz verzichtet werden. Die Bundesregierung folgt diesem Vorschlag nicht. Die Senkung des Körperschaftsteuersatzes fiel dann wesentlich geringer aus. Die Unternehmen würden wie bisher versuchen, Erträge ins Ausland und Aufwendungen ins Inland zu verlagern. Eine Entlastung der vielen mittelständischen Personenunternehmen wäre nicht mehr möglich. Der Vorschlag des Rates erkennt diese bedeutenden strukturellen Aspekte und die ent-

scheidende internationale Signalwirkung eines wesentlich niedrigeren Körperschaftsteuersatzes.

Erbschaftsteuerreform

In den kommenden Jahren wird ein Generationenwechsel in der Unternehmensführung vieler mittelständischer Unternehmen stattfinden. An der Fortführung der Betriebe haben nicht nur die Unternehmen ein Interesse. Auch die Beschäftigten sind hiervon betroffen. Die Bundesregierung wird deshalb die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmensnachfolge verbessern. Die geplante Neuregelung soll gegenüber dem bisherigen Recht zielgenauer wirken und missbräuchliche steuerliche Gestaltungen und Mitnahmeeffekte verhindern.

Zur Frage der Erbschaftsteuerreform erneuert der Rat seine bereits im vergangenen Jahr (JG 2005/06, Tz 401 ff.) im Einzelnen dargelegte Haltung, wonach die vorgesehenen Maßnahmen nicht zielführend seien (JG Tz 409). Die Bundesregierung sieht dagegen in der Erleichterung des Betriebsübergangs ein wichtiges Signal an die meist mittelständischen Personenunternehmen in Deutschland. Sie erkennt damit vor allem die Notwendigkeit an, Vermögen und Eigenkapital in den mittelständischen Unternehmen zu halten. Das Ziel der Reform, Investitionen und Beschäftigung zu sichern, rechtfertigt die steuerliche Entlastung produktiv eingesetzter Unternehmervermögen. Deshalb wird diese Entlas-

Kasten 3: Kernelemente der Erbschaftsteuerreform

- Ab dem 1. Januar 2007 wird die auf produktiv eingesetztes Vermögen entfallende Erbschaft- und Schenkungsteuer über einen Zeitraum von zehn Jahren zinslos gestundet.
- Für jedes Jahr der Betriebsfortführung wird ein Zehntel davon erlassen.
- Kriterium für die Stundung bzw. den Erlass der Erbschaft- und Schenkungsteuer ist, dass der Betrieb insbesondere nach dem Umsatz, dem Auftragsvolumen, dem Betriebsvermögen und der Anzahl der Arbeitnehmer vergleichbar ist.
- Die neue Begünstigung soll nicht nur für innerdeutsches Vermögen gelten, sondern auch für begünstigtes Vermögen in den übrigen EU-Mitgliedstaaten und in den Staaten des europäischen Wirtschaftsraums.

tung auch an eine Fortführungsbedingung geknüpft. Der dabei gefundene Ansatz der Bundesregierung, dass die Unternehmen in einem nach dem Gesamtbild der wirtschaftlichen Verhältnisse vergleichbaren Umfang fortgeführt werden müssen, bietet ausreichend Flexibilität für unternehmerische Entscheidungen.

4.3 Finanzmärkte wettbewerbsfähig gestalten

Damit Wachstumspotenziale besser ausgeschöpft werden können, müssen die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Kapital stimmen. Dies erfordert die Stärkung des Vertrauens der Anleger durch Sicherstellung der Marktintegrität sowie eines angemessenen Verbraucherschutzniveaus. Die Bundesregierung wird daher die Finanzierungsmöglichkeiten der mittelständischen Unternehmen weiter verbessern. Sie trägt den gestiegenen Anforderungen der Banken an Kreditsicherheiten für den Mittelstand und den bei kleinteiligen Krediten überproportionalen Bearbeitungskosten Rechnung, z.B. durch eine Stärkung des Systems der Bürgschaftsbanken sowie durch eine Standardisierung von Mittelstandskrediten der KfW-Bankengruppe. Insbesondere junge und innovative Unternehmen haben oft Probleme, Wagniskapitalgeber für ihre Projekte zu finden. Um mehr Beteiligungskapital vor allem für diese Investitionen nach Deutschland zu bringen, wird

die Bundesregierung Deutschland als Standort für Beteiligungskapitalfonds stärken. Sie wird deshalb das bestehende Unternehmensbeteiligungsgesellschaftsgesetz (UBGG) zu einem Beteiligungsfinanzierungsgesetz fortentwickeln, das zusammen mit der Unternehmensteuerreform in Kraft treten soll.

Mit der gesetzlichen Regelung von börsennotierten Immobiliengesellschaften in Deutschland (REITs, Real Estate Investment Trusts) wird die Bundesregierung ein neues Instrument einführen, um die Immobilienwirtschaft zu professionalisieren sowie die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Finanz- und Immobilienstandorts zu verbessern. Auf internationaler Ebene wird die Bundesregierung im Rahmen ihrer G8-Präsidentschaft das Thema Hedge Fonds aufgreifen und die damit verbundenen Chancen und Risiken, vor allem für die internationale Finanzmarktstabilität, diskutieren. Dabei wird es insbesondere um die Frage gehen, welche Anforderungen an die Transparenz von Hedge Fonds zu stellen sind, um den potenziell von diesem Sektor ausgehenden systemischen Finanzmarktrisiken besser begegnen zu können.

4.4 Deutsche EU- und G8-Präsidentschaft

Die Bundesregierung wird im Rahmen ihrer diesjährigen EU-Ratspräsidentschaft Schwerpunkte auf die Stärkung der Innovationskräfte,

die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie, die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen sowie der Qualität der öffentlichen Haushalte, den Bürokratieabbau, die Energieversorgung und die weitere Finanzmarktintegration legen. Ziel ist es, durch die verschiedenen nationalen Reformansätze Synergieeffekte für ganz Europa zu erzielen. Gleiches gilt auch für die externen Wettbewerbschancen Europas auf den Weltmärkten, die die Bundesregierung gemeinsam mit den europäischen Partnern verbessern will. Gegenüber Entwicklungsländern, insbesondere den ärmsten Entwicklungsländern, hat die EU eine besondere Verantwortung. Daher achtet die Bundesregierung darauf, dass entwicklungspolitische Aspekte im Rahmen der Handelspolitik berücksichtigt werden.

Vorrangiges wirtschaftspolitisches Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft bleibt ein erfolgreicher Abschluss der WTO-Verhandlungen der Doha-Entwicklungsrunde, der alle Verhandlungsbereiche einschließt. Die Bundesregierung unterstützt darüber hinaus die Aufnahme von Verhandlungen über regionale und bilaterale Freihandelsabkommen mit wachstumsstarken Schwellenländern im asiatischen Raum wie z.B. Indien. Sie wird darauf hinarbeiten, dass möglichst noch während der deutschen Präsidentschaft Verhandlungsmandate verabschiedet und konkrete Verhandlungen aufgenommen werden.

Um die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen zu verbessern, strebt die Bundesregierung ferner die Stärkung der regulatorischen Zusammenarbeit – z.B. bei Normen und Standards – zwischen der EU und den USA an. Auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China

wird weiter ausgebaut und vertieft werden. Zudem sollen Verhandlungen zum Folgeabkommen des 2007 auslaufenden Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und Russland aufgenommen werden.

Die Bundesregierung wird die G8-Präsidentschaft in diesem Jahr nutzen, um die globale Verantwortung der großen Wirtschaftsnationen für eine wachstumsorientierte Politik einzufordern. Sie wird neue Impulse zur Weiterentwicklung des internationalen Ordnungsrahmens für den Handel, die Finanzmärkte und grenzüberschreitende Investitionen geben. Auch die soziale Dimension der Globalisierung bleibt ein wichtiger Gestaltungsauftrag. Dabei setzt die Bundesregierung weiterhin auf die hervorragende Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen. Sie unterstützt die laufenden Reformprozesse beim Internationalen Währungsfonds, bei der Weltbank und bei der OECD. Diese dienen dem Ziel, die Effizienz und den Wirkungsgrad dieser Institutionen mit Blick auf eine stabile, umweltgerechte und sozial ausgewogene Entwicklung der Weltwirtschaft zu fördern (vgl. Kasten 4, S. 89). Mit ihrer Politik trägt die Bundesregierung dazu bei, die Armut weltweit zu bekämpfen, Frieden zu sichern und Demokratie zu verwirklichen, die Globalisierung gerecht zu gestalten und die Umwelt zu schützen. Sie ist bestrebt, die Verpflichtung Deutschlands zur Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen des Stufenplans der EU umzusetzen, und leistet damit einen Beitrag zur Erfüllung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen und zur Stärkung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Kasten 4: Zentrale deutsche wirtschaftspolitische Handlungsfelder in der EU und auf internationaler Ebene

EU-Ratspräsidentschaft:

- Weiterentwicklung des Europäischen Binnenmarktes einschließlich Fortschritte für einen integrierten Markt für Finanzdienstleistungen.
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, u. a. durch industriepolitische Initiativen (z. B. Cars 21).
- Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung.
- Gewährleistung einer sicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieversorgung und Konkretisierung einer „Energiepolitik für Europa“.
- Verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen im Binnenmarkt sowie Betrugsbekämpfung.
- Verbesserte Qualität der öffentlichen Finanzen.
- Straffere und zielgerechte finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierungsverfahren in der auf 27 Mitgliedstaaten vergrößerten EU.

G8-Vorsitz:

Die deutsche G 8-Präsidentschaft 2007 wird unter dem Titel „Wachstum und Verantwortung“ die Schwerpunkte „Weltwirtschaft“ und „Afrika“ aufgreifen. Impulse zur Weiterentwicklung und Stärkung der Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft im Dialog der G 8 untereinander und mit den großen Schwellenländern sollen u. a. in folgenden Bereichen gesetzt werden:

- Abbau der globalen Ungleichgewichte, Stabilität und Transparenz der internationalen Finanzmärkte, Investitionen und Investitionsbedingungen;
- Innovation fördern – Innovationen schützen (Schutz geistigen Eigentums);
- Energieeffizienz, Klimaschutz, verantwortungsvoller Umgang mit Rohstoffen;
- Schwerpunktthema Afrika: nachhaltige Investitionen, „Gute Regierungsführung“, Frieden und Sicherheit, Gesundheitssystementwicklung sowie Bekämpfung von HIV/AIDS.



Das Elterngeld – Ein neues Instrument einer nachhaltigen Familienpolitik

1	Politikwechsel zu einer nachhaltigen Familienpolitik	91
2	Das Elterngeld	93
2.1	Ziele	93
2.2	Materielle Regelungen	93
2.3	Finanzvolumen	94
3	Ausblick – Wirksame finanzielle Förderung von Familien	94

- Mit dem neuen Instrument Elterngeld ist ein wichtiger Grundstein in der Neuausrichtung der Familienpolitik gelegt worden.
- Die traditionelle Familienpolitik ist geprägt durch den finanziellen Ausgleich der mit Kindern verbundenen finanziellen Lasten. Die neue Familienpolitik verbessert die Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung besonderer Situationen im Lebensverlauf.
- Das Elterngeld ist eine wichtige Investition in die Zukunft, da es wirksam Familien unterstützt und zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beiträgt.

1 Politikwechsel zu einer nachhaltigen Familienpolitik

In der letzten Legislaturperiode ist in der Familienpolitik ein Politikwechsel eingeleitet worden. Die Vorgängerregierung hat das Tagesbetreuungsausbaugesetz als wesentliches Element einer nachhaltigen Familienpolitik beschlossen. Als weiteren Schritt im Sinne des Konzepts einer nachhaltigen Familienpolitik hat die Große Koalition nun das Elterngeld eingeführt, das seit dem 1. Januar 2007 ausbezahlt wird.

Nachhaltige Familienpolitik bedeutet im Kern „Wirksamkeit“ mit Blick auf folgende Ziele:

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf; insbesondere Steigerung der Erwerbstätigkeit und der Erwerbsquote von Frauen,
- Steigerung der Geburtenrate,
- frühe Förderung von Kindern,
- Nachteilsausgleich zwischen verschiedenen Familientypen.

Der Perspektivwechsel zu einer nachhaltigen und wirksamen Familienpolitik wird insbesondere auch mit demografischen und volkswirtschaftlichen Argumenten begründet. Nachhaltige Familienpolitik ist darauf ausgerichtet, Familien zu unterstützen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern und dabei zu helfen, dass Lebensentwürfe mit Kindern realisiert werden können. Für die Gesellschaft ermöglicht das Leitbild der Nachhaltigkeit langfristig eine Entwicklung, die dauerhaft und zukunftssträchtig ist. Insbesondere mit Blick auf die demografische Entwicklung sowie auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern bestehen unmittelbare Anknüpfungspunkte zur langfristigen Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen.

Die traditionelle Familienpolitik hat sich bisher in erster Linie als soziale Ausgleichspolitik verstanden und sich fast ausschließlich mit finanziellen Transfers zum Ausgleich finanzieller Lasten begnügt. In einer aktuellen Bestandsaufnahme aller familien- und ehebezogenen Maßnahmen des Bundesministeriums für

Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurde ein Gesamtvolumen für das Jahr 2005 von ca. 184 Mrd. € ausgewiesen. Dieses auch im internationalen Vergleich hohe Finanzvolumen wird aber offensichtlich wenig effizient eingesetzt und ist zudem auch Ausdruck einer eher traditionellen Sichtweise von Familienpolitik. Die Familienpolitik als Bestandteil einer modernen und nachhaltigen Finanzpolitik muss dementsprechend die Rahmenbedingungen neu gestalten, um die Mittel zielgenauer einsetzen zu können. Diese „neue“ Sicht der Familienpolitik zeigt sich vor allem in einem ganzheitlichen Ansatz von Familien-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik.

Woran misst man aber erfolgreiche Familienpolitik?

Ein wichtiger Indikator ist die Entwicklung der Geburtenrate. Im Jahr 2005 wurden in Deutschland bei einer Geburtenrate von 1,36 Kindern je Frau 686 000 Kinder geboren. Das sind 20 000 Kinder weniger als in 2004. Damit liegt die Geburtenrate seit Jahren deutlich unterhalb der für die demografische Entwicklung stabilisierenden Rate von etwas mehr als 2 Kinder je Frau. Ein weiterer Indikator ist die Frauenerwerbsquote, hier befindet sich Deutschland im internationalen Vergleich lediglich im Mittelfeld. Die Frauenerwerbsquote nimmt insbesondere nach der Geburt des zweiten Kindes deutlich ab, was auch Rückschlüsse auf eine schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf zulässt. Im Bildungsbereich zeigen OECD-Studien, dass so stark wie in keinem anderen OECD-Land der Bildungsstand der Kinder in Deutschland von der sozialen Herkunft der Familie abhängt.

Die Entscheidungen für Lebensentwürfe mit oder ohne Familie und Kinder sind persönliche Entscheidung des Einzelnen. Einfluss soll und kann der Staat nur auf die Rahmenbedingungen, in denen diese Entscheidungen erfolgen, nehmen. Zur Umsetzung der Ziele einer nachhaltigen Familienpolitik stehen daher folgende Handlungsfelder im Vordergrund:

- Förderung der Infrastruktur für Familien,
- Schaffung von Rahmenbedingungen für mehr Zeit für Familien,
- Förderung der Familie durch finanzielle Rahmenbedingungen und Anreizstrukturen.

In diesem Sinne steht die Neugestaltung der Familienpolitik auch nicht in einem Spannungsfeld zur Konsolidierung der Finanzpolitik. Wenn das beträchtliche öffentliche Fördervolumen in der Familienpolitik effektiv und effizient eingesetzt wird, trägt die Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen auch zur langfristigen Konsolidierung bei. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Einführung des Elterngeldes.



2 Das Elterngeld

2.1 Ziele

In Deutschland haben sich die Bedingungen für die Gründung von Familien und das Leben mit Kindern gewandelt. Sie machen nicht nur insgesamt eine Neuausrichtung familienpolitischer Leistungen, sondern auch eine passgenaue und nachhaltige Absicherung von Eltern und Kindern in der Frühphase der Familie notwendig. Das bisherige Bundeserziehungsgeld hat für die Mehrzahl der Familien nicht zu einer nachhaltigen finanziellen Absicherung sowie für die Mütter und Väter nicht zu der beabsichtigten besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf geführt.

Familien steht dann am wenigsten Geld zur Verfügung, wenn die Kinder am kleinsten sind. Familiengründungen und die Erziehung von Kindern bewirken Einkommensbeschränkungen, die vor allem durch Erwerbsunterbrechungen verursacht sind. Dies trägt im Vergleich zu Lebensentwürfen ohne Kinder mit dazu bei, dass sich unaufholbare finanzielle Nachteile und Armutsrisiken entwickeln können. Eltern sind nicht frei darin, ihre Berufstätigkeit und ihr Familienleben so miteinander in Einklang zu bringen, wie sie es für notwendig und wünschenswert halten. Viele Familien sind heute langfristig auf zwei Einkommen angewiesen. Auch vor diesem Hintergrund schieben viele Paare die Familiengründung auf, bis es möglicherweise zu spät ist. Das durchschnittliche Lebensalter der Frau bei Geburt des ersten Kindes steigt beständig an und liegt bei verheirateten Müttern derzeit bei fast 30 Jahren.

Mit dem Gesetz zum Elterngeld, welches für ab dem 1. Januar 2007 geborene Kinder gilt, wurde ein Freiraum für junge Familien geschaffen. Junge Familien werden in der entscheidenden Phase nach der Geburt des Kindes unterstützt. Zum einen wird der Einkommensausfall der Eltern in dieser Phase kompensiert. Es hilft dabei, beiden Elternteilen auf Dauer ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern, und vermeidet so dauerhafte Einbußen mit der Gefahr einer Abhängigkeit von staatlichen Fürsorgeleistungen, es eröffnet Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf und fördert wirtschaftliche Selbststän-

digkeit. Zum anderen werden Anreize geschaffen, dass auch Väter einen Teil der Elternzeit übernehmen und Mütter in ihren Beruf zurückkehren (Partnermonate). Durch die Ausgestaltung als Lohnersatzleistung hängt die Übernahme der Erziehungsverantwortung nicht mehr in erster Linie davon ab, welcher Elternteil weniger verdient und somit die Elternzeit übernimmt. Zudem wird mit den zwei Partnermonaten ein Anreiz geschaffen, die Kindererziehung als gemeinschaftliche Aufgabe beider Elternteile zu begreifen. Eltern können wählen, wer in welchem Umfang und wann in der gesamten möglichen Bezugsdauer von 14 Monaten die Leistung in Anspruch nimmt.

Im Zusammenwirken mit dem Ausbau der Kinderbetreuung in allen Altersgruppen haben Eltern auch nach dem Bezug von Elterngeld die Möglichkeit, Kindererziehung und Berufstätigkeit miteinander zu verbinden.

Bis zum 1. Oktober 2008 berichtet die Bundesregierung dem Bundestag über die Auswirkungen und über ggfs. notwendige Weiterentwicklungen des Gesetzes. Schätzungen des Fraunhofer Instituts gehen von **365 000 Familien** aus, die vom Elterngeld profitieren, davon rd. 200 000 Familien mit Einkommen zwischen 30 000 und 60 000 € Jahreseinkommen.

2.2 Materielle Regelungen

- **Leistung:** 67 % des vorherigen Nettoeinkommens der Mütter/Väter bis zum Höchstbetrag von 1800 € monatlich; höherer Prozentsatz für Geringverdiener mit unter 1000 € monatlich (bis zu 100 %);
- **Mindestleistung:** 300 €; auch wenn vor der Geburt kein Einkommen aus Erwerbstätigkeit erzielt wurde;
- **Mehrlingsgeburten:** Erhöhung des Elterngeldes um je 300 € für das zweite und jedes weitere Kind;
- **Geschwisterbonus:** Erhöhung des Elterngeldes um 10 %, mindestens 75 €, soweit im Haushalt zwei Kinder unter drei Jahren bzw. drei Kinder oder mehr, die das sechste Lebensjahr nicht vollendet haben, leben;
- **Voraussetzung:** gemeinsamer Haushalt mit dem Kind; Betreuung und Erziehung des

Kindes durch das antragstellende Elternteil; keine oder keine volle Erwerbstätigkeit (wöchentliche durchschnittliche Arbeitszeit liegt unter 30 Stunden);

- **Bezugszeit:** zwölf Monate plus zwei Partnermonate, für Alleinerziehende 14 Monate; Eltern können abwechselnd oder gleichzeitig Elterngeld beziehen;
- keine **Anrechnung** auf Sozialleistungen bis 300 € Elterngeld;
- bisherige geschützte **Elternzeit** bis drei Jahre bleibt erhalten.

2.3 Finanzvolumen

Finanzvolumen

	2007	2008	2009
	in Mio. €		
Elterngeld	1 600	4 040	4 050
Erziehungsgeld	1 940	470	8
Mehreinnahmen aus Progressionsvorbehalt	0	– 34	– 98
Minderausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende	– 16	– 40	– 40
Nettoausgaben Bund	3 524	4 436	3 920
Entlastung Länder/Kommunen ¹	– 4	– 53	– 135
Nettoausgaben Öffentlicher Gesamthaushalt	3 520	4 380	3 778

¹ Durch Mehreinnahmen aus Progressionsvorbehalt sowie Minderausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende.

3 Ausblick – Wirksame finanzielle Förderung von Familien

Die Vielzahl und der Umfang familienpolitischer Leistungen in Deutschland haben bislang zu wenig befriedigenden Ergebnissen geführt. Gemessen an Indikatoren wie Geburtenrate, Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie, Armutsrisiko oder Bildungsniveau haben andere Staaten mit nicht mehr finanziellem Aufwand häufig bessere Ergebnisse erzielt. Dieses ist auch darauf zurückzuführen, dass in der deutschen Familienpolitik Einzelmaßnahmen nur selten auf ihre Gesamteffekte und deren Auswirkungen auf die ökonomische Gesamtsituation von Familien überprüft wurden. Aufgabe wird es sein, eine Ziel- und Wirkungsanalyse sämtlicher finanzieller Fördermaßnahmen für Familien durchzuführen. Dabei sind widersprüchliche Anreizwirkungen und ungünstige Verteilungen im Lebenslauf zu prüfen. Ziel ist es, mehr Transparenz und eine bessere Zielorientierung im Sinne einer nachhaltigen Familienpolitik zu erreichen. Das Elterngeld ist daher nur ein weiterer Baustein zur Umorientierung hin zu einer lebenslaufbezogenen Familienpolitik.

Das Elterngeld wird die jungen Familien in der Anfangsphase unterstützen. Es ist der erste Schritt, um die finanzielle Selbstständigkeit beider Elternteile zu ermöglichen. In der nachfolgenden Phase ist das adäquate und vielleicht auch wichtigste Angebot für Familien die Betreuungsinfrastruktur. Denn um weiterhin die finanzielle Selbstständigkeit beider Elternteile als möglichen Lebensentwurf zu realisieren, bedarf es einer qualitativ und quantitativ gut aufgestellten Kinderbetreuungsinfrastruktur. Die Betreuung sollte unabhängig vom Wohnort flächendeckend möglich und am Bedarf der Eltern ausgerichtet sein, sowohl hinsichtlich der Organisation (institutionelle Einrichtung oder Kindertagespflege) als auch der Betreuungszeiten. Daher ist das Ziel des Tagesausbaubetreuungsgesetzes, 230 000 weitere Betreuungsplätze bis 2010 zu schaffen, stringent umzusetzen, zumal den Ländern und Kommunen vom Bund ausreichend Mittel (ca. 1,5 Mrd. € jährlich) zur Verfügung gestellt werden. Das Zusammen-

spiel von Elterngeld und Kinderbetreuungsinfrastruktur zeigt, wie integrierte und nachhaltige Familienpolitik aussehen kann.

Die wichtigste Grundlage zur Bewältigung sowohl der gesellschaftlichen und speziell der ökonomischen Herausforderungen vor allem mit Blick auf die demografische Entwicklung ist das Humanvermögen einer Gesellschaft. Die Investitionen für und in das Humanvermögen sind Investitionen in die Zukunft. Die erheblichen finanziellen Mittel sind jedoch nur dann gut angelegt, wenn sie zielgerichtet und effizient eingesetzt werden. Eine Analyse der familienpolitischen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkungsweise und Effizienz insbesondere in ihren Wechselwirkungen mit anderen Maßnahmen ist Voraussetzung für die Nachhaltigkeit der Maßnahmen.

Daher hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zunächst eine umfassende Bestandsaufnahme der familien- und ehebezogenen Leistungen vorgenommen und am 15. Dezember 2006 den Katalog der

Leistungen vorgestellt, der als Grundlage für die weitere Effizienz- und Wirkungsanalyse dient. Es handelt sich um 153 Maßnahmen mit einem Finanzvolumen in Höhe von 184 Mrd. € jährlich, welches von den öffentlichen Haushalten und den Sozialversicherungssystemen aufgebracht wird, jedoch die öffentlichen Ausgaben für die Schulen nicht beinhaltet.

Die Bestandsaufnahme hat bereits deutlich zum Ausdruck gebracht, dass der Schwerpunkt der staatlichen Maßnahmen bei den Geldleistungen liegt. Im internationalen Vergleich ist der Anteil an öffentlichen Ausgaben für Dienstleistungen und Infrastruktur, gemessen an den familienpolitisch erfolgreichen Ländern, zu gering. Eine zielorientierte und nachhaltige Familienpolitik erfordert vor allem eine klare Prioritätensetzung hin zu mehr Dienstleistungen und Infrastruktur sowie eine zielgenaue Abstimmung von Geldleistungen und Dienstleistungen und Infrastruktur andererseits. Eine Ausweitung des finanziellen Gesamtrahmens ist dafür nicht erforderlich.



Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern

1	Überblick	97
2	China	98
3	Indien	100
4	Korea	102
5	Türkei	104
6	Russland	106
7	Ukraine	107
8	Argentinien	108
9	Brasilien	109
10	Mexiko	111
11	Südafrika	112

- In 2006 übertrafen Chinas Währungsreserven 1000 Mrd. US-Dollar.
- Lateinamerika wies im dritten Jahr in Folge eine robuste wirtschaftliche Entwicklung auf.
- Enorme Petrodollareinnahmen und Kapitalzuflüsse führten zu Rekordergebnis der russischen Zahlungsbilanz.
- Risikoaufschläge für US-Staatsanleihen sanken 2006 in den meisten Schwellenländern auf historisch niedriges Niveau.

1 Überblick

Die wirtschaftliche Entwicklung in den meisten Schwellenländern zeichnete sich in 2006 durch ein robustes Wirtschaftswachstum aus. Die Turbulenzen an den Finanzmärkten der Schwellenländer Mitte des Jahres haben schlussendlich keine tief greifenden Spuren hinterlassen.

Wachstumslokomotiven der Weltwirtschaft waren in 2006 und werden auch 2007 die asiatischen Volkswirtschaften, allen voran China und Indien sein. In der im September veröffentlichten Ausgabe des World Economic Outlook (WEO) erwartet der Internationale Währungsfonds (IWF) für Asien ein Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 8,3 % für 2006 und 8,2% für 2007. Insbesondere die Wirtschaftsnachrichten aus China ließen aufhorchen. So hat China Ende 2006 als erstes Land in der Welt die

Grenze von 1000 Mrd. US-Dollar Währungsreserven übertroffen. Darüber hinaus wurde der Börsengang der größten chinesischen Bank, der Industrial and Commercial Bank, mit einem Erlös von knapp 22 Mrd. US-Dollar zum größten Börsendebüt der Welt.

Die Konjunktur wies in Lateinamerika in 2006 mit einer realen Wachstumsrate von 4 3/4 % trotz der Finanzmarkturbulenzen im 1. Halbjahr einen weiterhin robusten Verlauf auf. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde durch das anhaltend günstige internationale Umfeld, die hohen Rohstoffpreise und die stetige Erholung der Binnennachfrage in den meisten Ländern gestützt. Leitzinssenkungen in Brasilien und in Mexiko haben die Investitionstätigkeit und die private Nachfrage in diesen Ländern zusätzlich stimuliert. Die im „Superwahljahr 2006“ befürchteten negativen wirtschaftlichen

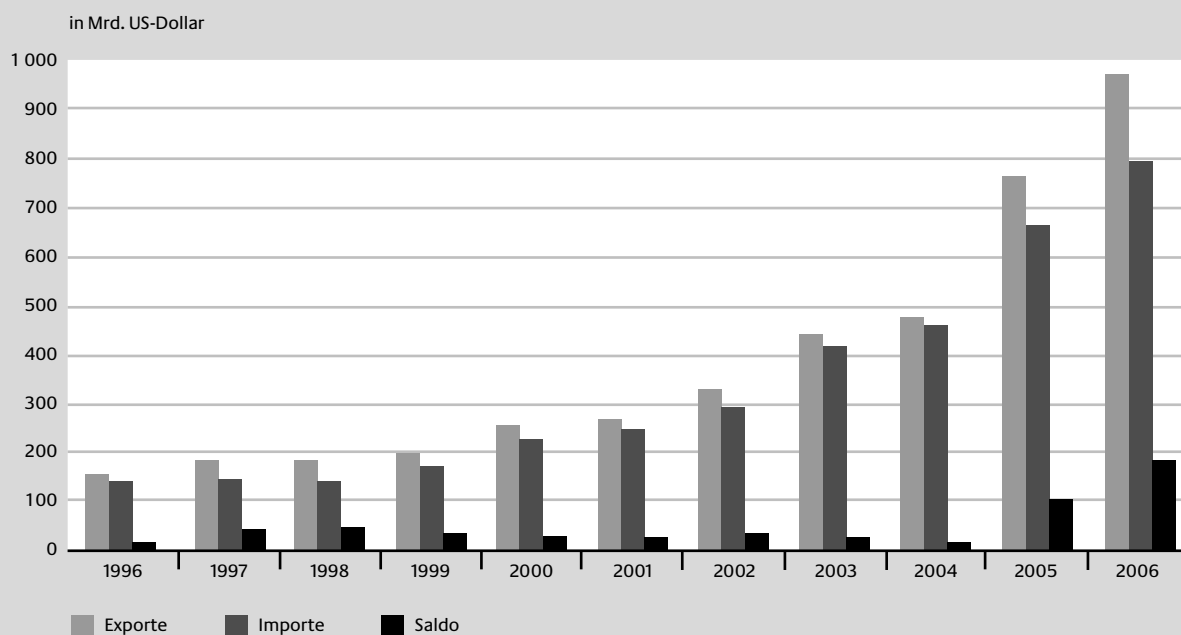
Auswirkungen (z.B. in Form von Wechselkurs-turbulenzen und Kapitalabflüssen) der in fast allen großen und vielen kleinen Staaten Latein-amerikas stattgefundenen Präsidentenwahlen sind nicht eingetreten.

In Russland war im Jahr 2006 eine Erhöhung des Wirtschaftswachstums von 6,4% auf ca. 7% bei einer erstmals einstelligen Inflationsrate (ca. 9 %) zu verzeichnen. Hohe Renditen, Rubelaufwertung und volle Konvertibilität der Landeswährung haben zu einem Rekordanstieg der privaten Netto-Kapitalzuflüsse auf 41,6 Mrd. US-Dollar geführt. Die Wirtschaftsentwicklung in der Ukraine ist 2006 trotz erheblich gestiegener Energiepreise und vor dem Hintergrund innenpolitischer Unsicherheiten überraschend robust ausgefallen. Das Wirtschaftswachstum erreichte ca. 6%.

2 China

Das chinesische Wirtschaftswachstum lag 2006 nach Angaben der chinesischen Statistikbehörde bei 10,7 % im Vergleich zum Vorjahr. Das Volumen des BIP ist danach auf 2680 Mrd. US-Dollar gestiegen. Zum Jahresende hin war eine leichte Abschwächung erkennbar. Dies dürfte überwiegend auf die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Investitionseindämmung in den von Überhitzung bedrohten Sektoren (vor allem Immobilienbereich) zurückzuführen sein. Angesichts des anhaltenden Wirtschafts- und vor allem Kreditwachstums hatte die chinesische Zentralbank bereits im August erneut die beiden Leitzinssätze um jeweils 27 Basispunkte erhöht, den Kreditsatz auf 6,12 %, den Einlagensatz auf 2,52 %. Mit Wirkung vom 15. Januar 2007 hat die chinesische Zentralbank eine weitere Erhöhung des Mindestreservesatzes für Geschäftsbanken um 50 Basispunkte erlassen. Damit erhöht sich der Satz für die Banken von 9 % auf 9,5 %. Ziel dieser vierten Erhöhung innerhalb von nur sieben Monaten ist die Eindämmung überschüssiger Liquidität, die überwiegend aus den hohen Handelszuflüssen resultiert.

Abbildung 1: Entwicklung der chinesischen Handelsbilanz von 1996 bis 2006



Quelle: PRC National Bureau of Statistics, China Monthly Economic Indicators; Ministry of Commerce.

Die Inflationsrate, die 2005 im Jahresdurchschnitt bei 1,8 % lag, ist im vergangenen Jahr weiter gesunken. 2006 lag sie im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bei durchschnittlich 1,4 %. Allerdings zeichnete sich am Ende des Jahres zum ersten Mal seit längerem wieder eine deutliche Beschleunigung ab. So erhöhte sich die Inflationsrate im November auf 1,9 % und im Dezember auf 2,8 %. Dies dürfte vor allem auf gestiegene Lebensmittelpreise zurückzuführen sein.

Die von der Zentralbank gesteuerte Aufwertung der Landeswährung Yuan setzte sich 2006 weiter fort. Ende 2006 betrug die Aufwertung gegenüber dem US-Dollar mehr als 3 %. Die Risikoaufschläge gegenüber amerikanischen Staatsanleihen gingen bis Dezember weiter zurück und beendeten das Jahr mit 51 Basispunkten deutlich unter dem Niveau vom Jahresbeginn (66 Basispunkte).

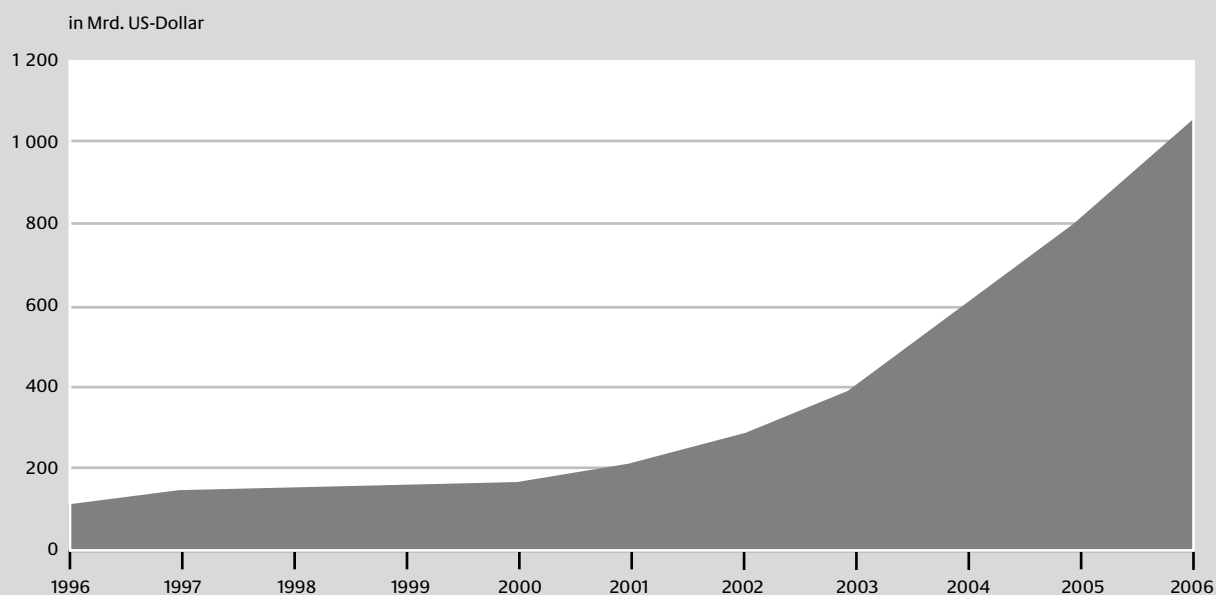
Das Handelsvolumen überschritt bereits im August den Wert von 1 Bio. US-Dollar und erreichte bis Ende Dezember 2006 gut 1760 Mrd. US-Dollar. Dabei standen Exporten von rund 969 Mrd. US-Dollar (+ 27,2 %) Importe von rund 792 Mrd. US-Dollar (+ 20 %) gegenüber; der Han-

delsbilanzüberschuss belief sich damit auf rund 177 Mrd. US-Dollar; dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 74 %. Inzwischen haben 66 Staaten China den Status der Marktwirtschaft zuerkannt, allerdings fehlen dabei die größten chinesischen Handelspartner wie EU, USA und Japan. Der Leistungsbilanzüberschuss Chinas dürfte bei 150 Mrd. US-Dollar zum Ende des Jahres 2006 gelegen haben.

Bereits seit Februar 2006 weist China den weltweit höchsten Bestand an Devisenreserven auf. Ende 2006 wurde die Marke von 1000 Mrd. US-Dollar (1066 Mrd. US-Dollar) überschritten. Die Währungsreserven haben sich damit innerhalb von nur fünf Jahren fast verfünffacht.

Die ausländischen Direktinvestitionen in China erreichten nach Angaben der chinesischen Regierung rund 63 Mrd. US-Dollar (ohne Investitionen im Finanzsektor). Die Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen sind damit gegenüber dem Vorjahrszeitraum (rund 61 Mrd. US-Dollar – ohne Investitionen im Finanzsektor) um rund 5 % angestiegen. Die chinesischen Direktinvestitionen im Ausland sind dagegen 2006 gegenüber dem Vorjahr um 32 % angestiegen und lagen bei gut 16 Mrd. US-Dollar.

Abbildung 2: Entwicklung der chinesischen Devisenreserven von 1996 bis 2006



Quelle: People's Bank of China.

Chinas Aktienmarkt war 2006 der erfolgreichste aller wichtigen Schwellenländermärkte. Am Jahresende lag der Aktienindex in Shanghai um gut 130 % über dem Wert zu Jahresbeginn.

Nach wie vor wird die Reform des Bankenwesens und des Finanzsektors von der chinesischen Regierung vorangetrieben, wobei der Entwicklung der vier großen Staatsbanken große Bedeutung zukommt. Drei der vier großen Staatsbanken (Bank of China – BoC, China Construction Bank – CCB, Industrial and Commercial Bank of China – ICBC) wurden in Aktiengesellschaften umgewandelt und an die Börse in Hongkong gebracht. Nach der CCB im Oktober 2005 und der BoC im Mai 2006 folgte im Oktober 2006 die ICBC, die größte chinesische Bank. Die ICBC, die ihren Börsengang parallel in Shanghai und Hongkong durchführte, erreichte ein Emissionsvolumen von knapp 22 Mrd. US-Dollar, davon rund 16 Mrd. US-Dollar in Hongkong. Dies war der bis dato größte Börsengang eines chinesischen Unternehmens und überhaupt weltweit. Wie die CCB und die BoC hat die ICBC aber nur einen Teil ihrer Aktien im Rahmen des Börsenganges verkauft. Bereits im Vorfeld waren bei diesen Banken strategische Investoren eingestiegen. Allerdings ist nach wie vor der chinesische Staat der größte Anteilseigner dieser Banken.

Am 11. Dezember 2006 hat China nach fünfjähriger Übergangszeit offiziell seinen Bankensektor für ausländische Banken entsprechend der WTO-Verpflichtung geöffnet. Bereits seit dem WTO-Beitritt des Landes im Jahre 2001 hatte China schrittweise zahlreiche Beschränkungen aufgehoben. Die bedeutendste aktuelle Veränderung betrifft die ausländischen Banken, die im Privatkundengeschäft tätig sind; diese können nun auch Privatkunden Darlehen in der Landeswährung anbieten, was ihnen bislang noch untersagt war.

3 Indien

Die wirtschaftliche Dynamik Indiens hat sich im 2. Quartal des Fiskaljahres 2006/2007 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum noch weiter beschleunigt. Mit einem Zuwachs von 9,2 % übertraf das BIP-Wachstum den Wert des 1. Quartals (8,9 %) nochmals. Von der Regierung wird ein Wachstum von 10 % für die Lösung der nach wie vor gravierenden Armutprobleme des Landes als notwendig erachtet. Der IWF, der im WEO (September 2006) noch von einem Wachstum von 8,3 % für 2006 und 7,3 % für 2007 ausging, hat die Wachstumserwartungen für 2006/2007 auf 8,9 % und für 2007/2008 auf 8,2 % angehoben.

Da sich das bisherige Inflationsziel der Zentralbank bereits Mitte 2006 vor allem wegen der hohen Energiepreise als unhaltbar erwiesen hat, hat die Zentralbank ein neues Ziel von 5 % vorgegeben. Ende September erreichte der maßgebliche Großhandelspreisindex diese Marke. Ende Oktober hat die Zentralbank auf die steigenden Preise mit einer Zinserhöhung reagiert. Sie erhöhte ihren kurzfristigen Ausleihesatz um 25 Basispunkte auf 7,25 %, der Satz für die kurzfristige Kreditaufnahme, der zuletzt im Juni erhöht worden war, blieb unverändert bei 6 %. Die Zentralbank war der Auffassung, dass Indiens Wirtschaft angesichts des robusten wirtschaftlichen Wachstums und der starken Kreditnachfrage erste Anzeichen von Überhitzung zeige, eine Meinung, die von der Regierung nicht geteilt wurde. Die Inflationsrate ist bis Anfang Januar weiter angestiegen (6,12 %) und liegt damit seit Oktober über der Obergrenze der Zentralbank von 5 %. Zur Eindämmung überschüssiger Liquidität hat die Zentralbank außerdem in zwei Schritten (Ende Dezember und Anfang Januar) den Mindestreservesatz für Geschäftsbanken um insgesamt 50 Basispunkte auf 5,5 % angehoben.

Zur Förderung spezieller Wachstumsbranchen hat die indische Zentralregierung die bereits vor einiger Zeit angekündigten 25 Sonderwirtschaftszonen nunmehr formell bestätigt, für 21 weitere Zonen wurde bereits eine prinzipielle Zustimmung bekundet. Die Sonderwirtschaftszonen sind teilweise auf einzelne Sektoren wie Biotechnologie, IT, Textilproduktion oder Pharmazie konzentriert, in anderen sind

Produktion und Logistik für vielfältige Produktionsformen auf engem Raum vereinigt.

Um die hohen Wachstumsraten dauerhaft erreichen zu können, sind außerdem vor allem massive Investitionen in die Infrastruktur des Landes notwendig, deren Zustand und mangelnder Ausbau sich immer mehr als Wachstumshindernis erweist. Nach Angaben der Regierung bedarf es hierfür in den nächsten fünf Jahren Infrastrukturinvestitionen in Höhe von mehr als 360 Mrd. US-Dollar. Die Umsetzung entsprechender Regierungspläne ist aber problematisch, da die Regierung einem zweiten wesentlichen Ziel, der Konsolidierung der Staatsfinanzen, ebenso hohe Priorität einräumt. Ziel der Regierung Singh ist die Reduzierung des Haushaltsdefizits auf 3,8 % des BIP im laufenden Haushaltsjahr (Ende März 2007). Um das Ziel zu erreichen, sollen die in der Regierungskoalition umstrittenen (insbesondere von den Kommunisten strikt abgelehnten) Verkäufe von staatlichen Anteilen an Unternehmen erneut auf die politische Agenda gebracht werden.

Die ausländischen Direktinvestitionen stiegen im laufenden Finanzjahr kräftig an. Im Zeitraum April bis Oktober waren es 7,4 Mrd. US-Dollar, womit schon fast das Volumen des Fiskaljahres 2005/2006 von 7,7 Mrd. US-Dollar erreicht ist. Ziel der Regierung für das gesamte Fiskaljahr sind 10 Mrd. US-Dollar an ausländischen Direktinvestitionen. Notwendig für eine dauerhafte Verbesserung der Leistungsbilanzposition Indiens dürfte vor allem eine weitere Verbesserung des Investitionsklimas, und hier insbesondere eine weitere Öffnung der indischen Volkswirtschaft für ausländische Investoren sein. In diesem Zusammenhang hat Indien allerdings Ende August gezeigt, dass es nach wie vor nicht bereit ist, seinen Finanzsektor weiter zu öffnen. Die indische Zentralbank verbot den staatlichen Invest-Holdings Temasek und GIC aus Singapur den Kauf weiterer Anteile an der ICICI-Bank, da beide Unternehmen in diesem Falle zusammen mehr als die laut Gesetz zulässigen 20 % an der Bank gehalten hätten.

Im Zeitraum April bis November stiegen die Exporte um 39,5 % auf rund 80 Mrd. US-Dollar und die Importe um 36,5 % auf rund 116 Mrd. US-Dollar. Das Außenhandelsdefizit liegt bei 36 Mrd. US-Dollar. Die indischen Devisenreser-

ven haben Ende Dezember mit 177,25 Mrd. US-Dollar einen neuen Rekordstand erreicht.

Mit der Übernahme des britisch-niederländischen Stahlkonzerns Corus durch die indische Tata Steel für 6,4 Mrd. € erlebte Indien die bislang größte Übernahme seiner Wirtschaftsgeschichte. Damit übernahm der indische Konzern (bislang Nr. 56 der Weltrangliste) die Kontrolle über den zweitgrößten europäischen Stahlkocher (bislang Nr. 8 der Weltrangliste). Binnen zwei Jahren ist das die zweite Übernahme eines europäischen Stahlkonzerns durch ein indisches Unternehmen. Zuvor hatte Mittal Steel die luxemburgische Arcelor übernommen und damit seinen Weltmarktanteil auf 10 % ausgeweitet.

0 0,0	3.516	10,5	3.030	9,1	1.969	5,9
0 0,0	3.516	10,5	3.181	9,2	2.088	5,9
0 0,0	3.730	10,8	3.362	9,5	2.236	6,1
0 0,0	3.920	11,1	3.519	9,6	2.382	6,3
0 0,0	3.254	8,9	3.535	9,3	2.511	6,4
0 0,0	3.492	9,2	3.640	9,3	2.587	6,4
0 0,0	3.612	9,3	3.750	9,3	2.625	6,2
0 0,0	3.850	9,6				

4 Korea

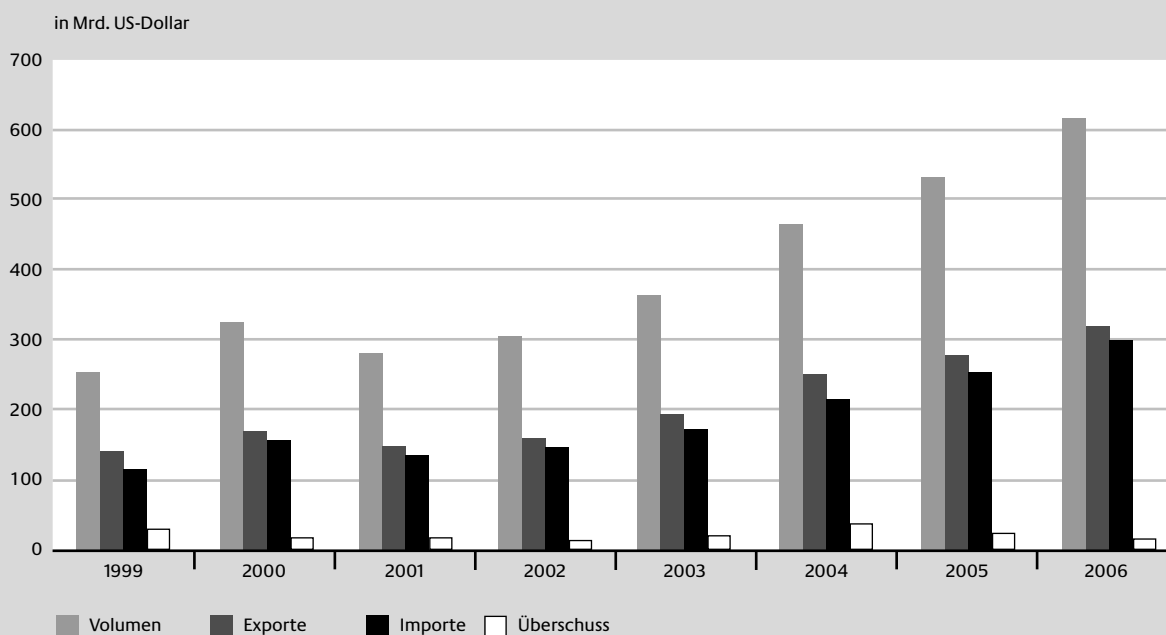
Die sich bereits Mitte des Jahres abzeichnende Verlangsamung des Wachstumstemplos hat sich im 3. Quartal mit 4,8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum fortgesetzt und dürfte auch in diesem Jahr anhalten. Das Wachstum betrug in den ersten drei Quartalen 2006 durchschnittlich 5,4 % im Vergleich zum Vorjahr. Für 2007 geht der IWF von 4,3 % Wachstum aus, die Regierung erwartet ein Wachstum von 4,4 % für 2007 und 4,8 % für 2008. Entscheidend für Koreas wirtschaftliche Entwicklung bleibt neben den politischen Risiken die Entwicklung in China und den USA, den beiden Hauptexportländern für südkoreanische Produkte.

Die für die koreanische Wirtschaft wichtigen Exporte wuchsen 2006 mit einer Rate von 14,6 %. Insgesamt betrugen die Exporte 2006 ca. 326 Mrd. US-Dollar. Im gleichen Zeitraum stiegen die Importe auch wegen hoher Energie- und Rohstoffpreise um 18,9 % auf ca. 309 Mrd. US-Dollar. Das Handelsvolumen lag bei ca. 635 Mrd. US-Dollar und der Handelsüberschuss betrug rund 15 Mrd. US-Dollar; der Vorjahreswert von über 30 Mrd. US-Dollar konnte damit bei weitem nicht

erreicht werden. Bereits Anfang Dezember übertrafen die Exporte die Marke von 300 Mrd. US-Dollar. Bisher haben weltweit nur zehn Länder ein Exportvolumen von mehr als 300 Mrd. US-Dollar erreicht, darunter die USA, Deutschland, Japan und China. Auf Grund der starken Exportzuwächse vor allem in den letzten Monaten des Jahres konnte auch die 2006 eher defizitäre Leistungsbilanz in ihr traditionelles Plus zurückfinden. Von Januar bis Oktober betrug der Leistungsbilanzüberschuss aber gerade mal 1,68 Mrd. US-Dollar; 2005 hatte der Überschuss noch bei knapp 15 Mrd. US-Dollar gelegen.

Nachdem sich der Preisauftrieb bis August deutlich auf 2,9 % im Vergleich zum Vorjahresmonat beschleunigt hatte, reagierte die Zentralbank auf die Entwicklung frühzeitig mit einer Leitzinserhöhung um 25 Basispunkte auf 4,5 % – ein Fünf-Jahres-Hoch. Da in den Folgemonaten die Inflationsentwicklung rückläufig war – im September, Oktober und November stiegen die Preise um 2,4 % bzw. 2,1 % und 2,2 % –, ließ die Zentralbank die Leitzinsen unverändert, wies aber auf die weiterhin latent bestehenden Preisrisiken hin. Unter Beobachtung stehen allerdings die Immobilienpreise, die wie in einigen

Abbildung 3: Entwicklung der koreanischen Handelsbilanz von 1999 bis 2006



anderen asiatischen Ländern im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs überdurchschnittlich angestiegen sind. Um das inländische Kreditwachstum einzudämmen, hat die Zentralbank zudem den Devisenmindestreservesatz für inländische Geschäftsbanken von bislang 5 % auf nunmehr 7 % angehoben.

Im Dezember 2006 hat das koreanische Parlament den Haushalt für 2007 in Höhe von rund 201 Bio. Won verabschiedet; dies stellt eine Steigerung von 5,1 % gegenüber dem Vorjahr dar. Der Haushalt setzt sich aus einem allgemeinen Haushalt in Höhe von 156,5 Bio. Won und einem Sonderhaushalt von 44,4 Bio. Won zusammen. Während dem allgemeinen Haushalt die Staatsausgaben der Ministerien zugeordnet sind, werden im Sonderhaushalt getrennt davon finanzierte Projekte wie z. B. der Straßenbau aufgeführt. Finanziert werden soll der Haushalt 2007 durch Steuereinnahmen in Höhe von 147,3 Bio. Won (+ 8,8 %), eine Neuverschuldung von 8 Bio. Won (– 14 %), einen Überschuss aus dem Vorjahr von 1,1 Bio. Won und sonstige Einnahmen von 44,5 Bio. Won. Die Neuverschuldung wäre damit relativ gering und die Staatsverschuldung würde ca. 292 Bio. Won – etwa 33 % des BIP – betragen. Durch die Aufteilung in einen offiziellen, einen Sonderhaushalt sowie zahlreiche nicht dem parlamentarischen Genehmigungsprozess unterworfenen anderen Staatsausgaben ist der Haushalt wenig transparent.

Die Landeswährung Won hat trotz der fortgesetzten Devisenmarktinterventionen der Zentralbank in 2006 um über 9 % gegenüber dem US-Dollar aufgewertet. Anfang Dezember erreichte der Won ein Neun-Jahres-Hoch. Allerdings dürfte jede weitere Aufwertung die stark vom Export abhängige koreanische Wirtschaft zusätzlich belasten. Als Folge der Devisenmarktinterventionen der Zentralbank stiegen die Währungsreserven des Landes bis Ende Dezember auf knapp 239 Mrd. US-Dollar an.

Die vereinbarten ausländischen Direktinvestitionen in Korea sanken 2006 gegenüber dem Vorjahr um 2,9 % auf gut 11 Mrd. US-Dollar. Damit sanken sie das zweite Jahr hintereinander. Ein Grund dafür war, dass die Übernahme der Großunternehmen von LG Card oder Daewoo Construction nicht von ausländischen Investoren, sondern von einheimischen Unternehmen

durchgeführt wurde. Des Weiteren ist die Dauer der Steuererleichterung für ausländische Unternehmen von zehn Jahren auf sieben Jahre reduziert worden. Negativ auf das Investitionsklima in Korea wirkte sich ein groß angelegter Steuerhinterziehungsprozess aus. Führende Manager des Investmentfonds Lone Star wurden unter dem Vorwurf der Steuerhinterziehung festgenommen und das Gericht versagte die Freilassung auf Kautions. Im Jahr 2003 hatte Lone Star die damals in Schwierigkeiten befindliche Korea Exchange Bank (KEB) für gut 1 Mrd. US-Dollar gekauft und sie 2006 für mehr als 7 Mrd. US-Dollar an die Kookmin-Bank, die größte koreanische Bank, weiterverkauft. Allerdings warf die Staatsanwaltschaft Lone Star Unregelmäßigkeiten bei Kauf der KEB vor. Daraufhin hat Lone Star den Verkauf einvernehmlich mit der Kookmin-Bank abgesagt.

5 Türkei

Nachdem die türkische Wirtschaft im 1. Quartal 2006 um 6,4 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gewachsen war, beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum im 2. Quartal auf 7,8 %, ließ aber im 3. Quartal mit 3,4 % deutlich nach. Der IWF (WEO September 2006) hat seine Prognose für das Jahr 2006 von 6 % deutlich auf 5 % zurückgenommen. Für 2007 prognostiziert der IWF unverändert ein Wachstum von 5 %.

Wegen einer Reihe derzeit weiterhin ungeklärter Probleme (vor allem die Zypernfrage) wurden die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei in einigen Bereichen durch die EU suspendiert, was sich negativ auf die Finanzmärkte auswirkte. Der Aktienmarkt verbuchte nach hohem Gewinn im Oktober im November gegen den allgemeinen Trend einen Verlust von fast 6 %. Zwar konnten im Dezember wieder leichte Gewinne verbucht werden, aber die Jahresbilanz blieb im negativen Bereich (–1,66 %). Der türkische Aktienmarkt war damit der einzige unter den wichtigen Schwellenländermärkten, der ein negatives Jahresergebnis aufwies.

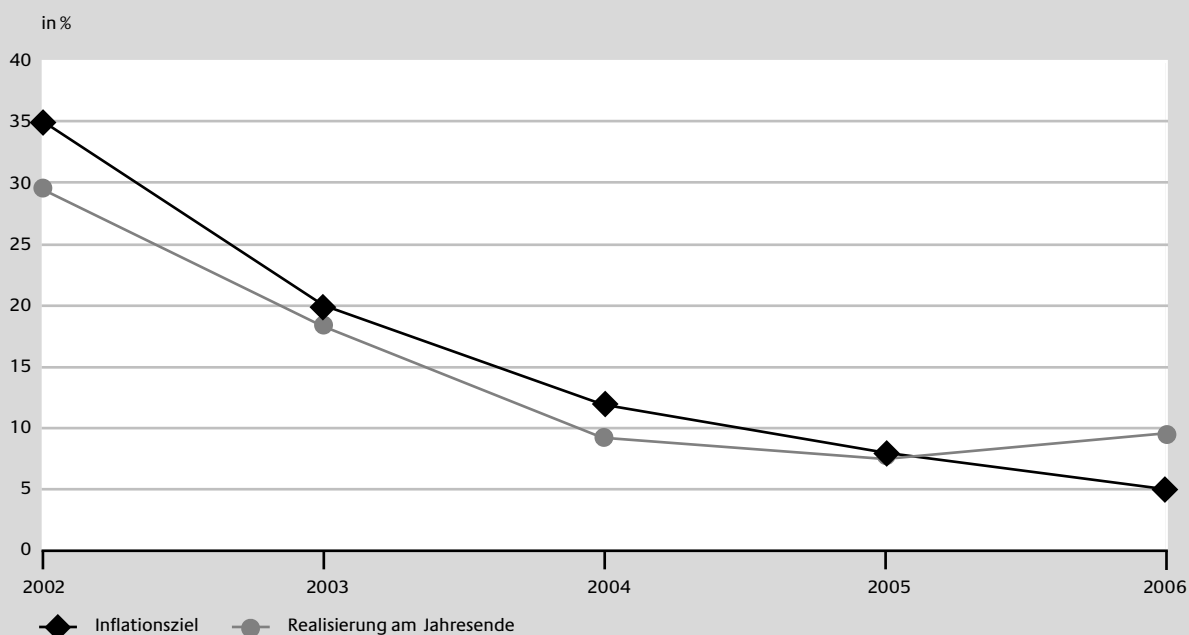
Konnte die Türkei in den Vorjahren das gesteckte Inflationsziel immer erreichen, so gelang

ihr dies 2006 nicht. Statt der angestrebten 5 % lag die Inflationsrate am Ende des Jahres bei 9,65 %. Bereits seit den Währungsturbulenzen im Mai und Juni des vergangenen Jahres zeichnete sich ab, dass das ursprüngliche Ziel nicht erreicht werden würde.

Die Zentralbank hat aufgrund des zu Jahresende hin leicht nachlassenden Preisdrucks seit Juli die Leitzinsen unverändert bei 17,5 % belassen. Allerdings betont die Zentralbank gleichwohl ein Festhalten an der tendenziell strafferen Geldpolitik und sieht als Hauptrisiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes den weiterhin hohen Inflationsdruck, insbesondere bei den Dienstleistungspreisen, sowie Unsicherheiten in der weltwirtschaftlichen Entwicklung.

Die türkische Außenwirtschaft ist stark mit der EU verflochten. Das gesamte Außenhandelsvolumen betrug von Januar bis November 2006 rund 202 Mrd. US-Dollar, wovon allein fast 89 Mrd. US-Dollar auf den Warenverkehr zwischen der Türkei und der EU entfallen. Allerdings werden Russland, Iran und China als Außenhandels- bzw. Importpartner immer wichtiger. Obwohl die türkische Währung (Neue Türkische Lira – YTL) in den letzten Monaten aufgewertet hat, ist der Export weiter gestiegen. So stiegen

Abbildung 4: Inflationsziel und Realisierung in der Türkei 2002 bis 2006



Quelle: Central Bank of the Republic of Turkey.

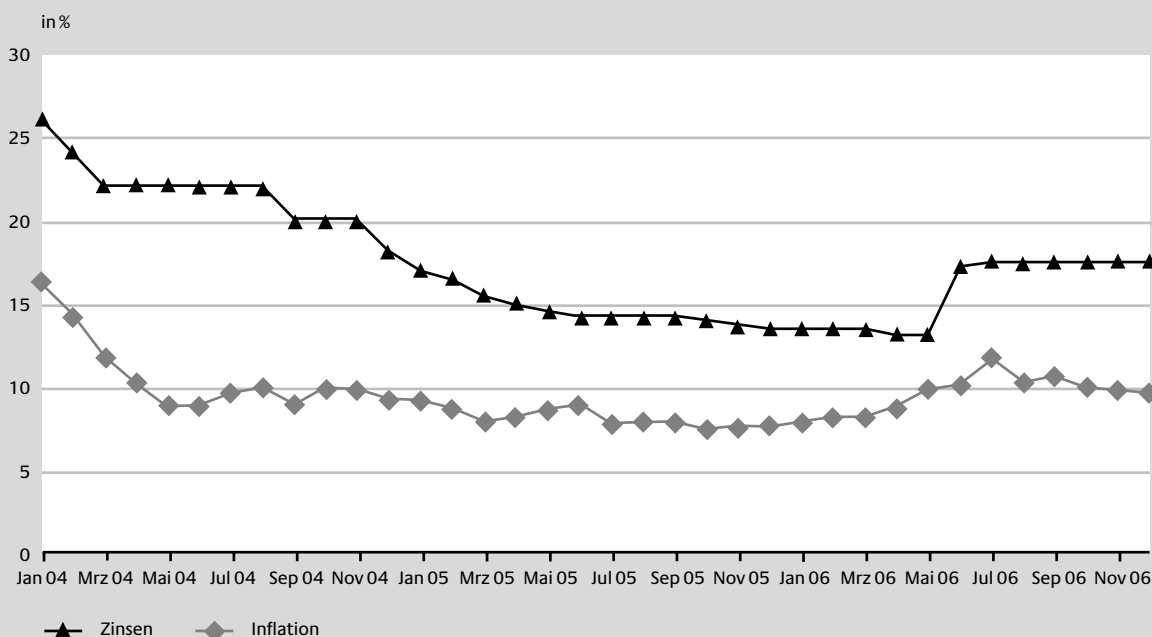
nach Angaben des Türkischen Instituts für Statistik die Ausfuhren im November im Vergleich zum Vorjahr um 43 % auf 8,5 Mrd. US-Dollar. Der Import nahm im gleichen Zeitraum ebenfalls um 31 % auf 12,7 Mrd. US-Dollar zu. Das Außenhandelsdefizit verzeichnete einen Anstieg von 13 %. In den ersten elf Monaten 2006 belief sich das Außenhandelsdefizit auf insgesamt 48,7 Mrd. US-Dollar, ein Anstieg um 25 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Dieses Außenhandelsdefizit belastet die Leistungsbilanz, so dass die türkische Wirtschaft besonders anfällig für Wechselkursturbulenzen ist. Das türkische Leistungsbilanzdefizit stieg im November erneut an und erreichte für den Zeitraum Januar bis November ein Volumen von 29,9 Mrd. US-Dollar, dies entspricht einer Steigerung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 54 %. Ende Dezember 2006 dürfte es ein Volumen von etwa 33,5 Mrd. US-Dollar oder 8,5 % bis 8,6 % des BIP erreicht haben. Trotz der negativen Rückwirkungen insbesondere auf die Landeswährung sind die meisten Analysten weiterhin kaum beunruhigt über die Höhe des Leistungsbilanzdefizits, da im Gegenzug die in diesem Jahr stark angewachsenen ausländischen Direktinvestitionen einen erheblichen Teil des Defizits finanzie-

ren. Die ausländischen Direktinvestitionen betrugen in den ersten elf Monaten 2006 rund 16 Mrd. US-Dollar. Für das Jahr 2007 erwartet die Regierung einen Zustrom von ausländischen Direktinvestitionen von rund 20 Mrd. US-Dollar. Zudem verfügte die Türkei Ende 2006 über Währungsreserven von etwa 63 Mrd. US-Dollar.

Ende Dezember 2006 wurde der Haushalt für 2007 vom Parlament verabschiedet. Der Haushaltsplan sieht für das Jahr 2007 im Vergleich zum Vorjahresbudget einen Anstieg der Staatsausgaben um fast 17 % und eine Erhöhung der Staatseinnahmen um 9,3 % vor und weist ein Defizit von 16,8 Mrd. YTL bei einer angestrebten Inflation von 4 % und einer realen BSP-Wachstumserwartung von 5 % auf. Fast ein Viertel der Gesamtausgaben entfällt auf die Zinszahlungen für die Staatsschulden. Des Weiteren ist im Haushaltsplan auch eine Erhöhung der Gehälter der Beamten im öffentlichen Dienst von jeweils 4 % (bei niedriger Gehaltsstufe) bzw. 3 % (bei höherer Gehaltsstufe) pro Halbjahr vorgesehen. Darüber hinaus ist für Januar 2007 eine Anpassung der Gehälter an die Jahresinflation von 2006 vorgesehen.

Der IWF, mit dem die Türkei ein laufendes Beistandsabkommen von 10 Mrd. US-Dollar

Abbildung 5: Inflations- und Zinsentwicklung in der Türkei seit Januar 2004



Quelle: Central Bank of the Republic of Turkey.

unterhält, hatte sich im Vorfeld mit Blick auf die geplanten Mehrausgaben mit deutlicher Kritik an den Entwicklungen in der Finanzpolitik geäußert. Die türkische Regierung hatte zwar den Haushaltsentwurf nach der IWF-Kritik leicht revidiert, der Ausgabenansatz bleibt aber weiterhin deutlich höher als im laufenden Haushaltsjahr. Ermutigt zu diesen Maßnahmen sah sich die Regierung durch die deutlich verbesserte finanzielle Situation. Das mit dem IWF vereinbarte Ziel für den Primärüberschuss (Budgetsaldo vor Schuldzinszahlungen) von 6,5 % wird nach aktuellen Schätzungen mit 7,2 % des BIP klar übererfüllt. Der IWF hat im Dezember die verschobene fünfte Überprüfung des laufenden Beistandsabkommens abgeschlossen. Dies ermöglicht der Türkei den Zugang zu einer weiteren Tranche von 1,1 Mrd. US-Dollar.

6 Russland

Die wirtschaftliche Lage Russlands hat sich 2006 weiter verbessert. Nach der leichten Abschwächung in 2005 zeichnet sich für das Jahr 2006 wieder eine Aufwärtsbewegung des realen Wirtschaftswachstums in Richtung 7%-Marke ab. Ein Hauptwachstumsträger bleibt die weiter expandierende Binnennachfrage. Der Zuwachs beim real verfügbaren Einkommen der Bevölkerung in Höhe von ca. 11,5 % ging einher mit einem Wachstum des Einzelhandels um ca. 13 %. Die Anlageinvestitionen erhöhten sich um ca. 12 %. Die Arbeitslosigkeit lag landesweit stabil bei 7,5 %; in den Metropolen wie Moskau oder St. Petersburg liegt sie statistisch noch bei 0,2 %, de facto herrscht dort Arbeitskräftemangel.

Eine wesentliche Unterstützung des Wirtschaftswachstums erfolgte auch 2006 durch den Außenbeitrag. Zu dem Rekordergebnis der Zahlungsbilanz trugen sowohl die Leistungs- als auch die Kapitalbilanz bei. Als deren Saldo erhöhten sich die Währungsreserven nach vorläufigen Angaben der Zentralbank um 107,5 Mrd. US-Dollar. Mit über 300 Mrd. US-Dollar verfügt Russland (nach China und Japan) mittlerweile über die drittgrößten Gold- und Devisenreserven der Welt. Die Einnahmen aus den Öl- und Gasexporten in Höhe von 191,5 Mrd. US-Dollar dominierten mit einem Warenexportanteil von 63,3 % weiterhin die Handelsbilanz. Die Kapitalbilanz wies trotz vorzeitiger Schuldentrückzahlung an den Pariser Club in Höhe von 22,3 Mrd. US-Dollar erstmalig seit 1991 wieder einen Überschuss aus, und zwar 14,5 Mrd. US-Dollar nach einem Minus von 10,5 Mrd. US-Dollar im Vorjahr. Der private Netto-Kapitalzufluss betrug 41,6 Mrd. US-Dollar (2005: 1,1 Mrd. US-Dollar). Die Direktinvestitionen stiegen dabei von 12,8 Mrd. US-Dollar auf 31 Mrd. US-Dollar an.

Die wichtigsten makroökonomischen Herausforderungen für die russische Regierung bleiben, Rubelaufwertung und Inflation besser in den Griff zu bekommen, auch um die dringend erforderliche Diversifizierung der rohstofflastigen inländischen Wirtschaft voranzubringen. Der Rubel erreichte im Jahr 2006 nach einer ca. 9%igen Aufwertung seinen höchsten Stand gegenüber dem US-Dollar seit sieben Jahren. Die Inflationsrate fiel mit ca. 9 % zwar erstmalig ein-

stellig aus. Von dem mittelfristig angepeilten Inflationsziel (5,5 %) ist man jedoch noch weit entfernt. Hauptursache für die hohe Inflation war in erster Linie das weiterhin starke Geldmengenwachstum (32,6 % bis Anfang Dezember), hauptsächlich gespeist durch den Ankauf von Devisen aus Exporterlösen durch die Zentralbank. Ohne die Umleitung eines großen Teils der Petrodollar-Zuflüsse in den Stabilisierungsfonds wäre das Geldmengenwachstum jedoch noch höher ausgefallen.

Im Finanzbereich bemüht sich die russische Regierung mit zwei Initiativen um die Reformierung des Börsenwesens sowie des Bankensektors. Mit der „Strategie für die Entwicklung des russischen Finanzmarktes in den Jahren 2006 bis 2008“ werden folgende Ziele verfolgt: Verbesserung der Börsen-Infrastruktur, Erweiterung der Anlagemöglichkeiten der institutionellen Anleger und verbesserten Investorenschutz. Bei der „mittelfristigen Bankensektor-Strategie“ steht die Einführung von mehr risikoadäquaten Eigenkapitalvorschriften im Mittelpunkt. Dazu soll ab dem Jahre 2008 schrittweise das Basel-II-Regelwerk eingeführt werden. Beide Reformvorhaben unterstützt das Bundesministerium der Finanzen im Rahmen der deutsch-russischen Strategischen Arbeitsgruppe.

7 Ukraine

Politisch war das Jahr 2006 für die Ukraine gekennzeichnet durch den schwelenden Machtkampf zwischen dem durch die Wahlniederlage seiner Partei geschwächten Präsidenten Juschtschenko und dem stärker werdenden Ministerpräsidenten Janukowytsch. Wirtschaftlich fielen die insgesamt um ca. 90 % gestiegenen Energiepreise maßgeblich ins Gewicht. Dennoch konnte ein erstaunlich robustes Wirtschaftswachstum verzeichnet werden, das sich nach vorläufigen Zahlen von 2,6 % im Vorjahr auf ca. 6 % erhöht hat.

Externen Beobachtern zufolge beruhte diese Entwicklung jedoch nicht auf dauerhaften Grundlagen. Die um ca. 13 % angewachsenen Exporteinnahmen sind hauptsächlich den unerwartet stark gestiegenen Stahlpreisen zu verdanken. Die weiterhin boomende Inlandsnachfrage mit einem Wachstumswert von ca. 9,6 % ist zu einem großen Teil durch Konsumentenkredite finanziert. Bei den ebenfalls stark gestiegenen Anlageinvestitionen (16 % in den ersten neun Monaten) handelte es sich größtenteils um staatliche Investitionen in die Infrastruktur und nur zu einem geringeren Teil um private Engagements. Dagegen haben die um 65 % erhöhten Importgaspreise maßgeblich zu einer negativen Leistungsbilanz geführt, was wegen der weiterhin hohen Energiepreise voraussichtlich auch in den Folgejahren so bleiben wird.



Deswegen ist bereits 2007 wieder mit einer Abschwächung des Wachstums auf bestenfalls 4,5 % (IWF-Prognose) zu rechnen. Die Inflationsrate, die sich 2006 nur leicht auf 11,6 % ermäßigte, dürfte 2007 wieder auf einen Wert um die 13 % ansteigen, wenn die gestiegenen Energiepreise

nicht mehr wie im Jahr 2006 nur verzögert an die Verbraucher weitergegeben werden.

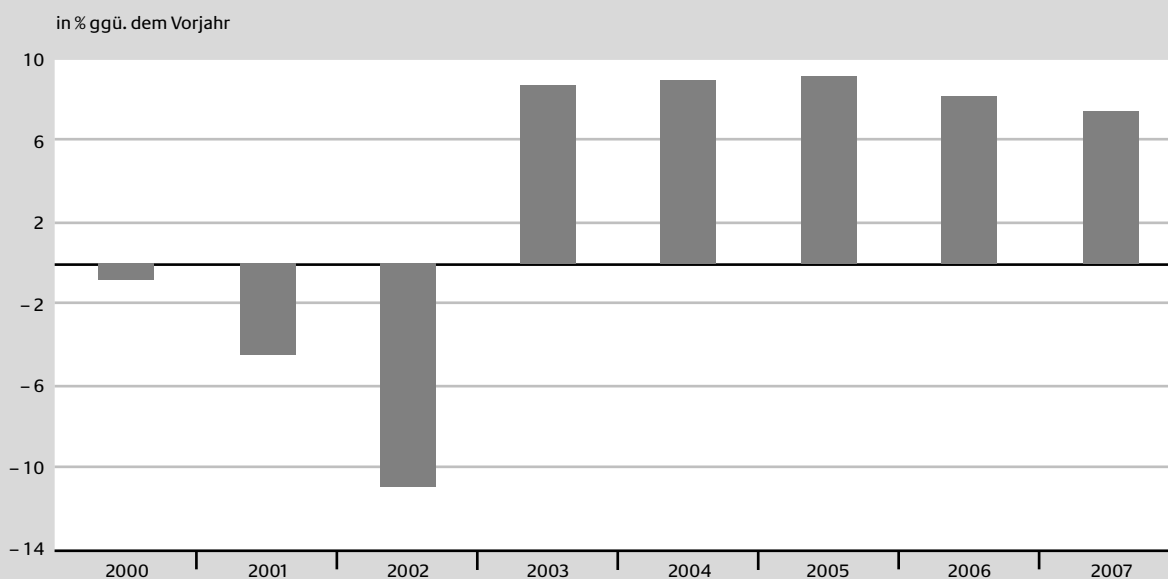
Zur Sicherung eines stabilen Wachstums auf längere Sicht wird die politische Führung daher nicht umhin können, die notwendigen marktwirtschaftlichen Reformen konsequenter als bisher umzusetzen, insbesondere bürokratische Investitionshemmnisse abzubauen, den chronisch defizitären staatlichen Rentenfonds auf tragfähigere Kalkulationsgrundlagen zu stellen, eine größere Flexibilität des Wechselkurses der de facto an den US-Dollar gebundenen Landeswährung Hrivnia zuzulassen sowie die Bankenaufsicht auf einen mehr risikoorientierten Ansatz auszurichten.

8 Argentinien

Im Jahr 2006 war die makroökonomische Situation in Argentinien durch eine weiterhin stabile wirtschaftliche Entwicklung gekennzeichnet. Allerdings trat eine leichte Abschwächung des realen Wirtschaftswachstums ein. Nach vorläufigen Angaben liegt das reale Wirtschaftswachstum im Gesamtjahr 2006 bei 8,5 % nach 9,2 % in 2005. Für 2007 wird mit einem weiteren leichten Rückgang des Wirtschaftswachstums auf 7,5 % (IWF im WEO September 2006: 6 %) gerechnet. Risiken der argentinischen Wirtschaft sind zunehmende Kapazitätsengpässe, unter anderem in der Stromwirtschaft, und das aufgeheizte Inflationsklima.

Das starke Wachstum wirkte sich positiv auf den argentinischen Staatshaushalt aus. Der Primärüberschuss (Budgetsaldo vor Zinszahlungen) betrug im Haushaltsjahr 2006 angesichts hoher Steuereinnahmen und trotz der stark steigenden Staatsausgaben 3,6 % des BIP. Aufgrund der guten fiskalischen Entwicklung hat die argentinische Regierung Anfang Januar 2006 – wie zuvor Brasilien – die gesamten noch ausstehenden Verbindlichkeiten beim IWF in Höhe

Abbildung 6: Entwicklung des reales Bruttoinlandsproduktes in Argentinien von 2000 bis 2007



Quelle: Internationaler Währungsfonds (2006 und 2007 Schätzung).

von 9,5 Mrd. US-Dollar getilgt. Die Rückzahlung erfolgte u. a. durch den Abbau von Währungsreserven (Bestand am Jahresende 2006: 32 Mrd. US-Dollar) sowie durch den Verkauf bzw. die Emission von Staatspapieren an bzw. zusammen mit Venezuela.

Im Jahr 2006 lag die Inflation bei 9,8 % nach 9,6 % in 2005. Zu der hohen Geldentwertung trugen vor allem Lohnerhöhungen von rund 17 % seit Jahresbeginn bei. Hinzu kommen der starke Binnenkonsum, mit dem die inländische Güterproduktion nicht Schritt halten kann, die Anhebung administrativer Preise sowie eine expansive Fiskalpolitik in Kombination mit einer lockeren Geldpolitik. Ohne die von der argentinischen Regierung durchgeführten Preiskontrollen wäre die Teuerungsrate im Jahr 2006 vermutlich noch höher ausgefallen. Auch in diesem Jahr wird eine einstellige Inflationsrate angestrebt. Damit sind in 2007 weitere Maßnahmen zur Festsetzung der Preise zu erwarten.

Der Handelsbilanzüberschuss erreichte im Jahr 2006 rund 14 Mrd. US-Dollar. Dies bedeutet eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um rund 20 %. Die Ausfuhren lagen um gut 17 % über dem Vorjahresstand. Die Importe stiegen um knapp 15 %. Die Nachfrage aus China gewinnt für die argentinische Produktpalette (Soja, Nahrungs- und Genussmittel, Industrieprodukte) zunehmend an Bedeutung. Dies dürfte den argentinischen Export in den nächsten Jahren weiter unterstützen.

Der argentinische Finanzmarkt hat wie in den meisten anderen Schwellenländern auch den Einbruch im Mai 2006 gut überwunden. Der argentinische Börsenindex Buenos Aires Merval notierte zum Jahresende bei knapp unter 2100 Punkten. Er lag damit um rund 35 ½ % über dem Stand zum Jahresende 2005. Der Risikoaufschlag argentinischer Anleihen weist mit einem Rückgang von rund 280 Basispunkten im Jahresverlauf 2006 die beste Entwicklung aller Schwellenländer auf. Der Risikoaufschlag lag mit 216 Basispunkten zum Jahresende nur noch geringfügig über dem türkischer Papiere (29. Dezember 2006: 207 Basispunkte). Im Jahresverlauf hat der argentinische Peso gegenüber dem US-Dollar um rund 1,5 % abgewertet. Er notierte am 29. Dezember 2006 mit 3,07 Peso/US-Dollar.

9 Brasilien

Im Jahr 2006 hat sich die brasilianische Wirtschaft verhalten positiv entwickelt. Mit einem realen Wachstum von 2,8 % in 2006 wurde die vom IWF prognostizierte und im Vergleich zu anderen Ländern der Region ohnehin schon niedrige Wachstumsrate von 3,6 % (WEO September 2006) nochmals unterschritten. Getragen wurde das Wachstum vor allem vom privaten Konsum und von den Investitionen. Für das Jahr 2007 erwartet der IWF einen Anstieg des realen Wirtschaftswachstums in Brasilien auf 4 %.

Der hohe und stabile brasilianische Außenhandelsüberschuss von – nach vorläufigen Angaben – gut 45 Mrd. US-Dollar trug im Jahr 2006 wie schon im Vorjahr maßgeblich zur Aufwertung der brasilianischen Währung Real bei. In 2006 stieg der Außenwert des Real gegenüber dem US-Dollar um 9 %. Hohe Exporte waren insbesondere im Rohstoffsektor zu verzeichnen, d. h. vor allem bei landwirtschaftlichen Produkten und Mineralien. Dagegen dämpfte die Aufwertung die Wettbewerbsfähigkeit der brasilianischen verarbeitenden Industrie auf Auslandsmärkten und damit deren Exportentwicklung.

Der Rückgang der Inflation setzte sich im Jahresverlauf 2006 fort. Am Jahresende 2006 betrug die brasilianische Inflationsrate 3,1 % nach 5,4 % ein Jahr zuvor. Sie lag damit deutlich unter dem Mittelwert des Inflationsziels von 4,5 %. Für 2007 geht der IWF von einer jahresdurchschnittlichen Teuerungsrate von 4,1 % aus (2006: 4,5 %). Die günstige Inflationsentwicklung hat die brasilianische Notenbank seit September 2005 dazu veranlasst, die Geldpolitik stetig zu lockern und den Leitzins in mehreren Schritten um insgesamt 6,5 Prozentpunkte auf 13,25 % zum Jahresende 2006 zu senken. Angesichts der positiven Inflationserwartungen – die brasilianische Zentralbank senkte die Inflationserwartungen für 2007 von 4,4 % auf 3,9 % – wird mit weiteren Leitzinssenkungen und daraus resultierenden positiven Impulsen für die Binnenkonjunktur gerechnet.

Die fiskalische Situation Brasiliens profitiert von der positiven konjunkturellen Entwicklung. Im Haushaltsjahr 2006 überstieg der

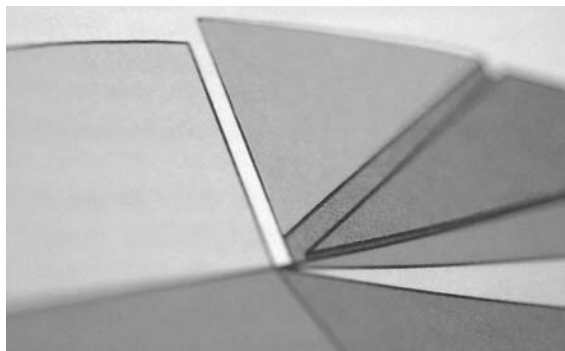
Primärüberschuss mit 4,5 % des BIP das Regierungsziel von 4,25 %, auch wenn ein zunehmender Teil der Staatsausgaben im Wahljahr 2006 für konsumtive Zwecke verwendet wurde. Dank der positiven fiskalischen Entwicklung konnte die brasilianische Regierung die staatliche Nettoverschuldung von gut 54 % des BIP Ende 2004 auf 51 % bis Jahresende 2006 verringern.

Brasiliens Präsident Lula da Silva wurde mit deutlicher Mehrheit – knapp 61 % der abgegebenen Stimmen – für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Der frühere Gewerkschaftsführer von der brasilianischen Arbeiterpartei (PT) hatte sich in der Stichwahl am 29. Oktober 2006 gegenüber seinem Herausforderer Geraldo Alckmin von der Sozialdemokratischen Partei Brasiliens (PSDB) durchgesetzt.

Die neue brasilianische Regierung steht vor der grundlegenden politischen Herausforderung, das zweifellos große ökonomische Potenzial Brasiliens stärker als bisher zu mobilisieren. Das brasilianische reale Wirtschaftswachstum von knapp unter 3 % im Gesamtjahr 2006 liegt deutlich unterhalb den in den meisten südamerikanischen Nachbarländern erzielten Wachstumsraten. Vor diesem Hintergrund hat in Brasilien eine intensive Diskussion darüber eingesetzt, wie das Land auf Dauer ein reales Wirtschaftswachstum in einer Größenordnung von rund 5 % erreichen kann. Die meisten Beobachter sind sich darüber einig, dass die neue brasilianische Regierung zur Erreichung dieses Ziels konsequent die vielfältigen Hemmnisse abbauen muss, die eine Mobilisierung des Wachstumspotenzials Brasiliens behindern. Zu den wichtigsten strukturellen Reformen in Brasilien werden der Abbau bürokratischer Hemmnisse, die aktive Bekämpfung der Korruption, eine wirksame Steuerreform, der Ausbau der notwendigen Infrastruktur sowie Reformen der defizitären Sozialversicherungen und der Arbeitsgesetzgebung gezählt.

Auch Brasiliens Kapitalmarkt konnte sich der weltweiten Korrektur der Finanzmärkte im 2. Quartal des vergangenen Jahres nicht entziehen. Ende Juni zeigt sich dies besonders deutlich bei den Risikoaufschlägen für brasilianische Staatsanleihen, die gegenüber Jahresbeginn um rund 40 Basispunkte gestiegen sind. Die Börsenhausse im 2. Halbjahr 2006 hat jedoch auch in

Brasilien die Kursrückgänge mehr als wettgemacht. Der Aktienindex Bovespa hat insgesamt im Jahresverlauf 2006 um rund 33 % zugenommen und die Risikoaufschläge sind um 112 Basispunkte auf 190 Basispunkte zum Jahresende gesunken.



10 Mexiko

Das Jahr 2006 stand in Mexiko ganz im Zeichen der Präsidentschaftswahlen, die am 2. Juli 2006 stattfanden. Die Wahlen wurden nach einem „Kopf-an-Kopf-Rennen“ mit dem Präsidentschaftskandidaten der Partei der Demokratischen Revolution (PRD), López Obrador, von dem Kandidaten der bislang regierenden Nationalen Aktionspartei (Pan), Felipe Calderón, knapp gewonnen. Obrador hat nach der Veröffentlichung des Wahlergebnisses die Wahl angefochten und seine Anhänger zu Demonstrationen wegen angeblichen Wahlbetrugs aufgerufen. Nachdem jedoch der Wahlsieg Calderóns vom Bundeswahlgericht in letzter Instanz bestätigt wurde, nahm die neue Regierung unter Präsident Calderón am 1. Dezember 2006 die Arbeit auf.

Wichtigstes Ziel des neuen Präsidenten ist es, die fälligen Strukturreformen voranzutreiben, die bislang aufgrund der innenpolitischen Verhältnisse blockiert wurden. Viele wichtige Reformen wie die Deregulierung des Energiesektors, des Arbeitsmarkts und ein grundlegender Umbau des Steuersystems sind bislang nicht zustande gekommen. Eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung der Reformen ist, dass es der neuen Regierung gelingt, die im Wahlergebnis zutage getretene Spaltung der mexikanischen Bevölkerung zu überwinden.

Im vergangenen Jahr hat sich das reale Wirtschaftswachstum in Mexiko gegenüber dem Vorjahr deutlich beschleunigt. Die Wachstumsrate lag im Jahr 2006 bei 4,8 %. (2005: 3 %). Neben den Exporten sind die zunehmende inländische Nachfrage sowie die – auch infolge der Wahlen – etwas expansivere Fiskalpolitik die wichtigsten Treiber des Wirtschaftswachstums. Die Prognose der mexikanischen Notenbank geht für das Jahr 2007 von einem realen Wirtschaftswachstum zwischen 3,25 % und 3,75 % aus (IWF-Prognose für 2007 laut WEO vom September 2006: 3 %).

Der Peso-Wechselkurs hat sich zur Jahresmitte etwas abgeschwächt. Ende Juni 2006 betrug die Abwertung gegenüber dem US-Dollar im Vergleich zum Jahresbeginn rund 7 %. In der Zwischenzeit konnte sich der Wechselkurs

jedoch wieder erholen (Veränderung am 29. Dezember 2006 gegenüber US-Dollar seit Jahresbeginn: – 1,5 %). Angesichts des Ölpreisanstiegs in der ersten Jahreshälfte und der Zunahme der Exporte schloss die Leistungsbilanz im Jahr 2006 nach vorläufigen Angaben leicht im Plus (Leistungsbilanzsaldo in % des BIP 2006: + 0,2 %; 2005: – 0,6 %). Wegen der nachlassenden Nachfrage aus den USA und den sinkenden Ölpreisen ist davon auszugehen, dass die Leistungsbilanz in diesem Jahr wieder ins Defizit rutschen wird.

Seit April 2006 liegt der Leitzins der Bank von Mexiko bei 7 %. Nachdem die Inflationsrate von 4 % im Januar 2006 auf 3 % im Mai zurückgegangen war, ist sie in der 2. Jahreshälfte wieder gestiegen. Im Dezember 2006 betrug die Preissteigerungsrate etwa 4 %. Sie lag damit am oberen Rand der von der Zentralbank definierten Zone von 2 % bis 4 %. Diese Entwicklung ist vor allem auf die Preise für Nahrungsmittel zurückzuführen, die im Jahresverlauf 2006 um 6,3 % zugenommen haben.

Der mexikanische Staatshaushalt ist wegen der gestiegenen Einnahmen aus der Erdölförderung, der in den letzten Jahren vergleichsweise konservativen Haushaltspolitik und der positiven Wirtschaftsentwicklung in einer guten Verfassung. Der mexikanische Haushalt wies im letzten Jahr das erste Mal in den letzten zehn Jahren ein leichtes Plus auf (2 Mrd. US-Dollar).

Was die Aktienkurse anbelangt, gehört Mexiko zu den Ländern, die sich im Jahr 2006 am besten entwickelt haben. Der mexikanische Börsenindex ist im Jahr 2006 um gut 48 % gestiegen. Auch der Risikoaufschlag gegenüber amerikanischen Staatsanleihen weist trotz der Unsicherheiten auf den weltweiten Finanzmärkten im Mai und Anfang Juni des vergangenen Jahres eine positive Entwicklung auf. Er ist um insgesamt 26 Basispunkte auf 115 Basispunkte zum Jahresende 2006 gesunken.

11 Südafrika

Die konjunkturelle Entwicklung in Südafrika verlief in den letzten Jahren insgesamt positiv. Die südafrikanische Wirtschaft wuchs 2006 nach Schätzungen des IWF real um 4,2 % (Wachstumsrate des Vorjahres: 4,9 %). Für 2007 erwartet der IWF ein Wachstum von 4 %. Die guten Wachstumsraten sind vor allem auf die seit Jahren starke inländische Nachfrage zurückzuführen.

Die Inflationsrate dürfte laut südafrikanischer Zentralbank 2006 bei rund 5 % gelegen haben; diese relativ hohe Rate liegt jedoch innerhalb des von der Zentralbank anvisierten Zielkorridors von 3 % bis 6 % und deutlich unter den Inflationsraten zu Beginn des Jahrzehnts. Zur Eindämmung des Inflationsanstiegs hat die südafrikanische Zentralbank die Leitzinsen von Juni bis Dezember 2006 in vier Schritten von 7 % auf 9 % erhöht. Das Haushaltsdefizit dürfte bei 1,5 % des BIP gelegen haben.

Problematisch ist nach wie vor die Situation am Arbeitsmarkt. Zwar ist die offizielle Arbeitslosenquote Ende 2006 gesunken, sie liegt aber mit 25,6 % immer noch auf einem extrem hohen Niveau. Nur durch massive Investitionen im Bildungsbereich wird ein Abbau der Arbeitslosigkeit mittel- bis langfristig zu erreichen sein.

Der Rand-Wechselkurs stabilisierte sich nach der Talfahrt der ersten drei Quartale im letzten Quartal 2006 deutlich, nachdem Regierungs- und Zentralbankvertreter mehrfach die Schwankungen des spekulationsgefährdeten Rand zu einem zentralen Problem für eine dauerhaft positive Entwicklung der südafrikanischen Wirtschaft erklärt hatten. Im Gesamtjahr 2006 betrug die Abwertung des Rand gegenüber dem US-Dollar rund 10 % (im Vergleich zu einer 13%igen

Abwertung in 2005). Dennoch ist ein Wechselkurs von rund sieben Rand pro US-Dollar (im Januar 2007) für die südafrikanische Exportwirtschaft noch immer relativ ungünstig – vor Beginn der Aufwertungsperiode 2002 bis 2004 lag der Kurs bei zehn bis zwölf Rand pro US-Dollar.

Seit 2003 ist der südafrikanische Leistungsbilanzsaldo negativ. 2006 dürfte das Defizit bei über 5,1 % des BIP (nach 4,2 % im Vorjahr) gelegen haben. Dies liegt in erster Linie an einem starken Zuwachs bei den Importen. Für 2007 erwartet der IWF (WEO September 2006) einen leichten Rückgang auf 4,8 %. Eine grundsätzliche Trendumkehr ist aber vorerst nicht zu erwarten, da auch die Handelsbilanz des großen Rohstoffexporteurs Südafrika mit – 2,4 Mrd. US-Dollar negativ ist. Die Währungsreserven betrugen Ende 2006 rund 25 Mrd. US-Dollar.

Insgesamt herrscht in weiten Teilen der Wirtschaft und der Bevölkerung eine optimistische Aufbruchstimmung vor, die in den wirtschaftlichen Erfolgen der letzten Jahre ihre Bestätigung fand. Allerdings sind auch viele Probleme offensichtlich; so hat Südafrika auf Grund von HIV/AIDS eine sogar für Entwicklungsländer sehr niedrige Lebenserwartung von unter 43 Jahren.

Südafrika hat zum 1. Januar 2007 die Präsidentschaft der G20 übernommen. Die G20 ist ein informelles Forum, das den Dialog der Industrie- und Schwellenländer mit dem Ziel weltweiter wirtschaftlicher Stabilität fördern soll. Als Themen für seine G20-Präsidentschaft sieht Südafrika „globale und regionale Entwicklungen der Wirtschaft, Reform der Bretton Woods Institutionen (IWF und Weltbank), fiskalische Elemente von Wachstum und Entwicklung, Rohstoffpreise und Finanzstabilität“.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	116
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	139
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	143

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	116
1 Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen	116
2 Gewährleistungen	117
3 Bundeshaushalt 2005 bis 2010	117
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010	118
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006	120
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007	124
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2006	126
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen	128
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	129
10 Entwicklung der Staatsquote	130
11 Schulden der öffentlichen Haushalte	131
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	132
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	133
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	134
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich	135
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	136
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich	137
18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006	138
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	139
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2006 im Vergleich zum Jahressoll 2006	139
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2006	139
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2006	140
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2006	141
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	143
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	143
2 Preisentwicklung	143
3 Außenwirtschaft	144
4 Einkommensverteilung	144
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	145
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	146
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	147
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern	148
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones	149
10 Übersicht Weltfinanzmärkte	150

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldenart

	Stand: 31. Dezember 2006 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 31. Januar 2007 ² Mio. €
Anleihen	570 550	13 000	15 500	568 050
Bundesobligationen	185 949	0	0	185 949
Bundesschatzbriefe	10 198	296	411	10 083
Bundesschatzanweisungen	110 000	7 000	0	117 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 603	5 889	5 904	35 589
Finanzierungsschätze	3 046	296	220	3 122
Schuldscheindarlehen	24 576	121	197	24 500
Medium Term Notes Treuhand	205	0	0	205
Kredite aus Wertpapierpensionsgeschäften	0	0	0	0
Gesamte umlaufende Schuld	940 126			944 498

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. Dezember 2006 Mio. €	Stand: 31. Januar 2007 ² Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	178 372	178 780
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	296 943	310 264
langfristig (mehr als 4 Jahre)	464 811	455 455
Gesamte umlaufende Schuld	940 126	944 498

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

² Vorläufig.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2006 in Mrd. €	Belegung am 31. Dezember 2006 in Mrd. €	Belegung am 31. Dezember 2005 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	100,2	106,5
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	28,6	30,2
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	61,8	60,6

3 Bundeshaushalt 2005 bis 2010 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2005 Ist	2006 Ist	2007 Soll	2008	2009	2010
	Finanzplanung					
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €
1. Ausgaben	259,8	261,0	270,5	274,3	274,9	276,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	0,5	3,4	1,4	0,2	0,7
2. Einnahmen	228,4	232,8	250,7	252,6	253,7	256,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	7,8	1,9	12,3	0,8	0,4	0,9
darunter:						
Steuereinnahmen	190,1	203,9	220,5	218,2	226,0	231,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	1,7	7,2	13,7	– 1,1	3,6	2,3
3. Finanzierungssaldo	– 31,4	– 28,2	– 19,8	– 21,7	– 21,2	– 20,7
in % der Ausgaben	12,1	10,8	7,3	7,9	7,7	7,5
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme (–)¹	229,4	240,5	238,0	241,0	241,0	242,0
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,2	1,6	– 5,3	.	.	.
6. Tilgungen (+)²	193,0	195,9	216,3	221,1	221,0	219,1
7. Nettokreditaufnahme	– 31,2	– 27,9	– 19,6	– 21,5	– 21,0	– 20,5
8. Münzeinnahmen	– 0,2	– 0,3	– 0,2	– 0,2	– 0,2	– 0,2
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	23,8	23,2	24,0	23,4	23,6	23,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	6,2	– 2,2	3,2	– 2,2	0,8	– 1,3
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Januar 2007.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgabeart	2005 Ist	2006 Ist	2007 Soll	2008	2009	2010
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Finanzplanung		Mio. €
				Mio. €	Mio. €	
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 372	26 110	26 204	26 127	26 179	26 168
Aktivitätsbezüge	19 891	19 730	19 761	19 617	19 611	19 527
Ziviler Bereich	8 537	8 547	8 554	8 593	8 624	8 647
Militärischer Bereich	11 353	11 182	11 206	11 024	10 987	10 880
Versorgung	6 481	6 380	6 443	6 510	6 568	6 642
Ziviler Bereich	2 434	2 372	2 320	2 303	2 290	2 283
Militärischer Bereich	4 047	4 008	4 124	4 207	4 278	4 359
Laufender Sachaufwand	17 712	18 349	18 715	18 783	19 030	19 383
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 596	1 450	1 517	1 497	1 509	1 517
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 992	8 517	8 654	9 259	9 604	9 986
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 382	8 543	8 027	7 917	7 880
Zinsausgaben	37 371	37 469	39 278	41 498	42 488	44 778
an andere Bereiche	37 371	37 469	39 278	41 498	42 488	44 778
Sonstige	37 371	37 469	39 278	41 498	42 488	44 778
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 326	37 425	39 233	41 454	42 445	44 735
an Ausland	3	3	4	2	2	2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	154 274	156 016	162 467	163 834	162 802	163 005
an Verwaltungen	13 921	13 937	14 770	12 477	12 833	12 704
Länder	8 381	8 538	9 141	6 573	6 585	6 417
Gemeinden	66	38	26	24	22	20
Sondervermögen	5 473	5 361	5 601	5 879	6 225	6 266
Zweckverbände	2	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	140 353	142 079	147 697	151 357	149 969	150 301
Unternehmen	13 474	14 275	18 002	23 741	23 863	23 632
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	32 747	32 256	27 847	27 112	25 225	24 899
an Sozialversicherung	90 219	91 707	97 633	96 271	96 648	97 534
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	767	812	881	825	817	817
an Ausland	3 140	3 024	3 328	3 403	3 411	3 417
an Sonstige	5	5	5	5	5	1
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	235 728	237 944	246 664	250 242	250 499	253 335
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	7 246	7 112	6 860	6 730	6 750	6 649
Baumaßnahmen	5 779	5 634	5 326	5 290	5 325	5 232
Erwerb von beweglichen Sachen	961	943	1 029	945	937	928
Grunderwerb	506	536	505	495	488	489
Vermögensübertragungen	12 977	13 302	14 051	13 721	13 332	13 027
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 617	12 916	13 674	13 366	12 998	12 707
an Verwaltungen	5 587	5 755	6 051	5 272	5 243	4 883
Länder	5 527	5 700	5 979	5 201	5 161	4 795
Gemeinden und Gemeindeverbände	60	55	66	65	77	82
Sondervermögen	–	–	6	6	6	6
an andere Bereiche	7 030	7 161	7 624	8 094	7 755	7 824
Sonstige – Inland	4 933	4 999	5 333	5 716	5 334	5 370
Ausland	2 096	2 162	2 291	2 378	2 421	2 454
Sonstige Vermögensübertragungen	360	387	376	355	333	320
an andere Bereiche	360	387	376	355	333	320
Unternehmen – Inland	–0	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland	160	172	161	155	148	145
Ausland	201	215	215	200	185	175

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgabeart	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Ist	Soll	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 899	2 687	3 422	3 329	3 856	3 952
Darlehensgewährung	3 340	2 109	2 778	2 554	2 969	3 192
an Verwaltungen	53	32	1	1	1	1
Länder	53	32	1	1	1	1
an andere Bereiche	3 287	2 078	2 777	2 553	2 968	3 191
Sozialversicherungen	900	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 505	1 020	1 666	1 413	1 823	1 849
Ausland	882	1 058	1 111	1 140	1 145	1 341
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	578	644	775	888	760
Inland	0	0	28	16	13	13
Ausland	558	578	616	759	874	747
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	24 121	23 102	24 333	23 779	23 938	23 628
¹ Darunter: Investive Ausgaben	23 761	22 715	23 957	23 425	23 604	23 308
Globale Mehr-/Minderausgaben	–	–	– 496	278	463	– 164
Ausgaben zusammen	259 849	261 046	270 500	274 300	274 900	276 800

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	47 732	43 378	23 565	13 984	–	5 830
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 620	7 359	3 735	1 116	–	2 508
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 987	2 746	446	127	–	2 173
03 Verteidigung	27 795	27 408	15 190	11 440	–	778
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 854	2 595	1 791	747	–	56
05 Rechtsschutz	325	313	220	78	–	15
06 Finanzverwaltung	3 151	2 958	2 182	475	–	300
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	12 047	8 515	487	615	–	7 413
13 Hochschulen	1 894	968	7	5	–	956
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 466	1 466	–	–	–	1 466
15 Sonstiges Bildungswesen	461	405	9	59	–	337
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 004	5 384	470	547	–	4 366
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 222	291	1	3	–	288
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	134 509	133 639	198	862	–	132 578
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	85 660	85 660	38	0	–	85 622
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	4 345	4 345	–	–	–	4 345
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 619	3 396	–	141	–	3 255
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	39 475	39 340	42	662	–	38 635
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	126	126	–	–	–	126
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 285	773	118	59	–	595
3 Gesundheit und Sport	897	698	242	243	–	214
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	333	311	133	134	–	45
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	333	311	133	134	–	45
32 Sport	124	100	–	18	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	198	156	74	40	–	41
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	242	131	35	50	–	46
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 488	706	2	2	–	701
41 Wohnungswesen	1 002	702	–	1	–	700
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	2	2	–	1	–	1
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	9	2	2	–	–	–
44 Städtebauförderung	475	–	–	–	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	908	490	27	120	–	344
52 Verbesserung der Agrarstruktur	614	229	–	1	–	228
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	113	113	–	54	–	59
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	113	113	–	54	–	59
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	181	148	27	64	–	57

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	983	1 641	1 729	4 353	4 321
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	258	2	–	261	261
02 Auswärtige Angelegenheiten	57	1548	1636	3 241	3 239
03 Verteidigung	289	89	10	388	358
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	260	–	–	260	260
05 Rechtsschutz	11	–	–	11	11
06 Finanzverwaltung	108	1	84	193	193
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	100	3 433	–	3 533	3 532
13 Hochschulen	1	925	–	926	926
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	56	–	56	56
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	98	1522	–	1 620	1 619
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	930	–	931	931
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	8	861	1	871	521
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	221	1	223	2
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	130	–	135	5
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	509	0	512	512
3 Gesundheit und Sport	142	57	–	199	196
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	16	6	–	22	22
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	16	6	–	22	22
32 Sport	–	24	–	24	24
33 Umwelt- und Naturschutz	17	26	–	43	39
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	109	1	–	111	111
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	748	34	782	782
41 Wohnungswesen	–	266	34	300	300
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	7	–	7	7
44 Städtebauförderung	–	475	–	475	475
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	17	400	1	418	418
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	384	0	385	385
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	17	16	0	33	33

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 745	2 926	49	330	–	2 547
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	418	398	–	185	–	213
621 Kernenergie	211	211	–	–	–	211
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	–	0	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	208	187	–	185	–	2
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 817	1 797	–	4	–	1 793
64 Handel	85	85	–	53	–	33
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 123	140	–	2	–	138
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 302	506	49	86	–	371
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 012	3 450	995	1 821	–	635
72 Straßen	7 524	984	–	863	–	121
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 402	810	491	258	–	61
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	360	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	171	171	42	9	–	120
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 554	1 484	462	690	–	332
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9 295	5 767	–	14	–	5 754
81 Wirtschaftsunternehmen	3 909	383	–	14	–	369
832 Eisenbahnen	3 409	77	–	2	–	75
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	500	306	–	12	–	294
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 386	5 384	–	–	–	5 384
873 Sondervermögen	5 361	5 361	–	–	–	5 361
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	25	23	–	–	–	23
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	38 412	38 374	545	359	37 469	0
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	38	–	–	–	–	–
92 Schulden	37 506	37 506	–	37	37 469	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	868	868	545	322	–	0
Summe aller Hauptfunktionen	261 046	237 944	26 110	18 349	37 469	156 016

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2	1 023	794	1 819	1 819
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	21	–	21	21
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	21	–	21	21
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	20	20
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	983	–	983	983
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	–	794	796	796
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 798	1 763	–	7 562	7 562
72 Straßen	5 148	1 393	–	6 541	6 541
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	592	–	–	592	592
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	359	–	359	359
75 Luftfahrt	0	–	–	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	58	12	–	69	69
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	62	3 338	128	3 527	3 527
81 Wirtschaftsunternehmen	61	3 338	128	3 526	3 526
832 Eisenbahnen	–	3 235	98	3 332	3 332
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	61	103	30	194	194
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	2	–	–	2	2
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	2	–	–	2	2
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
Summe aller Hauptfunktionen	7 112	13 302	2 687	23 102	22 715

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999
Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	233,6	246,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	3,4	5,7
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	204,7	220,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	5,8	7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 28,9	- 26,2
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,7	27,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,4	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,1	16,1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	28,7	41,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	5,2	43,1
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,3	16,6
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	29,2	28,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	1,3	- 2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,5	11,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,5	35,7
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	174,6	192,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,1	10,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,7	77,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	85,3	87,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,0	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	12,4	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	98,8	91,2
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3, 4}	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	88,6	82,3
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1153,4	1183,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	488,0	708,3

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2006; 2003–2005 vorläufiges Ist, 2006 und 2007 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
		Ist-Ergebnisse							Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,4
Einnahmen	Mrd.€	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	250,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	12,3
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 19,8
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 19,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	- 0,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,7
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	15,7	15,9	15,7	15,8	15,6	15,5	15,3	15,5
Zinsausgaben	Mrd.€	39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	39,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	4,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,5
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	58,0	56,8	56,3	56,4	56,2	58,6	58,5	60,0
Investive Ausgaben	Mrd.€	28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	24,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	3,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	8,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,0	34,2	33,2	36,6	33,9	34,8	34,3	37,3
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	220,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	13,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	81,5
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	88,0
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	42,1	42,8
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 19,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	7,2
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	81,7
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3, 4}	%	62,0	57,8	61,6	56,4	59,5	58,9	67,2	73,6
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1198,2	1203,9	1253,2	1325,7	1395,0	1447,5	1489 1/2	1517
darunter: Bund	Mrd.€	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	918	938

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2006; 2003–2005 vorläufiges Ist, 2006 und 2007 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ²
	Mrd. €					
Öffentlicher Gesamthaushalt¹						
Ausgaben	603,6	609,7	618,4	612,5	625,9	631 1/2
Einnahmen	556,3	552,4	550,9	547,2	572,9	594
Finanzierungssaldo	- 47,2	- 57,3	- 67,5	- 65,3	- 53,0	- 37 1/2
darunter:						
Bund						
Ausgaben	243,3	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8
Finanzierungssaldo	- 23,0	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	-28,2
Länder						
Ausgaben	255,1	257,0	258,7	256,1	259,3	259
Einnahmen	229,4	227,6	228,2	231,7	235,3	247 1/2
Finanzierungssaldo	- 25,7	- 29,4	- 30,5	- 24,4	- 24,1	- 11
Gemeinden						
Ausgaben	147,9	149,2	149,9	149,2	153,3	157 1/2
Einnahmen	144,0	144,5	141,3	145,3	151,1	159
Finanzierungssaldo	- 3,9	- 4,6	- 8,6	- 3,8	- 2,2	1 1/2
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %					
Öffentlicher Gesamthaushalt						
Ausgaben	0,8	1,0	1,4	- 0,9	2,2	1
Einnahmen	- 1,6	- 0,7	- 0,3	- 0,7	4,7	3 1/2
darunter:						
Bund						
Ausgaben	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5
Einnahmen	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9
Länder						
Ausgaben	1,8	0,7	0,7	- 1,0	1,3	- 0
Einnahmen	- 4,6	- 0,8	0,3	1,5	1,6	5
Gemeinden						
Ausgaben	1,3	0,9	0,5	- 0,5	2,8	2 1/2
Einnahmen	- 2,7	0,4	- 2,2	2,9	3,9	5

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² Schätzung (Bund 2006 Ist-Zahlen).

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.
Stand: Januar 2007.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ²
	Anteile in %					
Finanzierungssaldo						
(1) in % des BIP (nominal)						
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 2,4	- 1 1/2
darunter:						
Bund	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1,2
Länder	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,1	- 1/2
Gemeinden	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	0
(2) in % der Ausgaben						
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 7,8	- 9,4	-10,9	-10,7	- 8,5	- 6
darunter:						
Bund	- 9,5	-13,1	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8
Länder	-10,1	-11,4	-11,8	- 9,5	- 9,3	- 4 1/2
Gemeinden	- 2,6	- 3,1	- 5,7	- 2,5	- 1,4	1
Ausgaben in % des BIP (nominal)						
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,4	28,6	27,8	27,9	27 1/2
darunter:						
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11,3
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,6	11
Gemeinden	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	21,1	20,6	20,5	20,1	20,2	21

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² Schätzung (Bund 2006 Ist-Zahlen).

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Januar 2007.

8 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Steueraufkommen					
Jahr	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006 ²	484,9	244,1	240,7	50,4	49,6
2007 ²	514,1	249,4	264,7	48,5	51,5

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.9.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.3.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.1.1983); Kuponsteuer (31.7.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.6.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2006.
Stand: November 2006.

9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 ³	22,3	40,5	20,6	37,7
2003 ³	22,3	40,6	20,5	37,7
2004 ³	21,8	39,8	20,1	37,0
2005 ³	22,0	39,7	20,2	36,8
2006 ⁴	22,7	40,2	21	37 ¹ / ₂

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2006.

⁴ Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

10 Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherungen ³
		Anteile am BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 ⁵	48,1	26,4	21,7
2003 ⁵	48,5	26,5	22,0
2004 ⁵	47,1	25,9	21,2
2005 ⁵	46,8	26,0	20,8
2006 ⁶	45,8	25,6	20,1

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2006.

⁶ Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

11 Schulden der öffentlichen Haushalte

	2001	2002	2003	2004	2005
	Schulden in Mio. € ¹				
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 203 887	1 253 195	1 325 733	1 394 955	1 447 505
Bund ²	697 290	719 397	760 453	802 994	872 653
Sonderrechnungen Bund (SR)	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367
Länder	357 684	384 773	414 952	442 922	468 214
Gemeinden	82 669	82 662	84 069	84 258	83 804
Zweckverbände	7 160	7 153	7 429	7 531	7 467
nachrichtlich:					
Bund + SR	756 374	778 607	819 283	860 244	888 020
Länder + Gemeinden	440 353	467 435	499 021	527 180	552 018
nachrichtlich:					
Länder (West) ³	299 759	322 899	348 111	372 352	394 148
Länder (Ost)	57 925	61 874	66 841	70 570	74 066
Gemeinden (West)	67 041	67 155	68 726	68 981	69 030
Gemeinden (Ost)	15 628	15 507	15 343	15 277	14 774
Länder und Gemeinden (West)	366 800	390 054	416 837	441 333	463 178
Länder und Gemeinden (Ost)	73 553	77 381	82 184	85 847	88 840
nachrichtlich:					
Sonderrechnungen Bund	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367
ERP	19 161	19 400	19 261	18 200	15 066
Fonds Deutsche Einheit	39 638	39 441	39 099	38 650	–
Entschädigungsfonds	285	369	469	400	301
	Anteil der Schulden am BIP (in %)				
Öffentlicher Gesamthaushalt	57,0	58,4	61,3	63,0	64,4
Bund ²	33,0	33,6	35,2	36,4	38,9
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,8	2,7	2,6	0,7
Länder	16,9	18,0	19,2	20,1	20,9
Gemeinden	4,3	4,2	4,2	4,2	4,1
nachrichtlich:					
Bund + SR	35,8	36,3	37,9	39,0	39,6
Länder + Gemeinden	20,8	21,8	23,1	23,9	24,6
nachrichtlich:					
Länder (West) ³	14,2	15,1	16,1	16,9	17,6
Länder (Ost)	2,7	2,9	3,1	3,2	3,3
Gemeinden (West)	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1
Gemeinden (Ost)	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Länder und Gemeinden (West)	17,4	18,2	19,3	20,0	20,7
Länder und Gemeinden (Ost)	3,5	3,6	3,8	3,9	4,0
nachrichtlich:					
Maastricht-Schuldenstand ⁴	58,8	60,3	63,9	65,7	67,9
	Schulden insgesamt (€)				
je Einwohner	14 603	15 183	16 063	16 908	17 559
je Erwerbstätigen	30 621	32 054	34 235	35 883	37 285
nachrichtlich:					
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 113,2	2 143,2	2 161,5	2 207,2	2 241,0
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,403	82,526	82,532	82,501	82,438
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,316	39,096	38,724	38,875	38,823

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.² Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.³ West- und Ost-Berlin.⁴ Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,9	- 1,1	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,1
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 32,6	- 5,9
1980	- 23,2	- 24,3	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,7
1981	- 32,2	- 34,5	2,2	- 3,9	- 4,2	0,3	- 38,7	- 4,7
1982	- 29,6	- 32,4	2,8	- 3,4	- 3,8	0,3	- 35,8	- 4,2
1983	- 25,7	- 25,0	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,1
1984	- 18,7	- 17,8	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,5
1985	- 11,3	- 13,1	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,0
1986	- 11,9	- 16,2	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,3	- 22,0	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,2	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	1,0	- 7,3	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 24,8	- 34,7	9,9	- 1,9	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,7
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,3
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 47,2	- 2,2
2002 ⁵	- 78,3	- 71,5	- 6,8	- 3,7	- 3,3	- 0,3	57,3	2,7
2003 ⁵	- 87,0	- 79,3	- 7,7	- 4,0	- 3,7	- 0,4	- 67,5	- 3,1
2004 ⁵	- 82,5	- 81,1	- 1,4	- 3,7	- 3,7	- 0,1	- 65,3	- 3,0
2005 ⁵	- 72,6	- 69,2	- 3,4	- 3,2	- 3,1	- 0,2	- 53,0	- 2,4
2006 ⁶	- 46,5	- 50,4	3,9	- 2,0	- 2,2	0,2	- 37 1/2	- 1 1/2

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2006.

⁶ Erstes vorläufiges Ergebnis bzw. Schätzung; Stand: Januar 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,2	- 1,2	- 4,0	- 3,7	- 3,2	- 2,3	- 1,6	- 1,2
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,0	0,0	- 2,3	- 0,2	- 0,5	- 0,5
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,0	3,2	1,1	2,7	4,9	4,0	4,3	4,2
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,0	- 6,1	- 7,8	- 5,2	- 2,6	- 2,6	- 2,4
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,0	0,0	- 0,2	1,1	1,5	1,1	0,9
Frankreich	0,2	- 2,9	- 2,3	- 5,5	- 1,5	- 4,2	- 3,7	- 2,9	- 2,7	- 2,6	- 2,2
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,0	4,6	0,3	1,5	1,1	1,2	0,9	0,4
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 3,4	- 4,1	- 4,7	- 2,9	- 3,1
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,3	- 1,1	- 1,0	- 1,5	- 0,5	- 0,3
Niederlande	- 3,9	- 3,5	- 5,3	- 4,3	1,3	- 3,1	- 1,8	- 0,3	0,0	0,1	0,3
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,4	- 5,6	- 1,9	- 1,6	- 1,2	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1,0
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 3,2	- 6,0	- 4,6	- 4,0	- 3,9
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,5	2,3	2,7	2,9	2,9	2,9
Schweden	-	-	-	-7,0	5,0	0,1	1,8	3,0	2,8	2,4	2,5
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,6	- 5,7	1,5	- 3,3	- 3,2	- 3,3	- 2,9	- 2,8	- 2,5
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,1	- 3,1	- 2,8	- 2,4	- 2,0	- 1,5	- 1,3
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,2	- 2,9	- 2,6	- 2,3	- 1,9	- 1,5	- 1,3
Estland	-	-	-	0,4	- 0,2	2,0	2,3	2,3	2,5	1,6	1,3
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 1,2	- 0,9	0,1	- 1,0	- 1,2	- 1,2
Litauen	-	-	-	- 1,6	- 3,2	- 1,3	- 1,5	- 0,5	- 1,0	- 1,2	- 1,3
Malta	-	-	-	-	- 6,1	-10,0	- 5,0	- 3,2	- 2,9	- 2,7	- 2,9
Polen	-	-	-	- 4,4	- 1,5	- 4,7	- 3,9	- 2,5	- 2,2	- 2,0	- 1,8
Slowakei	-	-	-	- 1,8	-11,8	- 3,7	- 3,0	- 3,1	- 3,4	- 3,0	- 2,9
Slowenien	-	-	-	-	- 3,9	- 2,8	- 2,3	- 1,4	- 1,6	- 1,6	- 1,5
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,6	- 2,9	- 3,6	- 3,5	- 3,6	- 3,2
Ungarn	-	-	-	-	- 2,3	- 7,2	- 6,5	- 7,8	-10,1	- 7,4	- 5,6
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 6,3	- 4,1	- 2,3	- 1,9	- 1,7	- 1,7
EU-25	-	-	-	-	0,8	- 3,0	- 2,7	- 2,3	- 2,0	- 1,6	- 1,4
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 4,9	- 4,6	- 3,7	- 2,2	- 2,4	- 2,8
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,7	- 8,0	- 6,3	- 6,5	- 5,6	- 5,1	- 4,7

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Für die Jahre 2003 bis 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.

EU-15 für alle Jahre: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

(alle Angaben ohne UMTS-Erlöse)

Stand: November 2006.

14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	31,2	40,7	42,3	55,6	59,7	63,9	65,7	67,9	67,8	67,7	67,3
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	98,6	94,3	93,2	89,4	86,3	83,2
Dänemark	39,1	75,0	62,0	72,5	51,7	44,4	42,6	35,9	28,5	24,5	22,0
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	111,6	107,8	108,5	107,5	104,8	101,0	96,4
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	48,7	46,2	43,1	39,7	37,0	34,7
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,1	56,7	62,4	64,4	66,6	64,7	63,9	63,3
Irland	69,0	100,6	93,2	81,1	37,8	31,1	29,7	27,4	25,8	24,4	23,6
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,1	104,3	103,9	106,6	107,2	105,9	105,7
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,6	6,0	7,4	7,3	7,1
Niederlande	45,5	69,6	76,1	76,1	53,8	52,0	52,6	52,7	50,5	47,8	45,4
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,5	64,6	63,8	63,4	62,1	60,9	59,8
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	57,0	58,6	64,0	67,4	69,4	70,7
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,3	44,3	41,3	38,8	37,3	35,8
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	51,8	50,5	50,4	46,7	42,6	38,7
Vereinigtes Königreich	52,4	51,9	33,4	50,9	41,2	38,9	40,4	42,4	43,2	44,1	44,7
Euroraum	33,8	50,7	57,1	72,4	69,2	69,2	69,7	70,6	69,4	68,0	66,9
EU-15	–	–	–	69,6	63,1	63,0	63,3	64,5	63,3	62,2	61,2
Estland	–	–	–	8,8	5,2	5,7	5,2	4,5	4,0	2,7	2,1
Lettland	–	–	–	–	12,3	14,4	14,5	12,1	11,1	10,6	10,3
Litauen	–	–	–	11,9	23,7	21,2	19,4	18,7	18,9	19,6	19,8
Malta	–	–	–	–	55,4	70,2	74,9	74,2	69,6	69,0	68,6
Polen	–	–	–	–	35,9	43,9	41,8	42,0	42,4	43,1	42,7
Slowakei	–	–	–	22,0	50,2	42,7	41,6	34,5	33,0	31,6	31,0
Slowenien	–	–	–	–	27,6	28,5	28,7	28,0	28,4	28,0	27,6
Tschechien	–	–	–	14,6	18,5	30,1	30,7	30,4	30,9	30,8	31,0
Ungarn	–	–	–	–	53,4	58,0	59,4	61,7	67,6	70,9	72,7
Zypern	–	–	–	–	59,5	69,1	70,3	69,2	64,8	62,2	59,6
EU-25	–	–	–	–	62,0	62,0	62,4	63,3	62,5	61,4	60,4
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	58,5	63,8	64,5	64,6	61,7	61,2	61,7
Japan	55,0	72,2	68,6	87,7	137,1	160,2	157,3	158,9	161,5	163,7	165,3

Quellen: Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.

Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Für EU-15, USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Stand: November 2006.

15 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
Deutschland^{2,3}	22,5	24,6	22,3	22,7	22,7	21,1	20,6	20,8
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	30,3	31,0	31,5
Dänemark	37,0	42,4	45,6	47,7	47,6	46,5	47,7	48,6
Finnland	28,9	27,5	32,7	31,6	35,7	32,7	32,3	32,4
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	26,8	27,3	28,0
Griechenland	15,3	15,9	20,0	21,4	25,8	23,3	22,8	.
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,6	24,5	25,5	26,0
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,4	28,7	28,4
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,6	15,8	16,5	16,8
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,3	28,4	28,6
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,4	27,1	27,0
Niederlande	22,1	25,9	25,8	23,4	24,1	23,5	23,7	26,0
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,0	33,1	34,5	36,0
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	28,4	28,2	27,5
Polen	–	–	–	25,8	23,0	20,4	20,3	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,8	23,5	.
Schweden	32,5	33,4	38,4	34,8	38,7	35,6	36,1	36,8
Schweiz	16,6	19,4	19,9	20,3	23,1	22,0	22,0	22,9
Slowakei	–	–	–	–	19,9	18,5	18,4	18,4
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,2	22,2	22,7	23,8
Tschechien	–	–	–	22,0	20,1	21,2	22,2	22,1
Ungarn	–	–	–	27,1	27,4	26,5	26,6	25,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,8	30,9	28,9	29,3	30,2
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	18,9	18,8	20,2

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
Deutschland^{2,3}	32,3	37,5	35,7	37,2	37,2	35,5	34,7	34,7
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,7	45,0	45,4
Dänemark	38,5	43,1	46,5	48,8	49,4	47,7	48,8	49,7
Finnland	31,7	35,9	43,9	45,6	47,7	44,6	44,2	44,5
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,1	43,4	44,3
Griechenland	21,9	23,6	28,7	31,7	37,3	36,3	35,0	.
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	28,7	30,1	30,5
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	41,8	41,1	41,0
Japan	19,6	25,4	29,1	26,9	27,1	25,7	26,4	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,6	33,5	33,5
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,0	39,1	38,2	37,8	37,6
Niederlande	34,1	41,8	41,1	40,2	39,5	37,0	37,5	.
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,0	42,9	44,0	45,0
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	42,9	42,6	41,9
Polen	–	–	–	37,0	32,5	34,9	34,4	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	35,0	34,5	.
Schweden	38,2	46,9	52,7	48,1	53,4	50,1	50,4	51,1
Schweiz	19,8	25,3	26,0	27,8	30,5	29,4	29,2	30,0
Slowakei	–	–	–	–	33,1	31,2	30,3	29,4
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	34,3	34,8	35,8
Tschechien	–	–	–	37,5	36,0	37,6	38,4	38,5
Ungarn	–	–	–	42,1	38,7	38,1	38,1	37,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,0	37,2	35,4	36,0	37,2
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	25,7	25,5	26,8

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP						
	1990	2000	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland¹	44,4	45,1	48,3	47,0	46,8	46,1	45,1
Belgien	52,2	49,1	51,1	49,6	50,1	50,1	49,9
Dänemark	55,9	53,9	54,9	54,8	53,0	51,7	50,8
Finnland	48,3	48,8	50,9	51,2	50,8	50,5	50,5
Frankreich	49,3	51,6	53,6	53,7	54,4	54,5	53,9
Griechenland	50,2	52,2	49,4	49,2	46,7	46,0	45,8
Irland	43,1	31,6	33,4	33,7	34,6	34,8	35,1
Italien	53,5	46,1	48,2	47,8	48,2	47,8	48,1
Japan	31,8	39,2	38,5	37,3	36,9	36,7	36,5
Kanada	48,8	41,1	40,9	39,9	39,3	38,9	39,1
Luxemburg	37,7	37,7	42,1	43,2	43,3	41,7	41,2
Niederlande	53,1	43,7	47,1	46,6	45,7	46,5	45,6
Norwegen	54,0	42,7	48,5	45,9	42,9	41,8	41,8
Österreich	51,5	51,4	51,0	50,1	49,6	48,6	47,7
Polen	–	41,0	44,6	42,5	42,8	43,3	43,5
Portugal	40,0	43,1	45,9	46,4	47,8	47,2	47,4
Schweden	61,3	56,8	58,2	56,7	56,4	56,7	55,5
Schweiz	30,0	33,9	36,7	36,6	36,4	36,1	35,9
Slowakei	–	50,9	39,8	39,8	37,7	36,5	35,7
Spanien	42,6	39,0	38,3	38,8	38,2	38,2	38,3
Tschechien	–	42,0	47,5	44,3	43,9	43,9	43,7
Ungarn	–	47,4	49,8	49,4	50,5	49,3	49,2
USA	37,1	34,2	36,7	36,4	36,6	36,6	36,7
Vereinigtes Königreich	42,2	37,5	43,3	44,0	45,1	45,6	45,9

¹ 1990 nur alte Bundesländer.
 Quelle: OECD-Outlook Nr. 79.
 Stand: Juni 2006.

18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	104,84	107,38
davon:						
Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,47	50,13
Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,76	32,34
Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	7,97	8,91
Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,01	5,37
Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,31	5,86	6,19	6,66
Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,14	0,46
Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	2,98	2,44
Ausgleichszahlungen				1,41	1,31	1,07
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	– 4,1	6,4	6,4	10,6	4,7	2,4
davon:						
Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	– 1,8	11,2	3,4
Strukturpolitik	– 18,6	4,6	21,4	19,9	– 4,2	– 1,3
Interne Politiken	– 1,3	24,0	– 13,7	28,0	9,8	11,8
Externe Politiken	10,2	4,5	– 2,9	7,5	8,7	7,2
Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,9	10,4	5,6	7,6
Reserven	10,5	– 19,0	– 11,8	20,0	– 22,2	228,6
Heranführungsstrategie	16,7	25,0	28,0	36,2	– 2,3	– 18,1
Ausgleichszahlungen					– 7,1	– 18,3
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	46,2	46,7
Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	31,2	30,1
Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	8,3
Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	4,8	5,0
Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	5,9	6,2
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,4
Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	2,8	2,3
Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,29	95,43	93,47	103,51	107,09	107,38
davon:						
Zölle	12,81	7,95	9,46	10,59	12,02	13,87
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,78	1,26	1,39	1,71	2,05	1,01
MwSt-Eigenmittel	31,32	22,39	21,26	13,91	16,02	17,20
BSP/BNE-Eigenmittel	34,88	45,95	51,24	68,98	70,86	68,92
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	1,7	1,2	– 2,1	10,7	3,5	0,3
davon:						
Zölle	– 2,3	– 37,9	19,0	11,9	13,5	15,4
Agrarzölle und Zuckerabgaben	– 17,6	– 29,2	10,3	23,0	19,9	– 50,7
MwSt-Eigenmittel	– 11,0	– 28,5	– 5,0	– 34,6	15,2	7,4
BSP/BNE-Eigenmittel	– 7,2	31,7	11,5	34,6	2,7	– 2,7
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,6	8,3	10,1	10,2	11,2	12,9
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,3	1,5	1,7	1,9	0,9
MwSt-Eigenmittel	33,2	23,5	22,7	13,4	15,0	16,0
BSP/BNE-Eigenmittel	37,0	48,2	54,8	66,6	66,2	64,2

Bemerkungen:

2001 bis 2005: Ist-Angaben gem. EU-Jahresrechnung der EU-Kommission.

2006: EU-Haushalt einschl. Berichtigungshaushalte Nr. 1–6.

Stand: Februar 2007.

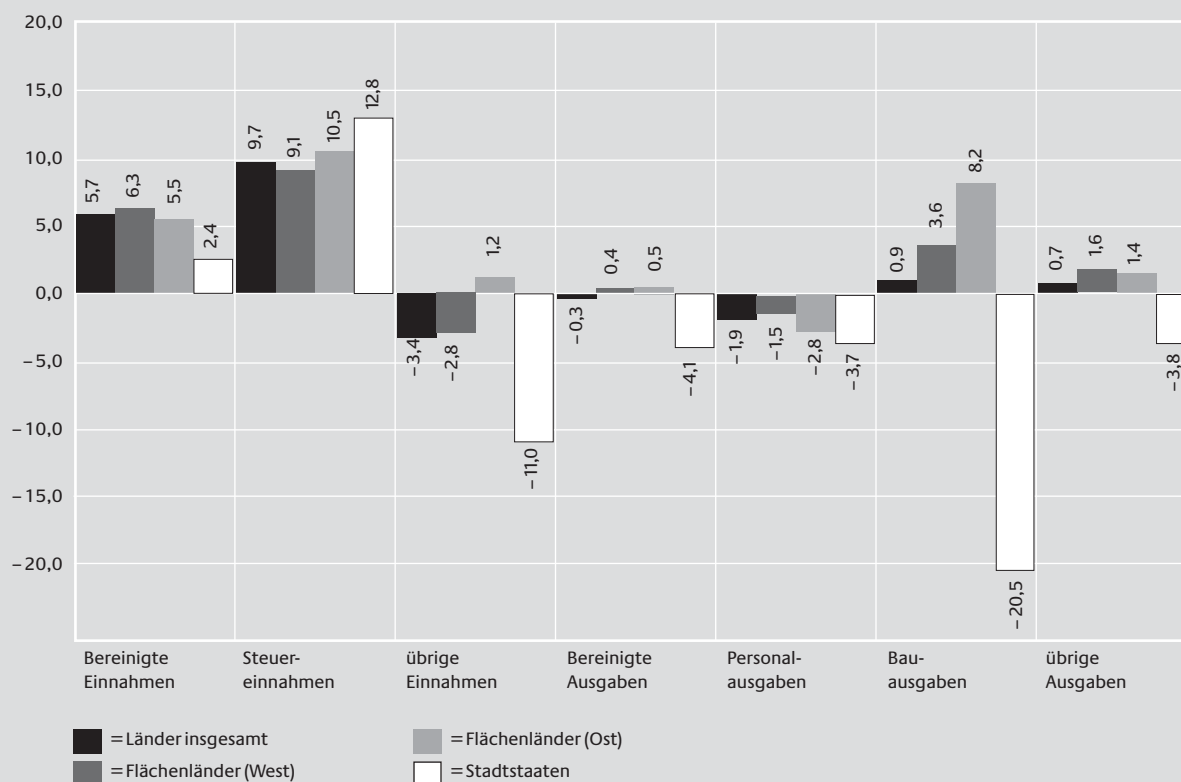
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2006 im Vergleich zum Jahressoll 2006

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	164 330	172 157	48 932	50 933	29 112	31 496	236 918	248 804
darunter:								
Steuereinnahmen	128 072	135 422	23 725	24 833	17 783	19 517	169 580	179 772
übrige Einnahmen	36 258	36 735	25 207	26 100	11 329	11 979	67 338	69 032
Bereinigte Ausgaben	177 890	178 848	51 903	51 691	34 014	33 966	258 352	258 723
darunter:								
Personalausgaben	71 640	71 182	12 753	12 440	11 098	10 874	95 491	94 496
Bauausgaben	2 584	2 238	1 434	1 463	874	580	4 893	4 280
übrige Ausgaben	103 665	105 429	37 716	37 788	22 042	22 512	157 967	159 947
Finanzierungssaldo	- 13 556	- 6 691	- 2 971	- 758	- 4 871	- 2 470	- 21 398	- 9 919

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2006

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Dezember 2005			November 2006			Dezember 2006		
		Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	228 409	235 401	446 742	197 723	213 356	395 995	232 806	248 804	464 069
111	darunter: Steuereinnahmen	190 150	163 947	354 096	171 530	156 360	327 890	203 903	179 772	383 675
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	230 545 ³	80 903	311 449	226 661 ³	66 551	293 211	238 898 ³	72 318	311 216
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	259 849	259 377	502 158	242 335	232 116	459 367	261 046	258 723	502 228
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	26 372	96 333	122 704	24 407	89 043	113 450	26 110	94 496	120 606
122	Baus Ausgaben	5 779	4 242	10 021	4 567	3 267	7 833	5 634	4 280	9 914
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–181	–181	–	–368	–368	–	–45	–45
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	199 482	59 425	258 908	189 328	59 415	248 743	211 140	63 933	275 073
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 31 440	– 23 976	– 55 416	– 44 612	– 18 760	– 63 372	– 28 240	– 9 919	– 38 158
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²	31 440	21 187	52 627	37 679	6 710	44 389	28 240	7 546	35 786
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–1 161	–1 161	–	–180	–180	–	–180	–180
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	0	7 266	7 267	8 506	8 615	17 122	0	7 939	7 939
32	Vorschüsse	–	7 916	7 916	–	4 839	4 839	–	15 701	15 701
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	5 293	5 293	–	5 874	5 874	–	6 495	6 495
34	Saldo (31–32+33)	0	4 643	4 643	8 506	9 651	18 157	0	–1 267	–1 267
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	0	692	692	1 573	–2 579	–1 007	0	–3 820	–3 820
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	3 186	3 186	–	2 586	2 586	–	2 268	2 268
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	205	205	–	–	–
56	Zusammen	–	3 186	3 186	–	2 791	2 791	–	2 268	2 268
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	3 878	3 878	1 573	212	1 785	0	–1 552	–1 552
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	–	664	664	–	820	820	–	1 285	1 285
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	2 006	2 006	–	2 081	2 081	–	2 318	2 318

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Februar 2007.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklb.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	31 919,4	35 456,8	9 673,0	18 885,4	6 885,2	21 500,6	44 423,6	10 921,9	2 560,2
111	darunter: Steuereinnahmen	24 006,2	27 881,1	4 756,2	15 120,1	3 178,6	15 963,8	37 043,8 ⁶	7 861,5	1 983,2
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	601,5	–	467,1	259,0	–	336,9	118,6
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	6 522,8	2 741,6	2 296,2	3 095,5	961,0	6 416,7	18 276,3	5 514,4	1 216,6
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	32 856,0	34 988,0	9 969,4	19 073,9	6 833,8	21 785,0	47 793,7	11 806,7	3 199,2
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	12 994,5	15 089,4	2 047,7	6 902,5	1 567,0	8 522,6 ³	18 601,2 ³	4 734,0	1 236,8
122	Bauausgaben	418,7	892,8	229,2	350,5	242,7	108,9	218,4	85,4	57,2
123	Länderfinanzausgleich ¹	2 210,4	1 855,1	–	2 195,0	–	–	315,5	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	4 987,3	2 746,5	2 809,7	4 212,4	1 121,6	5 955,6	15 202,0	4 734,2	736,3
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 936,6	468,9	– 296,4	– 188,4	51,4	– 284,4	– 3 370,1	– 884,7	– 639,0
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	1 471,8	413,8	–281,9	–1 059,2	–179,6	–323,2	3 055,4	771,9	468,8
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	0,0	–	–	–	–	–	–	–	–
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	0,0	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0,0	–	–	–	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	2 004,1	1 820,3	209,8	463,4	71,4	639,0	276,1	841,9	104,6
32	Vorschüsse	1 188,9	5 199,6	13,0	18,8	0,6	541,1	5,2	725,8	–51,1
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	229,2	2 496,7	0,0	279,2	129,6	932,5	417,9	–2,3	13,9
34	Saldo (31–32+33)	1 044,4	–882,6	196,8	723,8	200,4	1 030,4	688,8	113,8	169,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	1 579,6	0,0	–381,5	–523,9	72,2	422,8	374,0	0,9	–0,7
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	437,4	662,0	–	–	684,0	0,0	97,2
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	437,4	662,0	–	0,0	684,0	0,0	97,2
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)⁴	1 579,6	0,0	55,9	138,1	72,2	422,8	1 058,0	0,9	96,6
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	637,4	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	932,5	412,7	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne Januar-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 874,483 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Februar 2007.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	16 375,7	9 517,1	7 328,6	8 482,0	18 676,1	3 211,3	10 230,2	248 804,0
111	darunter: Steuereinnahmen	8 065,6	4 639,4	5 562,2	4 193,0	9 051,3	2 011,0	8 454,8	179 771,8
112	Länderfinanzausgleich ¹	1 076,5	575,0	125,4	606,0	2 696,6	380,5	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 103,9	7 945,1	3 403,5	2 287,9	8 884,9	1 771,7	–120,0	72 318,1
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	15 825,9	10 053,6	8 185,2	9 008,3	20 448,9	4 026,7	10 111,6	258 722,8
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	4 104,4	2 311,0	3 100,6	2 410,0	6 279,1	1 261,2	3 334,1	94 496,1
122	Bausubstanz	699,2	80,7	105,6	211,0	193,1	82,4	304,1	4 279,9
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	621,7	–45,4
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 716,6	7 045,2	2 518,2	1 528,4	7 194,2	1 425,1	–	63 933,3
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	549,8	– 536,5	– 856,6	– 526,3	– 1 772,8	– 815,4	118,6	– 9 918,5
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	– 1 101,2	691,0	909,6	757,3	1 687,8	381,4	– 117,3	7 546,4
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	–
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	– 180,1	–	–	–	– 180,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.	493,9	909,2	0,0	– 4,4	– 187,1	102,3	194,8	7 939,3
31	Verwahrungen	712,9	1 151,7	0,0	187,8	–	65,4	5 941,7	15 701,4
32	Vorschüsse	677,0	46,2	0,0	2,2	285,2	340,5	647,4	6 495,2
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	458,0	– 196,3	0,0 ⁵	– 190,0	98,1	377,4	– 5 099,5	– 1 266,9
34	Saldo (31–32+33)	– 93,4	– 41,8	53,0	– 139,1	13,1	– 56,6	– 5 098,2	– 3 819,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 93,4	– 41,8	53,0	– 139,1	13,1	– 56,6	– 5 098,2	– 3 819,6
5	Schwebende Schulden	0,0	0,0	0,0	213,8	0,0	115,6	58,0	2 268,0
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	–	–	–	–	–
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	0,0	213,8	0,0	115,6	58,0	2 268,0
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)⁴	– 93,4	– 41,8	53,0	74,7	13,1	58,9	– 5 040,2	– 1 551,6
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)	–	–	–	–	–	–	647,4	1 284,8
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	–	647,4	1 284,8
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	285,2	40,2	647,4	2 318,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne Januar-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 874,483 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Februar 2007.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
			in %	Mio.	in %				Veränderung in % p. a.
1991	38,6	.	50,8	2,0	4,9	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	– 1,3	49,7	2,8	6,9	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	– 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,2	3,2	7,6	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 1,0	51,3	3,7	8,7	– 0,2	0,8	1,2	17,8
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,2	0,9	0,7	17,4
2005	38,8	– 0,1	51,7	3,9	9,1	0,9	1,0	1,3	17,3
2006	39,1	0,7	51,5	3,4	8,1	2,5	1,8	1,9	17,8
2001/1996	38,3	1,0	50,4	3,1	7,6	2,1	1,1	1,9	21,0
2006/2001	39,0	– 0,1	51,4	3,5	8,3	0,9	1,0	1,3	18,1

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Januar 2007.

2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten ²
	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	– 0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	– 2,2	0,9	1,4	1,9	– 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	– 0,7	– 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	– 0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	0,9	1,0	1,0	0,9	1,5	1,1	0,7
2004	2,1	0,9	– 0,2	1,0	1,6	1,6	– 0,5
2005	1,5	0,6	– 0,8	0,9	1,4	2,0	– 0,9
2006	2,8	0,3	– 2,2	1,2	1,4	1,7	– 1,1
2001/1996	2,4	0,3	– 1,0	0,7	1,0	1,4	0,2
2006/2001	1,7	0,8	0,0	0,9	1,4	1,5	– 0,2

¹ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Januar 2007.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,52	43,90	35,7	31,7	4,0	2,0
2004	9,5	7,0	110,88	85,13	38,2	33,2	5,0	3,9
2005	8,1	8,6	116,01	94,78	40,7	35,5	5,2	4,2
2006	13,4	15,6	114,11	99,17	44,9	40,0	5,0	4,3
2001/1996	9,5	9,0	22,5	- 14,3	29,8	28,6	1,1	- 0,7
2006/2001	7,1	5,8	94,5	61,3	38,3	34,1	4,3	2,8

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Januar 2007.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks-einkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmer-entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹	bereinigt ²	Veränderung in % p. a.	
				in %			
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	- 0,1
2003	1,3	3,9	0,3	70,9	72,0	1,2	- 0,8
2004	3,4	10,4	0,5	68,9	70,2	0,6	0,8
2005	1,5	6,2	- 0,7	67,4	69,0	0,3	- 1,1
2006	3,1	6,9	1,3	66,2	67,8	0,7	- 1,7
2001/1996	1,9	1,4	2,2	71,1	71,9	1,2	0,4
2006/2001	2,1	5,8	0,4	69,5	70,7	0,8	- 0,6

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. ² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). ³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Januar 2007.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	2,2	5,7	1,9	3,2	- 0,2	1,2	0,9	2,4	1,2	2,0
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,0	3,0	1,1	2,7	2,3	2,2
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	0,7	1,9	3,0	3,0	2,3	2,2
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,8	4,7	3,7	3,8	3,7	3,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,0	3,2	3,5	3,8	3,4	3,3
Frankreich	2,0	2,7	2,2	4,0	1,1	2,3	1,2	2,2	2,3	2,1
Irland	3,1	7,6	9,8	10,2	4,3	4,3	5,5	5,3	5,3	4,3
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,0	1,1	0,0	1,7	1,4	1,4
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	1,3	3,6	4,0	5,5	4,5	4,2
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,9	0,3	2,0	1,5	3,0	2,9	2,6
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,1	2,4	2,0	3,1	2,6	2,1
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	- 1,1	1,2	0,4	1,2	1,5	1,7
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	1,8	3,5	2,9	4,9	3,0	2,6
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	1,7	3,7	2,7	4,0	3,3	3,1
Vereinigtes Königreich	3,5	0,7	2,9	3,8	2,7	3,3	1,9	2,7	2,6	2,4
Euroraum	2,3	3,6	2,4	3,9	0,8	2,0	1,4	2,6	2,1	2,2
EU-15	2,6	3,0	2,5	3,9	1,1	2,2	1,5	2,6	2,2	2,3
Estland	-	-	4,5	7,9	7,1	8,1	10,5	10,9	9,5	8,4
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	7,2	8,6	10,2	11,0	8,9	8,0
Litauen	-	-	3,3	4,1	10,3	7,3	7,6	7,8	7,0	6,5
Malta	-	-	6,2	6,4	- 2,4	0,0	2,2	2,3	2,1	2,2
Polen	-	-	7,0	4,2	3,8	5,3	3,2	5,2	4,7	4,8
Slowakei	-	-	5,8	0,7	4,2	5,4	6,0	6,7	7,2	5,7
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,7	4,4	4,0	4,8	4,2	4,5
Tschechien	-	-	5,9	3,6	3,6	4,2	6,1	6,0	5,1	4,7
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,1	4,9	4,2	4,0	2,4	2,7
Zypern	-	-	9,9	5,0	1,9	3,9	3,8	3,8	3,8	3,9
EU-25	-	-	2,6	3,9	1,3	2,4	1,7	2,8	2,4	2,4
Japan	5,1	5,2	1,9	2,9	1,8	2,3	2,6	2,7	2,3	2,1
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	2,5	3,9	3,2	3,4	2,3	2,8

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.

EU-15 alle Jahre: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Stand: November 2006.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	1,4	1,0	1,8	1,9	1,8	2,2	1,2
Belgien	1,6	1,5	1,9	2,5	2,4	1,8	1,7
Dänemark	2,4	2,0	0,9	1,7	2,0	2,0	1,9
Griechenland	3,9	3,4	3,0	3,5	3,3	3,3	3,3
Spanien	3,6	3,1	3,1	3,4	3,6	2,8	2,7
Frankreich	1,9	2,2	2,3	1,9	2,0	1,8	1,9
Irland	4,7	4,0	2,3	2,2	2,9	2,7	2,2
Italien	2,6	2,8	2,3	2,2	2,3	2,0	1,9
Luxemburg	2,1	2,5	3,2	3,8	3,2	2,2	1,8
Niederlande	3,9	2,2	1,4	1,5	1,6	1,8	2,3
Österreich	1,7	1,3	2,0	2,1	1,8	1,8	1,7
Portugal	3,7	3,3	2,5	2,1	2,9	2,2	2,1
Finnland	2,0	1,3	0,1	0,8	1,3	1,5	1,6
Schweden	1,9	2,3	1,0	0,8	1,5	1,6	1,8
Vereinigtes Königreich	1,3	1,4	1,3	2,1	2,4	2,2	2,0
Euroraum	2,3	2,1	2,1	2,2	2,2	2,1	1,9
Estland	3,6	1,4	3,0	4,1	4,4	4,2	4,6
Lettland	2,0	2,9	6,2	6,9	6,7	5,8	5,4
Litauen	0,3	– 1,1	1,2	2,7	3,8	4,6	3,3
Malta	2,6	1,9	2,7	2,5	3,0	2,6	2,4
Polen	1,9	0,7	3,6	2,2	1,4	2,5	2,8
Slowakei	3,5	8,4	7,5	2,8	4,5	3,4	2,5
Slowenien	7,5	5,7	3,7	2,5	2,5	2,5	2,6
Tschechien	1,4	– 0,1	2,6	1,6	2,5	2,7	2,9
Ungarn	5,2	4,7	6,8	3,5	3,9	6,8	3,9
Zypern	2,8	4,0	1,9	2,0	2,4	2,0	2,4
EU-25	2,1	1,9	2,1	2,2	2,3	2,3	2,0
Japan	– 0,9	– 0,3	0,0	– 0,3	0,3	0,4	0,7
USA	1,6	2,3	2,7	3,4	3,4	2,5	1,9

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.
Stand: November 2006.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	9,0	9,5	9,5	8,9	8,4	7,8
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,2	8,4	8,4	8,6	8,5	8,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,4	5,5	4,8	3,8	3,5	3,5
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	9,7	10,5	9,8	9,3	8,9	8,6
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	10,7	9,2	8,1	7,9	7,4
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	9,5	9,6	9,7	9,3	9,0	8,7
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,7	4,5	4,3	4,3	4,5	4,8
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,4	8,0	7,7	7,1	7,0	7,0
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	3,7	5,1	4,5	4,6	4,4	4,1
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,0	2,7
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,3	4,8	5,2	5,1	5,1	5,1
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	6,3	6,7	7,6	7,6	7,7	7,7
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,0	8,8	8,4	7,7	7,4	7,3
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	5,6	6,3	7,8	7,3	7,4	7,1
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,9	4,7	4,7	5,3	5,0	4,8
Euroraum	9,3	7,6	10,5	8,2	8,7	8,9	8,6	8,0	7,7	7,4
EU-15	9,4	7,3	10,1	7,7	8,0	8,1	7,9	7,5	7,2	6,9
Estland	–	0,6	9,7	12,8	10,0	9,7	7,9	5,4	3,8	3,1
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	10,5	10,4	8,9	7,4	7,2	7,0
Litauen	–	0,0	6,8	16,4	12,4	11,4	8,3	5,9	5,2	5,2
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,6	7,4	7,3	7,0	7,0	6,9
Polen	–	–	13,2	16,1	19,6	19,0	17,7	13,9	12,2	11,6
Slowakei	–	–	13,2	18,8	17,6	18,2	16,3	14,3	13,3	12,9
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,7	6,3	6,5	6,1	6,1	6,0
Tschechien	–	–	5,8	8,7	7,8	8,3	7,9	7,4	7,1	6,9
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,9	6,1	7,2	7,3	7,7	7,7
Zypern	–	–	2,7	4,9	4,1	4,6	5,3	5,4	5,5	5,6
EU-25	–	–	10,4	8,6	9,0	9,1	8,8	8,0	7,6	7,3
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,3	4,7	4,4	4,3	4,3	4,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	6,0	5,5	5,1	4,7	5,1	5,4

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.

EU-15 alle Jahre: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Stand: November 2006.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2004	2005	2006 ¹	2007 ¹	2004	2005	2006 ¹	2007 ¹	2004	2005	2006 ¹	2007 ¹
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	8,4	6,5	6,8↑	6,5↑	10,3	12,3	9,6↓	9,3↓	8,1	8,8↓	10,1↑	9,4↑
darunter												
Russische Föderation	7,2	6,4	6,5↑	6,5↑	10,9	12,6	9,7↓	8,5↓	9,9	10,9↓	12,3↑	10,7↑
Ukraine	12,1	2,6	5,0↑	2,8↓	9,0	13,5	9,3↓	13,5↑	10,6↑	3,1↑	-2,2↓	-3,8↓
Asien	8,5↑	8,5↑	8,3↑	8,2↑	3,9↓	3,4↓	3,6↓	3,5↓	3,9	4,7↑	4,3↑	4,2↑
darunter												
China	10,1	10,2↑	10,0↑	10,0↑	3,9	1,8	1,5↓	2,2	3,6	7,2↑	7,2↑	7,2↑
Indien	8,0↓	8,5↑	8,3↑	7,3↑	3,9↑	4,0↓	5,6↑	5,3↑	0,2	-1,5↑	-2,1↑	-2,7↑
Indonesien	5,1	5,6	5,2↑	6,0	6,1	10,5	13,0↓	5,9↓	0,6↓	0,3↓	0,2↓	0,6↑
Korea	4,7↑	4,0	5,0↓	4,3↓	3,6	2,7	2,5	2,7↓	4,1	2,1	0,4↓	0,3↓
Thailand	6,2	4,5↑	4,5↓	5,0↓	2,8	4,5	4,9↑	2,6↑	4,2	-2,1↑	-0,8↑	-1,3↑
Türkei ²	8,9	7,4	5,0↓	5,0	8,6	8,2	10,2↑	7,2↑	-5,2	-6,4↓	-6,7↓	-5,8↑
Lateinamerika	5,7↑	4,3	4,8↑	4,2↑	6,5	6,3	5,6↓	5,2↓	0,9	1,4↑	1,2↑	1,0↑
darunter												
Argentinien	9,0	9,2	8,0↑	6,0↑	4,4	9,6	12,3↓	11,4↓	2,2	1,9↑	1,0↓	0,6↑
Brasilien	4,9	2,3	3,6↑	4,0↑	6,6	6,9	4,5↓	4,1↓	1,9	1,8	0,6↓	0,4↑
Chile	6,2↑	6,3	5,2↓	5,5↑	1,1	3,1	3,5↓	3,1↑	1,7↑	0,6↑	1,8↑	0,9↑
Mexiko	4,2	3,0	4,0↑	3,5↑	4,7	4,0	3,5	3,3↑	-1,0↑	-0,6↑	-0,1↑	-0,2↑
Venezuela	17,9	9,3	7,5↑	3,7↑	21,7	15,9	12,1↑	15,4↑	12,5	19,1	17,5↑	17,6↑

¹ Prognosen des IWF [↑/↓ = aktuelle Prognose ggü. der vorigen (März 2006) angehoben/gesenkt].

² Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook, September 2006.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2./3. Januar 2006 = 100 %

(2. Januar 2006 bis 15. Februar 2007)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Aktuell 15.2.2007	Ende 2006	Änderung in % zu Ende 2006	Tief 2006	Hoch 2006
Dow Jones	12 765	12 463	2,42	10 667	12 511
Eurostoxx 50	3 831	3 697	3,62	3 204	3 739
Dax	6 959	6 597	5,48	5 292	6 597
CAC 40	5 721	5 542	3,23	4 615	5 618
Nikkei	17 876	17 226	3,77	14 219	17 563

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 15.2.2007	Ende 2006	Spread zu US-Bond	Tief 2006	Hoch 2006
			in %		
USA	4,71	4,70	–	4,33	5,25
Bund	4,05	3,95	– 0,66	3,26	4,12
Japan	1,74	1,68	– 2,97	1,43	2,00
Brasilien	12,20	12,57	7,49	12,57	16,91

Währungen

	Aktuell 15.2.2007	Ende 2006	Änderung in % zu Ende 2006	Tief 2006	Hoch 2006
Dollar/Euro	1,31	1,32	– 0,41	1,18	1,33
Yen/Dollar	119,20	119	0,14	110	120
Yen/Euro	156,73	157	– 0,22	138	157
Pfund/Euro	0,67	0,67	– 0,13	0,67	0,70

HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT KOMMUNIKATION
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)
ODER
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, FEBRUAR 2007

SATZ UND GESTALTUNG:

HEIMBÜCHEL PR,
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,
BERLIN/KÖLN

DRUCK:

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES
BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:
TELEFONISCH 0 18 05 / 77 80 90 (0,12 €/MINUTE)
PER TELEFAX 0 18 05 / 77 80 94 (0,12 €/MINUTE)

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.